Die Entwicklung der deutschen Parteien auf landschaftlicher Grundlage von 1871—1912

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

HANS GABLER

aus Ludwigsburg

Tag der mündlichen Prüfung: 10. November 1932

Tag der Promotion: 17. Oktober 1934.

1934

Buchdruckerei Albert Becht, Tübingen, Hirschgasse 16

534

Referenten: Prof. Dr. Walter Vogel
Prof. Dr. Alfred Vierkandt

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

NB. Die Drucklegung der Karten folgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Inhaltsübersicht.

	Seite
Einleitung	1
Erster Teil: Allgemeines über Parteientwicklung und Wahlverhältnisse	
1. Parteigruppen	3
2. Wahlrecht	5
3. Wahlkreiseinteilung	6
4. Wert der Reichstagswahlen, Einflußreiche Faktoren	8
5. Geschichte der deutschen Parteien	14
6. Wahlkreise und Berufszugehörigkeit	16
Zweiter Teil: Die einzelnen Parteien	
1. Die Konservativen	16
2. Die Nationalliberalen	31
3. Die Liberalen	42
4. Das Zentrum	52
5. Die Sozialdemokratie	65
Schluß	83

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550810_0022

Wenn man gewohnt war, den Ursprung und die Entwicklung der deutschen Parteien von rein historisch-politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, darf man wohl eine Rechtfertigung des Themas beanspruchen. Das Bild vom Entstehen der Parteien mußte so lange unklar bleiben, als man sich von der Einseitigkeit der ideengeschichtlichen, soziologischen und wirtschaftspolitischen Betrachtungsweise nicht abwandte. So liegt nun dieser Arbeit die feste Ueberzeugung zugrunde, daß die Lücken im Verständnis des Wesens und Werdens der Parteien erst dann ausgefüllt werden, wenn neben der Geschichte die Erbmasse des Volkes und die Natur des Landes als die beiden entscheidenden Kräfte mitberücksichtigt werden. Erst die geheimnisvolle Verkettung und Wechselwirkung dieser 3 Kräfte haben die seelische Eigenart des deutschen Menschen bestimmt und damit nicht zuletzt die Entstehung parteipolitischer Bewegungen.

Die Karten, die die Grundlage dieser Arbeit bilden, weisen den aufmerksamen Beobachter mit zwingender Notwendigkeit zu den Geburtsstätten der Parteien hin, und damit zu der deutschen Landschaft. Denn diese deutsche Landschaft ist — bildlich gesprochen — der Resonanzboden, auf dem der Geigenkünstler „Partei“ seine Töne erklingen läßt. Wenn auch zahlreiche Mißtöne zeigen, daß Blut und Boden nicht die einzigen parteibildenden Kräfte sind, sondern daß tausend Unwägbarkeiten den organischen Aufbau einer Partei stören, so bestätigen eben diese Ausnahmen die Regel der Bodenständigkeit, die allen Parteien mehr oder weniger zu eigen ist. Diese bodenständige Färbung der Parteien tritt uns in ganz groben Zügen entgegen in der landschaftlichen Großzügigkeit des Nordens, der Weite des Ostens, der Bewegtheit des Westens und der Hochgebirgslandschaft des Südens. Wer aus den Karten die Kinderstube der Parteien erkennt, dem wird sicher manches klar in der Entwicklung und Eigenart dieser Gebilde, die mehr sind als reine Werke des Zufalls und der Willkür.

Denn so wie die blutsgemäße und landschaftliche Einheit die politische zwar allein nicht schaffen, aber fördern und befestigen kann, so waren Land und Leute zwar nicht der einzig entscheidende Faktor im Entstehen und Wachsen der deutschen

Parteien, aber doch der fruchtbare Boden, ohne den der Samen nicht aufgehen könnte.

So war es kein Zufall, daß das liberale Großbürgertum zuerst am Niederrhein und Mittelrhein hervortrat, daß der konservative Geist Ostelbien zur Heimat hatte und der Südwesten die Wiege der Demokratie wurde! Ein Vergleich der Reichstagswahlkarten mit einer physisch-geographischen Karte Deutschlands zeigt uns rein äußerlich eine eigenartige Uebereinstimmung. In Mittel- und Südwestdeutschland tritt uns auf engstem Raum größte Mannigfaltigkeit des Bodens und des Volkes entgegen, während die langgestreckten bayrischen Hochflächen zwischen Donau und Alpen und das norddeutsche Flachland durch eine Weitschichtigkeit der Landschaft wie der Volksgruppen ausgezeichnet sind. Und wir gehen nicht fehl, wenn wir neben der Kraft des Blutes, neben der Macht schöpferischer Ideen und überragender Führer die Eigenart des deutschen Landes als nicht unwesentlichen Faktor zum Verständnis der deutschen Geschichte bezeichnen.

So wurde das südwestdeutsche Kleinstaatenparadies nicht allein zum besten Nährboden der Revolution von 1848, sondern auch zur Heimat fast aller deutschen Parteien. Diesem Mittel- und Südwestdeutschen Block standen die geographisch und parteipolitisch viel einheitlicheren Gebiete des bayrischen Südens und des preußischen Nordens und Nordostens gegenüber.

Diese landschaftlichen Gegensätze waren oft so stark, daß sie selbst innerhalb der Parteien nicht ungefährliche Reibungsflächen erzeugten und nicht selten verbarg sich hinter dem äußerlich geschlossenen Auftreten einer Partei ein heißer Kampf im Innern. Schließlich führten der uralte, meist künstlich genährte Zug des deutschen Volkes nach Selbständigkeit und Sonderung der Stämme, die staatliche und dynastische Zugehörigkeit, die verhängnisvollen konfessionellen Gegensätze — cuius regio, eius religio — und die inner- und außenpolitischen Ereignisse, zu einer Ueberfülle an Parteibildungen, welche den Ausgang ernster politischer Kämpfe oft der Willkür machtloser Splittergruppen in die Hand gab.

All diese Kräfte in einem Teilgebiet aufzuzeigen, wäre eine wahrhaft dankbare Aufgabe. Da aber die vorliegende Arbeit das ganze deutsche Reichsgebiet in die Betrachtung einbezieht, kann sie nur Wegweiser sein!

Die Ergebnisse der deutschen Reichstagswahlen von 1871—1912.

	Deutsch-Kons.	Frei-Kons.	B. d. Ldw. Bayr. Bbd.	Antis. Christ Soz.	Nat.-Lib.	Lib. Fort-schr.	Volksp. Dem.	Zen-trum	Sozial-dem.
1871	13,3% [1]	8,4	—	—	30,2	15,8	0,5	18,7	3,2
	57 [2]	57	—	—	125	76	1	61	2
1874	7,0%	7,2	—	—	31,1	10,1	0,4	29,2	7,1
	22	33	—	—	155	52	1	91	9
1877	9,8%	7,7	—	—	27,2	10,2	0,8	26,0	9,1
	49	38	—	—	128	48	4	93	12
1878	13,0%	13,6	—	—	23,1	9,4	1,2	24,1	7,6
	59	57	—	—	99	36	3	94	9
1881	16,3%	7,5	—	—	12,6	23,2	2,0	23,2	6,1
	50	28	—	—	47	107	9	100	12
1884	15,2%	6,9	—	—	17,6	17,6	1,7	22,6	9,7
	78	28	—	—	51	67	7	99	24
1887	15,2%	9,8	—	0,2	22,2	12,9	1,2	20,1	10,1
	80	41	—	1	99	32	—	98	11
1890	12,4%	6,7	—	0,7	16,3	16,0	2,0	18,6	19,7
	73	20	—	5	42	66	10	106	25
1893	13,5%	5,7	0,9	3,4	13,0	14,2	[3]	19,1	23,3
	72	28	4	16	53	37	11	96	44
1898	11,1%	4,4	3,2	3,7	12,5	11,1	[3]	18,8	27,2
	56	23	11	13	46	41	8	102	56
1903	10,0%	3,5	2,4	2,6	13,9	8,2	1,0	19,7	31,7
	54	21	8	11	51	30	6	100	81
1907	9,4%	4,2	2,0	2,2	14,5	9,7	1,2	19,4	28,9
	60	24	5 [4] u. 9	16	54	42	7	105	43
1912	9,2%	3,0	2,5	0,4	13,6	12,3		16,4	34,8
	43	14	10 [4] u. 2	3 [5]	35 u. 2 [6]	42		91	110

Um die politische Meinungsäußerung des deutschen Volkes genau untersuchen zu können, bedarf es eigentlich der kritischen Beobachtung all der Parteien, die seit 1871 zum Stimmungsbarometer der deutschen Wahlberechtigten geworden sind. Wollte man aber all die Parteigruppen und Parteigrüppchen berücksichtigen, so gäbe es ein ähnlich wirres und unklares Bild, wie die Parteienzersplitterung der damaligen Zeit ohnehin gewesen

1) In % abgegebener Stimmen.
2) Zahl der Abgeordneten.
3) In den „Liberalen" enthalten.
4) Wirtschaftliche Vereinigung.
5) Deutsche Reformpartei.
6) Deutscher Bauernbund.

ist. „Get home you fragments!“ Dies stolze Wort Coriolans hat Bismarck beim Rückblick auf sein Leben den Parteien zugerufen. Und wahrlich mit Recht. Doch diesem deutschen Uebel soll hier abgeholfen werden. Nur 5 Parteigruppierungen werden die Grundlage dieser Abhandlung sein. All die Splitter mußten natürlich dabei ihre selbständige Existenz verlieren. Je nach ihrer Eignung wurden sie den großen Parteien unterschoben oder wenn es ihre Bedeutungslosigkeit zuließ, übergangen. So hielten einer scharfen Auslese nur die folgenden Parteien stand: Die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Nationalliberalen, die völlig rein gemäß ihrer Stärke im Reich wiedergegeben worden sind. Daß zwischen Lassalleanern und Eisenachern und deren Splittergruppen kein Unterschied gemacht worden ist, füge ich ergänzend hinzu. Hingegen mußten sich die Liberalen und die Konservativen der damaligen Zeit einen tiefgehenden Eingriff gefallen lassen. Es hätte das Bild auch allzusehr getrübt, hätte ich nicht ordnend in den liberal-demokratischen Wirrwarr eingegriffen. Sind zwar im erläuternden Text noch verschiedene Male die Originalnamen dieser Parteisplitter genannt, so mußten sie doch auf den Karten einer einheitlichen Bezeichnung weichen. „Liberale“ setzen sich also zusammen aus den Demokraten, den Fortschrittlern, den Freisinnigen, der „Freisinnigen Vereinigung“ und der „Freisinnigen Volkspartei“, der Gruppe Löwe-Berger, den Liberalen, der „Liberalen Vereinigung“ (Sezessionisten) und der Deutschen Volkspartei [1]) (einschließlich der süddeutschen Demokraten).

Die konservative Schicht hat folgendes Aussehen erhalten: Deutschkonservative, Deutsche Reichspartei bzw. Freikonservative, „Freie konservative Vereinigung“, Bund der Landwirte, Handwerker-Partei, Staatssozialisten, Agrarier, Mittelstandspartei, ferner mit einigem Vorbehalt der Bayrische Bauernbund und die Hessische Bauernpartei. Unter den Parteien, die infolge bestimmter Verhältnisse nicht berücksichtigt werden konnten, finden wir neben gänzlich unbedeutenden, oft rein örtlich bedingten Gruppen, die hannoveranische Welfenpartei, die verschiedenen Antisemitenparteien, die Christlich-Sozialen und die Nationalsozialen, von denen in besonderen Fällen noch die Rede sein wird. Jene fünf Hauptgruppen sind mit ihrem Dasein und ihrer

7) In Württemberg.

Entwicklung tief in den mannigfaltigen Lebensbedingungen unseres Volkes verwurzelt. Die Entstehungsgeschichte des deutschen Parteiwesens ist schon allzu oft Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen, als daß ich hier mich dabei aufhalten könnte. Daß an geeigneter Stelle auf die geschichtliche Entwicklung vor und nach 1871 eingegangen werden muß, ist verständlich, wenn man sich an die gestaltende Kraft der inneren und äußeren politischen Geschehnisse und ihren Einfluß auf das Entstehen und Vergehen politischer Parteien erinnert.

Die Summe der Wähler macht die Stärke der Partei. Die politische Meinung der Wähler muß also im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Wann äußert diese sich und welche Bedeutung gebührt ihr? Die natürlichste Methode, die politische Meinung zu bestimmen, ist die Beurteilung der Abstimmungsergebnisse bei entscheidenden politischen Wahlen, die dem Wähler Gelegenheit geben, seine Meinung zu offenbaren und ein persönliches Glaubensbekenntnis abzulegen. Oertliche Wahlen, selbst Landtagswahlen könnten zu manchem Trugschluß führen, sodaß lediglich die Reichstagswahlen das geeignete Material liefern. Welche Umstände müssen nun bei einer genauen Betrachtung der Wahlergebnisse berücksichtigt werden und wie kamen diese zustande? — Das Wahlrecht, das bis zur November-Revolution des Jahres 1918 die Unterlage der Reichstagswahlen bildete, stammt aus einer recht bewegten Zeit. Bis zur Paulskirche, dem Tagungsort der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main im Jahre 1848 muß man zurückgehen, um an der Geburtsstätte dieses Wahlrechts zu stehen. Hier wurde beschlossen, daß das Volkshaus auf Grund des direkten, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählt werden sollte. Wählen konnte — so bestimmte das Wahlgesetz vom 12. April 1849 — jeder selbständige unbescholtene Deutsche, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatte. Dienstboten, Tagelöhner, Fabrikarbeiter, Handwerksgehilfen u. a. galten als nicht selbständig und waren somit vom Wahlrecht ausgeschlossen. Von einem allgem. Wahlrecht war man damals also noch weit entfernt, obgleich der große Fortschritt gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht unverkennbar war. 17 Jahre später, nach der Schlacht bei Königgrätz, bildete dies Wahlgesetz, von dem bis dahin nie Gebrauch gemacht worden war, die Grundlage für die Wahlen zum verfassunggebenden

Reichstag [8]) des norddeutschen Bundes. Laut Bündnisvorlage vom 16. August 1866 beruhten auf diesem Wahlrecht auch die Einzelwahlgesetze aller im norddeutschen Bund vereinigten Staaten. Und am 31. Mai 1869 stand jener Wunsch des Jahres 1848 Pate bei der Taufe eines einheitlichen Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes, das bei der Gründung des deutschen Reiches zum Reichswahlgesetz wurde. Ein gewaltiger Fortschritt war gemacht und eine Zeit der politischen und rechtlichen Bevormundung des Volkes war damit endgültig abgeschlossen. Nun konnte jeder deutsche Reichsangehörige, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hatte, an die Wahlurne schreiten, jetzt erst wurde der deutsche Reichstag zur wirklichen Volksvertretung.

Die Wahl war allgemein und direkt, mit geheimer Abstimmung. Ausgeschlossen vom Wahlrecht waren nur die Empfänger von Armenunterstützung und Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte rechtskräftig aberkannt waren. — Die Einteilung der Reichstagswahlkreise beruhte auf folgenden vier Grundsätzen: 1. Auf jeden Bundesstaat entfiel eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten, mindestens 1 Abgeordneter. Aus diesem Grunde durften die Wahlkreise nirgends die Gebiete verschiedener Bundesstaaten umfassen. 2. Die Abgeordneten wurden auf die Wahlkreise in der Weise verteilt, daß nach der Volkszählung vom 3. Dezember 1864 auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfiel; ein Ueberschuß von mindestens 50 000 Einwohnern wurde vollen 100 000 Einwohnern gleichgerechnet. 3. Jeder Abgeordnete wurde in einem besonderen Wahlkreis gewählt. 4. Die Wahlkreise waren räumlich begrenzt und tunlichst abgerundet. Die Gesamtzahl der Wahlkreise und damit auch der Abgeordneten betrug 397. Sie verteilte sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Preußen	236	Mecklenburg-Schwerin	6
Bayern	48	Sachsen-Weimar	3
Sachsen	23	Oldenburg	3
Württemberg	17	Braunschweig	3
Elsaß-Lothringen	15	Hamburg	3
Baden	14	Sachsen-Meiningen	2
Hessen	9	Sachsen-Coburg-Gotha	2
		Anhalt	2

8) Man berücksichtigte hier besonders die hohe Bedeutung des Reichstages als unitarischen Faktor.

Die restlichen 11 Bundesstaaten stellten je 1 Abgeordneten. Nur zu bald offenbarte diese Wahlkreiseinteilung üble Mängel, die das Bild der Reichstagswahlen nicht unerheblich trübten. Dem Streben nach möglichster Gleichheit der Wahlkreise stand die Rücksichtnahme auf bestehende Grenzen entgegen. Hatte noch die am 3. Dezember 1864 durchgeführte Bevölkerungszählung eine Einwohnerzahl von kaum 39,4 Millionen ergeben, so zeigte die Zählung vom 1. Dezember 1910 ein Anwachsen auf beinahe 65 Millionen. Diese gewaltige Bevölkerungszunahme verteilte sich aber nicht gleichmäßig auf alle Gebiete des Reiches, sodaß eine Ungleichheit der Wahlkreise die Folge war, die durch die beträchtlichen Bevölkerungsverschiebungen noch größer wurde. Einerseits standen einige Wahlkreise im Zeichen einer ständigen Bevölkerungsabnahme, andererseits besaß die industrielle Entwicklung vieler Gebiete eine außerordentlich große Anziehungskraft, die sich in einem rapiden Anwachsen der Bevölkerungsziffer äußerte. So mußten schließlich bei diesem Wahlkreissystem besonders krasse Fehler zutage treten. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß, um nur ein Beispiel zu gebrauchen, bei einer Gesamtsumme von 14,4 Millionen Wahlberechtigten im Durchschnitt auf einen Abgeordneten 36 377 Wahlberechtigte kamen, so wird uns die außerordentliche Ungleichheit der Wahlkreise, an der Bevölkerungszahl gemessen, klar. Aus den kleinen Bundesstaaten und aus den einzelnen Landschaften entstanden – um nur einige wenige aus der Fülle der abnormen Wahlkreise herauszugreifen — die folgenden Zwerggebilde von Wahlkreisen:

Lippe-Bückeburg	10 709	Wähler
Lauenburg	13 284	„
Waldeck-Pyrmont	13 661	„ usw.

Zu ihnen gesellten sich solche ländlichen Bezirke im Osten, welche infolge Landflucht, Abwanderungen in benachbarte Industriezentren, Entstehung großer Güter mit Sachsengängern usw. in hohem Maße entvölkert wurden:

Deutsch-Krone (Westpreußen)	12 988	Wähler
Löwenberg (Schlesien)	14 123	„
Fraustadt-Lissa (Posen)	14 273	„

Daß Berlin I (Mitte), also das Geschäftszentrum der Reichshauptstadt, mit seinen 13 407 Wählern sich würdig in die Reihe

der kleinsten Wahlkreise einfügte, setzt uns nicht in Erstaunen. Im schroffsten Gegensatze dazu standen nun die Riesenwahlkreise der Groß-Städte. Charlottenburg zählte 338 798, Berlin VI 219 782, Hamburg III 182 193 Wahlberechtigte. Die beiden Berliner Wahlkreise waren also 9 bzw. 6 mal so groß, als dem Durchschnitt entsprach, 34 bzw. 22 mal so groß als Bückeburg. Obwohl mehr als der dritte Teil der Gesamtbevölkerung in den groß-städtischen Wahlkreisen wohnte, waren diese im Reichstage nur durch 62 Mandate vertreten. Die folgende Tabelle zeigt, wie das wahre Bild des deutschen Reichstages bei gerechter Verteilung nach der Stimmenzahl ausgesehen hätte. (Nach der Reichstagswahl von 1912.)

Das Zentrum	statt 95	nur 66	Mandate
Die Polen	„ 18	„ 14	„
Die Nationalliberalen	„ 42	54	„
Die Fortschrittler	„ 43	50	„
Die Sozialdemokraten	„ 110	138	„

Dieser Bevölkerungszunahme und dem gleichzeitigen Wachstum der ausgesprochenen Volksparteien ging parallel eine allmähliche Reife in der politischen Anschauung. Als das allgemeine Wahlrecht im Jahre 1867 für Norddeutschland zuerst erprobt wurde, da wußte die Masse der Wähler längst noch nicht, was für eine Entscheidung in ihre Hand gelegt war, sondern — soweit sie überhaupt vom Wahlrecht Gebrauch machten — benutzten sie es, um diejenigen zu wählen, die ihnen von ihren bisherigen Autoritäten vorgeschlagen wurden. Infolgedessen waren die Parlamente jener Zeit erlauchte Versammlungen mit überwiegend juristischen und professoralen Elementen. Die Ergebnisse der damaligen Wahlen waren demnach weniger das getreue Abbild der Volksmeinung als vielmehr ein mehr oder weniger schlagender Beweis für das Vertrauen, das das Volk auf die einflußreichsten Persönlichkeiten setzte. Das führte uns nun mitten hinein in eine kritische Betrachtung des Wertes einer Reichstagswahl, denn ich stehe nicht an, zuzugeben, daß die Ergebnisse der Reichstagswahlen ebenso wenig ein ausschließlicher und völlig untrüglicher Maßstab für die politische Gesinnung einer Bevölkerung sind, wie die Wahlbeteiligung für die politische Bildung. Lag eine große Frage vor, die jedermann verstand, so strömten die Wähler in Scharen zur Urne; umgekehrt

war in ruhigen Zeiten die Beteiligung der Wähler recht gering und hing meist von tausend Zufällen ab. Nicht selten spielten kleine und kleinste Fragen von rein örtlicher Bedeutung eine entscheidende Rolle. So erklärte sich 1877 die Wahlniederlage der Nationalliberalen in Württemberg nicht zuletzt dadurch, daß landauf, landab die Wahlparole ausgegeben worden war, keinen Kandidaten zu wählen, der etwa die württembergischen Staatsbahnen ans Reich zu bringen beabsichtigte. Ferner enthielten sich bei den Reichstagswahlen viele der Stimme nur in der Gewißheit oder in der Ueberzeugung von der Aussichtslosigkeit des Sieges oder aus persönlicher Abneigung gegen den Kandidaten ihrer Partei oder schließlich aus Unlust über die häufige Wiederholung öffentlicher Wahlhandlungen. Wurde aber abgestimmt, so war das Wahlergebnis keineswegs immer der wirkliche Ausdruck der politischen Gesinnung der Wähler, da viele von ihnen bei der völligen Aussichtslosigkeit, einem Vertreter der eigenen politischen Richtung zum Siege zu verhelfen, demjenigen Kandidaten ihre Stimme gaben, welcher ihrer politischen Anschauung am nächsten stand. Ja, für viele Wahlberechtigte gab es bei diesem Wahlsystem überhaupt keine Möglichkeit, „ihrer Partei" die Stimme zu geben. Die einzelnen Parteien stellten selbst im ersten Wahlgang nicht in allen Wahlkreisen Kandidaten auf (die Stichwahlen scheiden ja bei dieser Betrachtung völlig aus). Vielfach wurden schon beim ersten Wahlgang Bündnisse geschlossen und mitunter stand selbst die Parteizugehörigkeit des Kandidaten nicht eindeutig fest. Von größtem Wert waren die Stimmzahlen nur in denjenigen Wahlkreisen, in denen bei reger Wahlbeteiligung alle vorhandenen politischen Parteien eigene Kandidaten aufgestellt hatten. — Wie sehr konfessionelle Zugehörigkeit die Wahlbeteiligung beeinflußte, dafür waren wohl die Reichstagswahlen des Jahres 1874 das treffende Beispiel. Die Gebiete, deren Bevölkerung sich stark an der Wahl beteiligt hatten, lagen zum größten Teil im Süden und Südwesten, zum kleineren Teil im Osten, wo sie aus der Provinz Posen und dem Regierungsbezirk Marienwerder bestanden. Erheblich geringer war die Beteiligung im Nordwesten des Reiches, dem Königreich Sachsen und den Regierungsbezirken Danzig, Köslin, Oppeln und Breslau. Die Landesteile schwächster Beteiligung lagen, mit Ausnahme von Lauenburg und den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, in weiten Kreisen um die Reichshauptstadt Berlin, welche selbst, ab-

gesehen von dem einen Wahlkreise des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt, hinsichtlich der Wahlbeteiligung den letzten Platz einnahm. Wenn man auch nicht wüßte, daß die Bewegung auf kirchlichem Gebiete den Reichstagswahlen zum guten Teil ihren Charakter aufgedrückt hatte, so würde man doch durch die vorstehend angegebene Verteilung auf den Zusammenhang der Wahlbeteiligung mit den konfessionellen Verhältnissen der Bevölkerung notwendig hingewiesen werden. Die Bevölkerung aller derjenigen Staaten und Landesteile, in welchen weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten gestimmt hatte, bestand mindestens zu Dreiviertel, meist aber zu einem größeren Teil aus Evangelischen, während die Staaten und Landesteile, in welchen über 74 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben hatten, mit Ausnahme des Fürstentums Reuß ä. L., meist zum weitgrößten Teil eine überwiegend katholische Bevölkerung besaßen. Somit kann kein Zweifel darüber bestehen, daß im allgemeinen die katholische Bevölkerung sich erheblich stärker als die evangelische an den Reichstagswahlen beteiligt hatte. Die Gründe lagen in den ersten Jahren des Reiches im Kulturkampf, bei dem es um katholische Lebensinteressen ging, später läßt die starke Wahlbeteiligung sich lediglich auf die Agitation der katholischen Priester zurückführen, deren Einfluß auf die Bevölkerung von ganz erheblicher Bedeutung war. Obwohl der Werbefeldzug evangelischer Pfarrer im Vergleich zu dem der katholischen Geistlichkeit völlig in den Hintergrund trat, — es fehlte ja schon die Partei, hinter der die evangelische Geistlichkeit geschlossen stand, — darf doch nicht unerwähnt bleiben, daß in den östlichen Provinzen Preußens neben dem amtlichen Beeinflussungsapparat, (amtliche Bekanntmachung der konservativen Kandidaten, Zettelausteilen durch Gendarmen, Polizeidiener und Kreissekretäre) auch das Zettelausteilen in der Kirche selbst und die Empfehlung der Kandidaten von der Kanzel herab, nichts Ungewöhnliches waren. Das Religionsbekenntnis ist aber selbstredend nur einer der Faktoren, die auf die Abstimmung und Wahlbeteiligung von Einfluß gewesen sind. Die politische Bildung, die zu erwartenden Gesetzesvorlagen, die Persönlichkeit der Wahlkandidaten, vielfach rein persönliche Einflüsse, ja selbst die Entfernung vom Wahlorte, Wege und Wetter gaben bei der Wahlbeteiligung oft den Ausschlag. 1878 trug die ungünstige Wahlzeit, 30. Juli, eine erhebliche Schuld daran, daß

in den Städten[9]) und in den Domänen eine geringe Wahlbeteiligung vorhanden war, da die Arbeiter, die außerhalb ihres Wohnortes beschäftigt waren, den Verdienst eines halben Tages für die Wahl zu opfern nicht imstande waren. Andererseits waren die Fälle nicht selten, wo auf den großen Gütern, in den Domänen sowohl als in den Rittergütern, die Leute ohne die Verkürzung ihres Tagelohnes, aber mit dem entsprechenden Stimmzettel in der Hand in das Wahllokal geschickt wurden. Diese Begünstigung verschärfte sich in vielen Fällen zu einem direkten Zwang des Vorgesetzten auf den Untergebenen, in privaten Kreisen wie in öffentlichen Betrieben. Während in den großen Städten die Abgabe der Stimme fast geheim war, bewahrte in den kleinen Gemeinden die Urne keineswegs ihr Geheimnis. Der Gutsbesitzer, der Bürgermeister, der Lehrer und der Pfarrer hatten mehr als ein Mittel, den Wahlzettel zu erkennen, den man abgab oder den man abgeben wollte. Indes müssen diese Wahlstimmen nun dadurch nicht ihre ganze Bedeutung verlieren, denn die Tatsache selbst, ob dieser Zwang mit oder ohne Erfolg ausgeübt wurde, gibt eine lehrreiche Auskunft über den Grad von Unabhängigkeit oder wirtschaftlicher Abhängigkeit der Gesellschaftsklassen und über die Natur der Bevölkerung. Je größer nun aber die Zahl der Reichstagswahlen ist, die wir zur Beurteilung des politischen Charakters eines Landes benützen, desto geringer fallen diese kleinen Fehlerquellen ins Gewicht. Ferner hatte die Wahl ein ganz verschiedenes Aussehen, je nachdem die betreffende Partei sich z. B. als Regierungspartei in der Abwehr befand oder ob sie als Oppositionspartei zum Angriff überging. Die öffentliche Meinung spielt bei dieser Ueberlegung eine recht bedeutende Rolle. Die Wähler können eine eigene Meinung haben oder keine. Das unterscheidet die Gebiete, die ein politisches Leben haben, von denen die keines besitzen. In dünn besiedelten Gebieten ist nun die öffentliche Meinung viel konservativer als in dichtbesiedelten Landschaften, oder in Städten, wo der Meinungsaustausch und die politische Aufklärung viel größer ist. Die Art der Bevölkerung erscheint bei dieser Betrachtung von erster Bedeutung. Auf eine dünn angesiedelte Bevölkerung, fast abgeschnitten von Presse und wichtigen politischen Nachrichten — also ein für eigene Meinungsbildung unfruchtbarer Boden — wirken die örtlichen Druckmomente, die

9) Kleinstädte mit zahlreicher Landarbeiterbevölkerung.

sich aus der sozialen Struktur der Umwelt ergeben, viel nachhaltiger als wie in einem dicht besiedelten, verkehrsgeographisch günstig gelegenen Ort oder gar einer Stadt, wo die Wähler, die beständig in Berührung miteinander sind, gewöhnlich den allgemeinen Problemen und Fragen des öffentlichen Lebens viel zugänglicher sind und viel besser dazu geeignet sind, gegen irgend einen Druck Widerstand zu leisten — ganz abgesehen davon, daß sie von den großen Bewegungen, die die Gesamtheit der Nation durchlaufen, viel eher erfaßt werden. Neben Beruf und Konfession darf der Einfluß des Grundeigentums in Bezug auf materielle Freiheit des Wählers, Unabhängigkeit oder Abhängigkeit einer sozialen Klasse nicht unerwähnt bleiben. Das Eigentum ist eine feste Grundlage der politischen Freiheit. Das kleine Eigentum ließ in der damaligen Zeit eine demokratische Atmosphäre entstehen, ja der kleine Eigentümer stand dem Proletarier meist sehr nahe. Auch unter der Arbeiterschaft selbst war der Bodenbesitz, also gleichzeitig die Bodengebundenheit, ein recht entscheidender Faktor. Arbeiter ohne jeden Anteil am Boden, ohne eigenes Heim, in Mietskasernen zusammengedrückt, ohne ein Stück eigenen Gartenlandes standen einer linksradikalen, eigentumsfeindlichen Einstellung unvergleichlich näher als jene, denen mit einem Stück Eigentum, einem Stück Heimat zugleich ein Weg nach oben ermöglicht wird.

In einem Gemeinwesen, das dergestalt gesellschaftlich und politisch aus lauter abgesonderten, auseinanderstrebenden Zellenbildungen besteht, mußte — und das führt uns wieder auf unsere geschichtliche Betrachtung zurück — die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts vorwiegend denjenigen Elementen zugute kommen, welche von Natur aus zur Kampfgemeinschaft drängen. Darin liegt das Geheimnis der raschen Machtentfaltung, zu welcher das Deutsche Reich dem Marxismus und dem politischen Katholizismus verholfen hat. Im Gegensatz zu dem gebundenen Leben der Nation schöpften beide aus dem nie versiegenden Born einer in Not und in Kampf zusammengeschweißten Gemeinschaft. Die traditionslosen, gleichartigen Massen floßen fest ineinander, die Zeit selbst kam ihnen dabei zu Hilfe, derweil das nationale Element, in Bruchstücken zerstreut, sich mühsam zusammenfand. So stand der inneren und äußeren „Gebundenheit“ der Rechten ein hohes Maß von „Ungebundenheit“ auf der Linken gegenüber. Nichts kennzeichnet deut-

licher den Geist gebundener Absonderung, als die nahezu undurchbrochene Regel, daß die Wähler im Reich sich ausschließlich durch Angehörige ihres Kirchtumsprengels vertreten ließen. In den meisten Wahlbezirken wäre es unmöglich gewesen, einen nicht dem örtl. Bereich entstammenden Kandidaten aufzustellen, wie sehr er auch der Parteirichtung des betreffenden Wahlkreises entsprochen hätte. Nicht besondere Eignung und hervorragende Fähigkeiten eines Kandidaten waren also in erster Linie entscheidend, sondern eine starre Gebundenheit an ein geographisches Gebiet. Wie sehr diese Kirchtumpolitik aber im Geist der Deutschen verwurzelt war, zeigt uns Bismarcks grenzenloses Erstaunen, als der Wahlkreis Pleß-Rybnik 1871 einen dort völlig unbekannten Mann, den Geistlichen Rat Müller aus Berlin, zum Abgeordneten des Zentrums wählte — einen sichereren Wahlkreis schien es bislang für einen bedingungslosen Anhänger Bismarcks in ganz Deutschland nicht zu geben. Die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1878 mögen mir dabei behilflich sein, diese eigenartigen, lokalpatriotischen Wahlverhältnisse etwas näher zu beleuchten.

Der Reichstag zählte 397 Mitglieder, darunter 12 Sozialisten. Rechnet man diese letzteren ab, so waren im ganzen nur 7 Kreise von 385 durch Abgeordnete vertreten, welche nicht „dem engeren Vaterland“ angehörten, d. h. nicht ganz 2 % waren also Vertreter des „Deutschen Auslandes“ [10]). Sieht man näher zu, so findet auch die Erscheinung [11]) dieser 7 Weltwunder nationaler Großherzigkeit ihre Erklärung darin, daß die ganz kleinen Ländchen in Ermangelung eigener politischer Bodenerzeugnisse auf auswärtige Produktion angewiesen waren. So wurde Lasker in Meiningen, v. Cuny in Dessau, Valentin in Sondershausen, Hoffmann in Rudolstadt und Träger in Reuß j. L. gewählt. Abgesehen von Treitschke, der im Königreich Preußen gewählt wurde, hatte dieses größte Land nur einen „Ausländer“, v. Biegeleben aus Hessen-Darmstadt (Zentrum), herbeigeholt. Die anderen und größeren Bundesstaaten hatten ausnahmslos sich streng an die Landsmannschaft gehalten. In ganz Bayern, Württemberg, in Sachsen (soweit es sich nicht um Sozialisten handelte), in den so national gesinnten Großherzogtümern Hessen und Baden, überall nur Landeskinder, ebenso im ehemaligen Königreich Hannover.

10) In der Presse jener Zeit häufig wiederkehrender Ausdruck.
11) Aufsatz in der „Deutschen Rundschau“ 1878. Bd. 14.

Wie aber ändert sich das Bild, sobald wir auf die Sozialdemokraten blicken. Hier war die nationale Einheit die Regel, und die Landsmannschaft die Ausnahme. Von den zwölf Erwählten waren acht ohne alle örtlichen Beziehungen zu ihrem Kreise. Selbst bei drei der vier übrigen deckte sich nicht, wie das für die anderen Parteien die Regel war, Landsmannschaft, Wohnsitz und Vertretung. Bebel wohnte zwar in Sachsen, war aber geborener Rheinländer, Fritzsche war in Sachsen geboren, aber in Berlin wohnhaft, Motteler in Sachsen wohnhaft, aber ein geborener Schwabe. (Diese 3 wurden in Sachsen gewählt). Der einzige, der unter die allgemeine Regel fiel, war der Kölner Rittinghausen, welcher Solingen vertrat. Aber wenn wir auch nur bei jenen 8 stehen bleiben, so haben wir also das Verhältnis in Zahlen ausgedrückt an Betätigung freier Sinnesgemeinschaft auf der sozialistischen Seite 66 % auf der anderen 2 %. Und noch eines nicht zu vergessen! Gerade in den Teilen Deutschlands, die sich durch landsmannschaftliche Engherzigkeit am meisten auszeichneten, war das weltbürgerliche Element am stärksten durchgedrungen. Das Königreich Sachsen, der Blütengarten, in welchem der Partikularismus vom Adel und Beamten mit zärtlicher Hand gepflegt wurde, war zugleich das Stelldichein der gesamten deutschen Sozialdemokratie. Hier wurden die Hamburger Auer und Kapell, der Braunschweiger Bracke, der Hesse Liebknecht, der Bayer Most und der Mecklenburger Demmler gewählt. Selbstverständlich lag dieses Weltbürgertum im Wesen der Sozialdemokratie und die etwas enge landsmannschaftliche Einstellung der anderen Parteien hatte mitunter ihre wohlberechtigten Gründe. Immerhin zeigt dies eben entworfene Bild einerseits die Parteidisziplin einer wohl-organisierten Masse und andererseits das partikularistische, oft allzu selbständige Denken des deutschen Volkes jenseits der Sozialdemokratie und des Zentrums. —

Entscheidend für die Entwicklung der politischen Parteien Deutschlands war in erster Linie das Jahr 1859. Kaum jemals hat eine außerdeutsche Bewegung eine solche Rückwirkung auf die deutschen Verhältnisse gehabt, wie der napoleonisch-sardinische Angriff auf Oesterreichs italienische Stellung. Das deutsche Volk — Zeuge der italienischen Einigung — hatte in allen Landschaften und Klassen sich an der politischen Auseinandersetzung des Jahres 1859 beteiligt, eine ausgedehnte Publizistik war entstanden und aus dieser allgemeinen Gärung kristallisierten sich die Ge-

bilde der deutschen Parteien. Wohl reichen die Wurzeln weiter und tiefer zurück, aber soweit es sich um wirkliche Ausprägungen in Organisationen und Programmen handelt, war das Jahr 1859 von entscheidender Bedeutung. Kaum sieben Jahre später, 1866 folgte wieder ein grundlegender Eingriff in die Geschicke der deutschen Parteien. Es war ein geschichtlicher Zufall, daß gerade an dem Tage, an dem in Böhmen um die Herrschaft zwischen Oesterreich und Preußen gekämpft wurde, die Wahlen zu dem preußischen Landtag ausgeschrieben wurden. „Für oder wider die Soldaten" hieß die Kampfparole und wäre die Wahl noch acht Tage später gewesen, dann hätte der Sieg von Königgrätz der bisherigen Mehrheit eine noch viel entscheidendere Niederlage bereitet. Und wieder vergingen die Jahre, da schritten am 3. März 1871, unter Glockengeläut und Kanondonner anläßlich des Vorfriedensabschlusses mit Frankreich die Wähler durch die fahnengeschmückten Straßen zur Wahl des ersten deutschen Reichstages. Viele standen zwar noch in Feindesland und noch breite Massen blieben in politischer Gleichgültigkeit der Wahlurne fern, sodaß nur 51 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, aber es ging doch 1871 wie 1866 und 1859 ein Erwachen durch das deutsche Volk und ein neuer Geist zog in die aus dem Schlaf gerüttelten Reihen ein. Das Verlangen nach einer neuen Volksvertretung und die Unzufriedenheit mit dem bisherigen Parlament zeigt ein damals weit verbreiteter Aufruf zum 3. März:

Der Wähler vor Paris an den Wähler daheim!

„Wir schützen Deutschlands Erde — kein Feind hat sie verletzt! Schützt uns daheim am Herde dafür die Freiheit jetzt! Und schlagt ihr nicht Franzosen, schlagt Junker nun im Streit! Klopft ihr nicht rote Hosen, klopft schwarze Kutten heut!" Mächtig wurde das Volk aufgerüttelt und die deutschen Parteien, bisher dank des Dreiklassenwahlrechts reine Honoratiorenparteien, wurden jetzt erst zur wahren Volksvertretung, zum Spiegelbild der deutschen öffentlichen Meinung. Nun nahmen die Parteien Form und Inhalt an und damit begann eine neue Epoche der deutschen Parteigeschichte.

Das gedankenlose, schablonenhafte, traditionelle Wählen eines Abgeordneten und alsbald wieder das Versinken in die politische Interessenlosigkeit, den politischen Schlummer, machten nun einer

Aufklärungszeit der Wähler Platz, die am deutlichsten daran zu erkennen war, daß man nun dem nach Berlin ziehenden Abgeordneten zahlreiche Forderungen und Wünsche mit auf den Weg gab. Und die Forderungen, die der Wähler nun zuerst stellte, entstammten natürlichen Anschauungen und eigenen unmittelbaren Interessen. Er kümmerte sich im allgemeinen weder um große weltgeschichtliche Fragen noch um staatsrechtliche Probleme jeglicher Art, sondern sein höchster Wunsch war eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Besserung seiner Lebenshaltung. Die Politik mußte dadurch zu einer Angelegenheit der Interessen werden.

Gewerbliche, landwirtschaftliche, städtische und ländliche Wahlkreise 1907 und ihre parlamentarische Vertretung.

	Gewerbl. städt.	Gewerbl. ländl.	Gewerbl. zus.	Landw. schaftl.	Zusammen
Zentrum	35	32	67	46	113 [12])
Konservative	5	18	23	37	60 [13])
Nationalliberale	22	19	41	12	53 [14])
Sozialdemokraten	47	4	51	—	51
Fortschrittspart.	27	14	41	9 [11a])	50 [15])
Reichspartei	8	10	18	8	26 [16])
Wirtschaftl. Vergg.	5	10	15	5	20 [17])
Polen	4	2	6	14	20
Reformpartei	—	3	3	1	4 [18])
	153	112	265	132	397

Die Konservativen.

Die ersten organisatorischen Zusammenfassungen der konservativen Anhängerschaft in den preußischen Landen gründeten sich zunächst nach der Revolution von 1848 überwiegend auf den Gedanken der Verteidigung der Standesinteressen des Grundbesitzes.

11a) Darunter 1 städt.
12) Darunter 5 Els., 2 Welf., 1 Lothr,
13) Darunter 1 Wild.,
14) Darunter 2 Lothr., 1 Bauenbund,
15) Darunter 1 Däne, 1 Wild.,
16) Darunter 1 Wild.,
17) Darunter 3 Wild.,
18) Darunter 1 Wild.

Die erste konservative Vereinigung ist ein Gebilde, das 1848 von Kleist-Retzow, Bismarck und Below-Hohendorf gegründet wurde unter dem wahrlich recht offenherzigen Titel: „Verein zur Wahrung der Interessen des Großgrundbesitzes und zur Förderung des Wohlstandes aller Volksklassen". Schon kurz zuvor war in die konservativen Elemente das erste Leben gekommen, als die Nationalversammlung (Juli 1848) Gesetze über die volle Durchführung der Bauernbefreiung und über die Aufhebung des gutsherrlichen Jagdrechtes beschlossen hatte. Damals setzte eine rührige Werbung unter der Landbevölkerung ein und bald wurde unter der Führung des Herrn v. Bülow-Cummerow der „Verein zum Schutz des Eigentums" begründet und es dauerte auch nicht lange, bis die ersten Bauernvereine ins Leben gerufen wurden. Nach einer in ihren Auswirkungen unbedeutenden Spaltung im Jahre 1852 kam es über der Indemnitätsvorlage (nachträgliche Genehmigung der Regierungsjahre ohne Budget) nicht nur zur Trennung der gemäßigten Liberalen von den radikalen Elementen, sondern auch trotz des Wahlsieges vom 3. Juli 1866 zum Zerfall der Konservativen Partei. Von der Masse der Partei löste sich seit dem Juli ein Teil immer stärker los. Schlesische und rheinische Magnaten, die vielfach nicht bloß Großgrundbesitzer, sondern auch Großindustrielle waren, begründeten die freikonservative Partei. Die nationale Flut ging über die preußischen Konservativen hinweg, besonders da in Hannover und Hessen aus Anhänglichkeit an die alten Dynastien der Adel und die Geistlichkeit (der Kern der konservativen Partei im Osten) [19] in scharfe Opposition zu Bismarck, dem neuen Preußen und dem Norddeutschen Bund traten. Für unsere Betrachtung ist in der Geschichte der konservativen Partei besonders der Beschluß des Jahres 1876 bemerkenswert, auch außerhalb Preußens organisatorisch zu arbeiten. Trotzdem blieben die Konservativen im wesentlichen auf Preußen beschränkt und dort wieder in erster Linie entsprechend ihrer einseitigen Vertretung landwirtschaftlicher Interessen auf die Agrargebiete des Ostens.

Nur in Preußen konnte eine große konservative Partei entstehen, weil sich nur hier die Interessen eines großen, einflußreichen Standes damit verbinden ließen. Aber um eine führende Rolle im politischen Parteileben des 19. Jahrhunderts zu spielen, dazu fehlte dem Adel die Geschlossenheit, das einheit-

19) nur die protestantische Geistlichkeit.

liche Standesbewußtsein. „Vom deutschen Adel war ein sehr großer Teil durch die Entwicklung der Agrarverfassung im Mittelalter und in der Neuzeit und durch die Art und Weise ihrer Abschaffung der festen Verbindung mit dem Grund und Boden verlustig gegangen. Er entbehrte so des besten Rückhaltes"[20]. Das war mit die Hauptursache für das Aufkommen des Beamten- und Offiziersadels, vor allem in Preußen — wobei ein deutlicher Unterschied zwischen dem Adel im Reich und dem Adel in Preußen zu machen ist. Die Masse des Adels in den alten Provinzen wurzelte im Gegensatz zum übrigen Deutschland auf dem Lande, war ihrem Wesen nach Grundbesitzer, aber doch nicht so reich, daß nicht ein recht beträchtlicher Teil auf den Dienst am Staat, vor allem auf den Militärdienst angewiesen war. Innerhalb des deutschen Adels nahmen diese ostelbischen Junker in mancher Hinsicht eine Sonderstellung ein. Das hervorstechendste an diesem ländlichen Kleinadel waren die einheitlichen, politischen, gesellschaftlichen und beruflichen Traditionen, eine weniger ängstliche Sorge vor der Aufnahme bürgerlichen Blutes als sonst in Deutschland üblich, vor allem eine wirkliche Herrenstellung auf dem Lande. Dieser preußische Adel war nach Treitschke „nicht parlamentarisch wie der englische, nicht höfisch wie der altfranzösische oder der Adel der deutschen Kleinstaaten, sondern monarchisch". Außerhalb der konservativen Partei war der deutsche Adel nicht als Stand, sondern nur durch einzelne Führerpersönlichkeiten hervorgetreten (u. a. Graf Schwerin, die Gebrüder Gagern, Freiherr v. Vincke, Unruh, Bennigsen, Stauffenberg und Forckenbeck). Im Gegensatz zu der Stellung der ostelbischen Ritterschaft, die den eigentlichen Halt der konservativen Partei bildete, war im Süden und Westen Deutschlands der Adel großen Teils katholisch und hatte allgemein als Stand politisch keine irgend erhebliche Bedeutung. Außer durch den Adel beherrschte die konservative Partei die Massen des platten Landes nicht zuletzt durch das Ansehen der Landräte. Als sich die Regierung 1874, zum ersten Male seit 1861, bei den Wahlen passiv verhielt und ihre Beamten vor der sonst üblichen Wahlbeeinflussung warnte, bedeutete das eine fühlbare Schwächung der Konservativen. — Neben dem Adel waren es die Bauern, die eine feste Grundlage der konservativen

20) Wahl, „Deutsche Geschichte"

Partei bildeten. „Die konservative Richtung", sagt Treitschke, „die heute unter den deutschen Landwirten vorherrscht, erklärt sich großen Teils aus der Tatsache, daß unsere ältere Gesetzgebung in einer Zeit entstanden ist, da der Grund und Boden den wesentlichsten Bestandteil des Volksvermögens bildete. Unser Landbau verteidigte nur sein Klasseninteresse gegen die neu emporgekommene Macht des beweglichen Vermögens. „So stellten die Bauern eine unüberwindliche konservative Macht in der deutschen Nation dar, einen festen, trotz allem Wechsel beharrenden Kern. Der Gebildete mochte konservativ sein aus Vernunftsgründen, der Bauer war es kraft seiner Sitte. Der Bauer war ein geborener Partikularist. Nur in dem geographisch zerfetzten Mittel- und Südwestdeutschland herrschte Kleingüterei [21]) und ein ausgedehntes Bauernproletariat, kein Wunder, daß hier der konservative Geist keinen Nährboden fand. Aber in fast allen übrigen Landen des Deutschen Reiches stand der Bauer fest auf dem Boden einer konservativen Weltanschauung. „Der Bauer ist der ewige Mensch, unabhängig von aller Kultur, die in den Städten nistet," sagt Oswald Spengler [22]). „Was die Kultur dort in den Städten ersinnt, an Staatsformen und Wirtschaftssitten, an Wissen und Kunst, nimmt er mißtrauisch und zögernd endlich hin, ohne deshalb je seine Art zu ändern. Die heutige Frömmigkeit des Bauern ist älter als das Christentum. Seine Götter sind älter als jede höhere Religion. Das Land führt eine hoffnungslose Verteidigung gegen die Alleinherrschaft der Stadt, geistig gegen den Rationalismus, politisch gegen die Demokratie, wirtschaftlich gegen das Geld." In diesem Kampf war der Bauer, besonders der Landarbeiter, Jahrzehnte hindurch das Stimmaterial für seine konservativen Vorgesetzten, ohne je Gelegenheit zu haben, selbst in diesem Kampf aus freier Initiative mitstreiten zu können. Ueber ihn gingen politische, wirtschaftliche, geistige, ja religiöse Bewegungen hinweg, ohne sein Wesen zu berühren. Er blieb, was er seit Menschengedenken war und was das ganze deutsche Volk ihm zu danken hat, die unverbrauchte und unverdorbene Kraftquelle für die Stadt. Zusammenfassend darf man aber sagen, daß der Bauer für politische Betätigung nur schwer zu gewinnen war, höchstens durch Ver-

21) Wirkung des Römischen Rechts.
22) Untergang des Abendlandes, Bd. 2.

mittlung dynastischer oder religiöser Ideen, oder wenn wirtschaftliche Lebensinteressen im Spiele waren.

Neben dem Bauern war es der Landarbeiter der Großgüterbezirke, der eine Grundlage der politischen Macht der Agrararistokratie bildete. Diese Masse von armen Proletariern[23] war zu sehr in Abhängigkeit geraten, als daß sie eine freie, selbständige Meinungsäußerung sich erlauben durfte. Hin und wieder gelang es zwar der Sozialdemokratie, durch Ueberraschung einen guten Erfolg unter diesen abhängigen Leuten zu gewinnen, aber dauernd in Landarbeitergebieten sich festzusetzen, war ihr unmöglich. In verschiedenen Gegenden war es neben den bereits geschilderten Elementen das evangelisch-kirchliche, das den Konservativen Hilfskräfte zuführte. Soweit der Protestantismus fortschrittlich, kritisch, modern oder rein politisch war, gehörte er im allgemeinen zum bürgerlichen Liberalismus, aber soweit er orthodox, pietistisch-kirchlich war, rechnete er sich fast überall zum Konservativismus. Schließlich trug der Selbsterhaltungstrieb des preußischen Großgrundbesitzertums, das in den Verteidigungszustand gedrängt worden war, dazu bei, daß die „Konservative Partei" handwerkerfreundlich, ja zu Zeiten sogar arbeiterfreundlich wurde. Auf die Dauer war es dem Bauern und dem kleinen Handwerker, der nur noch als Ruine des alten Bürgertums in die moderne bürgerliche Welt ragte, doch nicht mehr wohl im Kreise des Adels, der Geistlichkeit und des Großgrundbesitzes und es war nur selbstverständlich, daß andere Gruppen sich nicht als Gegner, sondern als Freunde und Genossen aus der deutsch-konservativen Partei abspalten. Eine bedeutende Rolle haben aber diese kleinen Parteisplitter nie gespielt. Nur die freikonservative Partei soll hier Erwähnung finden, da sie sich wieder völlig in den Rahmen unserer Betrachtung fügt. Im Jahre 1866 war durch Bethusy-Huc, den Prinzen Karl Hohenlohe und deren Freunde die bismarckfreundliche „freikonservative Partei" ins Leben gerufen worden, die sich im Reichstag Fraktion der „Reichspartei" nannte und die den Uebergang von den Strengkonservativen zu den gemäßigten Liberalen bildete. Sie vertrat nicht mit der gleichen Entschiedenheit die feudal-reaktionären und protest.-orthodoxen Tendenzen der Deutschkonservativen, hatte sich vielmehr mit den fortschrittlichen liberalen Errungenschaften der bismarckischen Epoche ausgesöhnt und gab vor, rückschrittliche

23) Eine Ausnahme bildeten z. T. die schles. u. sächs. Landarbeiter.

Bestrebungen zu bekämpfen. Ihre Hauptstütze fand sie in den Kreisen des aufgeklärten höheren Beamtentums und der Schwerindustrie. Ein kleiner Rest von Großgrundbesitzern verhalf der freikonservativen Partei zu dem Ruf, in ihr seien „Fabrik und Kuhstall" vereint. Auch ein großer Teil des Hochadels (Hohenlohe, Ratibor, Hatzfeldt) war der Partei angeschlossen, die wegen der vielen ehemaligen Diplomaten auch die Botschafterfraktion genannt wurde. Aber gerade durch diese Zusammensetzung und durch ihre Haltung hatte die deutsche Reichspartei für die großen Wählermassen etwas Unnahbares und da sie lange Zeit hindurch auch kein Programm veröffentlichte und an den Wahlkämpfen sich nur wenig beteiligte, so blieb sie den Wählern ziemlich fremd. Während auch die deutsch-konservative Parteipresse, wenig zahlreich, aber geschickt geleitet, umso stärker wirkte, da sie fast das einzige politische Unterrichtsmittel ihrer ländlichen Leser bildete, waren die Freikonservativen in der Presse fast garnicht vertreten, sodaß ihnen ein wertvolles Werbemittel fehlte.

An Hand dieser wirtschaftlichen und soziologischen Sichtung der konservativen Wahlstimmen wollen wir die Gebiete aufsuchen, die wir als eine Domäne der Konservativen bezeichnen können. Das ewige Auf und Ab innerhalb der Entwicklung einer Partei kennzeichnet auch den Lebensweg der Konservativen. Die Zeit von 1871 bis 1912, die diesen Ausführungen zugrunde liegt, war reich an Ereignissen, die einen entscheidenden Einfluß auf die Stärke der Parteien hatten. Jede Reichstagswahl wurde unter einer anderen Wahlparole durchgefochten, die oft nur als Lockmittel die Dummen fangen sollte. Aus der Wahlübersicht auf Seite 3 erkennen wir in der ersten Spalte, die uns die Zahl der Wahlstimmen auf 100 abgegebene Stimmen zeigt, die fast stete Abnahme der konservativen Stimmzettel vom Jahre 1881 ab. Bis dahin haben wir eine allmähliche Zunahme zu verzeichnen, wenn wir von dem Wahlergebnis des Jahres 1871 absehen, das für Vergleichszwecke nicht geeignet ist. Die Ernüchterung nach dem Siegesjubel von 1871 war nur zu bald eingetreten. Von 1871 bis 1874 waren 255 Wahlkreise ihrer politischen Partei treu geblieben, 127 aber, das sind 33 %, hatten die Parteistellung geändert. 1877 hatten von 397 Wahlkreisen — 1871 gab es nur 382—89, also 22 % einen Abgeordneten anderer Parteirichtung als 1874 gewählt. Eine stetige Zunahme der Beharrlichkeit setzte da-

mit ein. 1887 erreichten die Wahlstimmen, die für die Konservativen abgegeben wurden, ihren Höhepunkt und hielten dann bis 1912 eine ungefähr gleichbleibende Linie ein. Nur das Jahr 1874 hatte eine unangenehme Ueberraschung gebracht. Die Wahlen für den ersten deutschen Reichstag hatten zwei Tage nach dem Einzug der deutschen Truppen in Paris stattgefunden. Die damalige hohe Begeisterung ließ sich nicht festhalten und so war es nicht erstaunlich, daß bei den Wahlen zum zweiten deutschen Reichstag dieser nationale Schwung, diese Einmütigkeit der Gesinnung längst der alten Zwietracht gewichen waren. Die Konservativen konnten zwar durch Jahrzehnte hindurch auf einen festen Stamm von Wahlkreisen bauen, aber sie waren es in erster Linie, die einen Teil ihrer Wahlkreise durch die Aenderung der Zeiten dahinschwinden sahen. Wenn man nach den Ursachen des Rückgangs der Konservativen forscht, so wird man — sieht man von rein ideologischen Momenten ab — auf die Entwicklung der räumlichen, beruflichen und sozialen Gliederung des deutschen Volkes hingewiesen. Der Zug von Ost nach West, vom Land zur Stadt, die Entvölkerung des platten Landes, die Verstadtlichung und die Zusammenballung in Großstädten waren die hauptsächlichsten Merkmale dieser Entwicklung, die durchaus auf Kosten der Landwirtschaft und damit auf Kosten der deutschen Ernährungsfreiheit ging. Gleichzeitig setzte damit in Deutschland die Zeit einer ungesunden Bevorzugung der Industrie ein.

Diese Entwicklung ging, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, auf Kosten der Konservativen. Andererseits darf man dabei nicht vergessen, daß dieser Verlust durch die Vorteile des alten Wahlsystems wieder wettgemacht wurde. Die westlichen und südwestlichen Gebiete Deutschlands wurden zugunsten der östlichen, die städtischen Wahlkreise zugunsten der ländlichen, die Vorstädte zugunsten des Zentrums der Städte benachteiligt. Bei den Konservativen — d. h. im besonderen bei den Deutschkonservativen — waren es 9 Wahlkreise, in denen die Partei seit 1874 die absolute oder relative Mehrheit ohne Unterbrechung bis 1912 erreicht hat. Wenn wir nun die Gebiete aufsuchen wollen, die eine konservative Mehrheit besaßen, so weist uns unser wirtschaftsgeographischer und soziologischer Wegweiser eindeutig nach den Landen östlich der Elbe. Der Vergleich der Güter

mit den Abgeordnetenmandaten beweist die Richtigkeit des eben erwähnten.

Prozentzahl der Güter mit mehr als 100 ha.

in Meckl.-Strelitz	61%	(1	kons.,	—	nichtkons.	Abgeordn.)
in Meckl.-Schwerin	60%	(3	„	3	„	„
in Pommern	55%	(10	„	3	„	„
in Posen	52%	(2	„	13	„	„
in Westpreußen	44%	(7	„	6	„	„
in Ostpreußen	39%	(12	„	5	„	„
in Brandenburg	35%	(12	„	8	„	„
in Schlesien	34%	(9	„	26	„	„

Die bedeutenden nichtkonservativen Zahlen in Posen und Schlesien erklären sich durch Polen- und Zentrumsgebiete. Sonst waren es nur noch eine größere Anzahl Städte, die den Konservativen nicht gehorchten. Eine der Hauptvoraussetzungen für das Wachstum der Konservativen war die Art des norddeutsch-ostelbischen, besonders des märkischen Kolonialvolkes: „Dieser zähe, arbeitsame, abgehärtete, nüchterne, trotz aller Starrköpfigkeit politisch ziemlich passive, mehr zu langmütig duldendem Gehorsam neigende Menschenschlag“ war für den Gebrauch der konservativen Führerschicht ein durchaus geeignetes Material (W. Vogel)[24]. — Es wäre nun aber ein böser Irrtum, zu glauben, diese Gebiete östlich der Elbe wären stets eine Domäne der Konservativen gewesen. Gehen wir nur wenige Jahre zurück, so bietet sich uns ein völlig anderes Bild. Erst die Wahlen des Jahres 1866 brachten eine Neuorientierung. Am 3. Juli, als die Glocken weit hin ins Land den Sieg bei Königgrätz verkündeten, wurden die Abgeordneten gewählt. Bei der geringen politischen Bildung der unteren Volksklassen und der Langsamkeit aller Erziehung mußten die Neuwahlen zugunsten der Regierung ausfallen, vornehmlich in den östlichen Provinzen. Die Fortschrittspartei mußte eine beträchtliche Anzahl von Wahlkreisen den Konservativen abtreten. Ostpreußen, das 1863 außer den 4 Klerikalen im katholischen Ermland, nur einen Altliberalen, sonst lauter Fortschrittler gewählt hatte, stellte 1866 neben 3 Klerikalen und einem vom linken Zentrum im Ermland einen Altliberalen, 16 Konservative und nur 11 fortschrittliche Abgeordnete. Erst langsam begann die Landwirtschaft sich als Be-

24) W. Vogel „Das neue Europa“. 3. Aufl. S. 73.

rufsstand zu fühlen und als der Liberalismus die kleinen Gutsbesitzer, seine allertreuesten Stützen, unbarmherzig auf dem Altar des Großkapitals und der Börse opfern wollte, strömte diese Klasse dem Konservatismus zu. Nur wenige Wahlkreise blieben der Fortschrittspartei treu. In den Marken, sowohl in der zur Provinz Sachsen gehörenden Altmark, wie in der Priegnitz, der Kurmark, der Uckermark, der Neumark wurden in den ländlichen Wahlkreisen die liberalen Abgeordneten fast sämtlich beseitigt, gleichviel ob sie altliberal waren, dem linken Zentrum oder der Fortschrittspartei angehörten. Sie wurden durch Konservative ersetzt. Bei den direkten Wahlen 1867 beteiligte sich die am weitesten zurückgebliebene Masse der Wahlberechtigten, insbesondere die des Lesens und Schreibens unkundigen oder nur notdürftig kundigen ländlichen Tagelöhner und Arbeiter nur auf Kommando, dann aber auch sämtlich. Bei den Wahlen von 1867 beachteten die Liberalen nicht genügend, welchen gewaltigen Eindruck der Krieg und seine Erfolge im deutschen Volke gemacht hatten. Die Konservativen, die Partei der preußischen Regierung, stellten die mit Dotationen bedachten Heerführer als Reichstagskandidaten auf, Moltke, Vogel von Falckenstein, Steinmetz, Herwarth, von Bittenfeld u. Roon, ferner Bismarck. Nur in Berlin half die Aufstellung der Heerführer nichts, hier siegten die Liberalen. Umso größer war aber der Wahlerfolg in Ostpreußen, außer in Allenstein-Rössel wurden die Konservativen überall ohne Stichwahl gewählt. 1866 und 1867 eroberten also die Konservativen den Osten. Diesen Bestand im Osten konnte die Partei auch bis 1912 halten, abgesehen von Königsberg und andern von Städten beherrschten Wahlkreisen. Die Wahlkreise mit überwiegend katholischer Bevölkerung Braunsberg-Heilsberg und Allenstein-Rössel waren natürlich sichere Zentrumsgebiete. 74 000 Wahlstimmen 1871 für die Deutsch- und Freikonservativen in Ostpreußen standen 1912 133 500 gegenüber. Die Zwischenzeit brachte ein stetes Auf und Ab entsprechend der verschiedenen Volksstimmung am Tage der Reichstagswahl. Verhältnismäßig frei von Einflüssen, die die Ergebnisse entstellten, war die Reichstagswahl von 1884, die uns nun bei der räumlichen Betrachtung der Konservativen wertvolle Dienste leisten soll und die wir als Durchschnittswert benutzen können. — Ostpreußen mutet uns wie ein einziges weites Meer an, aus dem nur 3 kleine Inseln hervorragen, das anfänglich liberale Königsberg und die

zwei treuen Zentrumswahlkreise Braunsberg-Heilsberg und Allenstein-Rössel, deren Bevölkerung mehr als 85 % katholisch war. Die übrigen ostpreußischen Wahlkreise, unter denen Preußisch-Holland-Mohrungen als konservative Hochburg besonders hervorragte, hatten fast alle mehr als 95 % evangelische und meist $^3/_4$ ländliche Bevölkerung. Die Eigentumsverhältnisse und Wirtschaftsformen — vorwiegend Großgrundbesitz — waren also für den Konservatismus durchaus geeignet.

Westpreußen bietet uns ein wesentlich anderes Bild. Hier stießen die Konservativen auf harten Widerstand. Nur Schwetz und Elbing-Marienburg waren fast sichere Wahlkreise. Wohl war, wenn auch nicht in dem Maße wie in Ostpreußen, die ländliche Bevölkerung überwiegend, aber katholisches und protestantisches Glaubensbekenntnis hielten sich die Waage. Die völkischen und wirtschaftlichen Gegensätze taten das Uebrige, so daß in Westpreußen keine Partei eine überragende Stellung einnehmen konnte. Der wichtigste Gegensatz bestand zwischen der deutschen Bevölkerung und den nationalpolnischen Bestrebungen. Die Polen waren umso gefährlichere Gegner als sie weder durch religiöse, noch durch wirtschaftliche oder sozialpolitische Differenzen getrennt waren, indessen sich die Deutschen untereinander bekämpften. Bei den Wahlen trat besonders der Gegensatz zwischen Stadt und Land deutlich hervor, vor allem seitdem sich das platte Land mit dem Beginn der Schutzzollpolitik von den Liberalen entfernt und sich an die Konservativen angeschlossen hatte.

Nebst Ostpreußen war Pommern, vor allem Hinterpommern, die fast uneinnehmbare Feste der Konservativen. Nur 2,97 % der landwirtschaftlichen Gesamtfläche war im Besitz von Wirtschaften in der Größe bis zu 2 ha, während mehr als 55 % zu den Großbetrieben von mehr als 100 ha gehörten Bei der preußischen Landtagswahl 1873 hatten zwar die Deutsch-Konservativen in Hinterpommern fast alle Sitze verloren, nicht ohne Beeinflussung der Wähler durch die Regierungspräsidenten, beziehungsweise durch die nächste Umgebung des inmitten Hinterpommerns residierenden Fürsten Bismarcks und die Reichstagswahl 1874 hatte dementsprechend in der konservativen Stimmenzahl den Tiefstand gebracht, aber die alles beherrschende Stellung war bald wieder erreicht und hielt fast unvermindert an bis 1912. Lediglich Stettin, als Hafen- und Industriestadt,

wählte anfänglich liberal, später erwartungsgemäß sozialdemokratisch. Die übrigen Wahlkreise, mit mehr als 95 % evangelischer und überwiegend ländlicher Bevölkerung, waren zumeist feste Stammsitze der beiden konservativen Parteien. Weiter an der Ostseeküste entlang folgen die nächsten Stützpunkte der Konservativen, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Erst allmählich hatten die Konservativen diese beiden ehemaligen nationalliberalen Festungen erobert, um sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts teilweise wieder zu verlieren. Hier überwog die ländliche Bevölkerung die städtische nur noch ganz wenig, die Bevölkerung war fast ausnahmslos evangelisch. Der Großgrundbesitz umfaßte hier über die Hälfte aller landwirtschaftlich bearbeiteten Flächen und hatte meistens auch den besten und ertragreichsten Boden im Besitz, wie es z. B. besonders in Mecklenburg-Strelitz an dem sogenannten Werder, dem fruchtbarsten Teil dieses Landes hervortrat, der nur ritterschaftliche Güter und keine Domänen enthielt. Der Großgrundbesitz war hier ein Faktor, mit dem das Land seit Jahrhunderten in politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, vornehmlich auch in der Verfassung zu rechnen hatte. Hier bestand nun ein auffallender Gegensatz zwischen adligen, ritterschaftlichen Gütern und den Domänen. Das Personal der ersteren wählte die konservativen Kandidaten, während die Bewohner der Domänen zusammen mit den Städtern die liberalen Kandidaten wählten. Abgesehen von dem Gutsherrn haben die Angehörigen der Ritterschaft und die der Domänen politisch und wirtschaftlich dieselben Interessen: die Tatsache, daß die Bauern und Arbeiter in der Domäne liberal, die Arbeiter der Ritterschaft aber fast ausnahmslos konservativ gewählt haben, zeigt den starken Einfluß der Gutsbesitzer. — Eine recht bedeutende Rolle bei den Reichstagswahlen spielte der mecklenburgische Verfassungsstreit. Im Frühjahr 1878 wurde zum 4. Mal durch die wieder sämtlich liberal bzw. nationalliberal gerichteten mecklenburgischen Abgeordneten ein Verfassungsantrag im Reichstag eingebracht, der diesmal jedoch wegen der im Juni erfolgten Reichstagsauflösung nicht mehr zur Beratung kam. Mit der neuen Reichstagswahl vom 30. Juli aber bahnte sich eine Wendung in den Parteiverhältnissen der mecklenburgischen Abgeordneten an. Die konservative Partei siegte bereits in 2 Kreisen bei der Hauptwahl und kam in den anderen Kreisen den liberalen Gegnern an Stimmen bedenklich

nahe. Zum Teil konnte sie in den Stichwahlen nur durch das Zusammengehen aller Gegenparteien geschlagen werden. Dann aber überholte sie in den nächsten Reichstagswahlen die Liberalen an Sitzen. In der Annahme nämlich, daß der Reichstag eine Aenderung der mecklenburgischen Verfassung bewirken könne und in dieser Ansicht durch liberale Parteireden bestärkt, waren bisher noch immer viele Mecklenburger im liberalen Lager geblieben. Die allmählich um sich greifenden sozialdemokratischen Gedanken, die denen der Radikalen unter den Liberalen nicht sehr ferne standen, dazu das Streben des Liberalismus nach allzu großer Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders nach völliger Handels- und Gewerbefreiheit, die das kleinbürgerliche Handwerk gefährdeten, trieben manchen bisher liberalen Wähler auf die konservative Seite.

Brandenburg war der konservative Ring, der Berlin dicht umschloß. Je näher aber die Gebiete der Reichshauptstadt lagen, desto städtischer war die durchweg protestantische Bevölkerung, desto klarer verschwand jede konservative Färbung. Prenzlau-Angermünde bewahrte ununterbrochen, West- und Ostpriegnitz mit nur je 2 Ausnahmen den Konservativen die Treue. Berlin selbst war ein denkbar ungünstiger Boden und Wahlerfolge blieben in nebelhafter Ferne. Beim Vordringen in südöstlicher Richtung stoßen wir um Frankfurt a. Oder auf eine starke konservative Schicht, die ihre Fortsetzung in Niederschlesien findet. Hier bietet sich dasselbe Bild wie in der Provinz Brandenburg. Um das rote Breslau legte sich ein breites Band konservativer Wahlkreise, und zwar waren es die jenseits der Oder gelegenen rein ländlichen Gebiete mit rund 70 % evangelischer Bevölkerung. Es war eine natürliche Folge der geographischen und wirtschaftlichen Struktur, daß auch die politische und gesellschaftliche Struktur Schlesiens so mannigfaltig war, wie kaum in einem anderen Teile Deutschlands: In den Städten, besonders in Breslau, ein alter Handels- und Gewerbestand, im Westen der Provinz, am Fuße des Riesengebirges, große Industriegebiete[25]) und im Süden ländliche und industrielle Bezirke in bunter Mischung. Hatten die Konservativen 1871 noch fast das ganze Land beherrscht und 23 Abgeordnete in den Reichstag gesandt, so blieb davon im Lauf der Jahre nur noch der niederschlesische, nordöstliche Halbkreis um Breslau übrig, der das

25) Außerdem Gebiete mit vorwiegender Heimarbeit (Weber!).

Hauptkontingent der 10 Wahlkreise stellte, die 1912 konservativ wählten. Nirgends war eine so stete Abnahme der konservativen Stimmen zu beobachten wie im ehemaligen Königreich Sachsen. Natürlich hatten die konservativen Parteien am Nordfuße des Erzgebirges, in den Industriebezirken um Chemnitz, Zwickau und Plauen nie eine Bedeutung besessen. Aber in den ersten Jahren des neuen Reiches hatten das nördliche Sachsen und die preußische Provinz Sachsen eine starke konservative Schicht gebildet. Das Königreich Sachsen war das merkwürdigste Beispiel dafür, daß die konservative Partei auch über das Gebiet der Großgüterprovinzen hinaus Einfluß genommen hatte. Hier gab es städtischen, ja großstädtischen Konservatismus. Selbst nach der Spaltung der Konservativen in eine rein konservative Oberschicht und eine antisemitische Unterschicht hatten sie noch die Macht in Händen, indes die Massen langsam zu der Sozialdemokratie abzuwandern begannen. Jenen früheren sächsischen Partikularismus auf die nationale Bahn geführt zu haben, war unbestreitbar ein Erfolg der Konservativen. „Die gemütliche Tyrannei der deutschen Kleinstaaten" (Treitschke [26]) hatte in dem Bürger kein staatliches Verantwortlichkeitsgefühl und kein politisches Urteil großziehen können. Sachsen war schon um 1866 eines der ersten Industrieländer Deutschlands und Europas. Aber es war doch dem ganzen Charakter nach noch ein überwiegend kleinbürgerliches und bäuerliches Land. Es gehörten noch etwa $^3/_4$ der gewerblichen Arbeiter dem Handwerkerstande an; sie waren Handwerksgesellen und betonten dies bewußt gegenüber den Fabrikarbeitern. Sie neigten in ihren Anschauungen im ganzen noch der bürgerlichen Gesellschaft zu und glaubten in deren Rahmen die Erfüllung ihrer Wünsche finden zu können. Sozialismus und Kommunismus waren dem jüngeren Geschlecht, das die 48er Revolution nicht mitgemacht hatte und andererseits der marxistischen Werbetätigkeit noch nicht unterlegen war, fremde Begriffe. Noch war kein bewußter, gegen die übrige Gesellschaft eine Kampfstellung einnehmender Klassengeist vorhanden. Mit der zunehmenden Industrialisierung mußten sich diese Verhältnisse notwendigerweise völlig verschieben. Der Höhepunkt der konservativen Wahlstimmen war 1887 mit 180 000 erreicht worden und damit hatten die Konservativen die Spitze aller sächsischen Parteien inne. 1887 war der Wendepunkt. Das

26) H. v. Treitschke „Die Zukunft der deutschen Mittelstaaten."

Jahr 1912 brachte den Konservativen nur noch 91 000 Stimmen und zwei Abgeordnete. — Schließlich darf aber bei der Betrachtung Sachsens der Gegensatz der beiden Großstädte Dresden und Leipzig nicht unberücksichtigt bleiben. In Dresden, der Stadt des Hofes, prägte sich deutlich ein aristokratisch zurückhaltender und konservativer Charakter aus In der Bürgerschaft zeigten sich wohl ziemlich starke demokratische Gesinnungen, aber der hervorstechendste Zug blieb doch ein stark ausgeprägtes, „spezifisches Sachsentum" und eine unbedingte „Loyalität" gegenüber dem Fürstenhaus, dessen Gunst Dresden seinen raschen Aufstieg zu verdanken hatte. Leipzig dagegen, von der Gunst der Fürsten weit weniger bedacht, als die Landeshauptstadt, war durch seine Handelslage, durch die rastlose Arbeit seiner Bürger zu einer hohen Bedeutung im sächsischen und deutschen Wirtschaftsleben gelangt. Der altsächsische, preußenfeindliche Partikularismus, der in Dresden lange Zeit seinen Sitz hatte, war in Leipzig bereits seit Jahren auf eine Minderheit beschränkt geblieben, die sich vornehmlich auf das Staatsbeamtentum stützte. Ein im ganzen liberales Bürgertum, für große politische Ideen empfänglich, zeichnete Leipzig aus. Von den übrigen Städten des Landes neigten die im Osten, besonders in der Lausitz mehr dem Typus Dresdens zu, die im Westen vor allem in der Gegend von Glauchau-Meerane glichen mehr dem Typus Leipzigs.

Damit ist die Zahl großer, zusammenhängender konservativer Gebiete erschöpft. Die Gegenden um Heidelberg, der württembergische Schwarzwald und einige Wahlkreise um Stuttgart waren oft im Besitz der Konservativen, auch Oldenburg[27]) (in Holstein) gehörte lange Jahre hindurch zu den Stammsitzen der Konservativen. Ein schmaler Streifen zog sich ferner von Wittenberg über Bitterfeld, den Mansfelder See- und Gebirgskreis und Erfurt bis Hessen-Nassau. Einsame konservative Inseln bildeten bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts der 6. Wahlkreis Trier: Ottweiler - St. Wendel - Meisenheim, der obwohl gleichermaßen städtisch und ländlich und mit stärkerer katholischer Bevölkerung von 1871 ab fast ununterbrochen bis zu dessen Tode (1901) den Freiherrn von Stumm-Halberg, einen äußerst verdienstvollen Saarländer wählte[28]), ferner das Minden-Ravensberger Land in West-

27) An der Lübecker Bucht: Oldenburg-Eutin.
28) Honoratioren-Wahlkreis.

falen, in dem die orthodoxe Geistlichkeit das Zepter führte und zusammen mit der Beamtenschaft und dem Mittelstand die Truppen der Konservativen bildete.

Schließlich sei noch der geographischen Verteilung der Antisemiten und Christlich-Sozialen im deutschen Reich gedacht. Der Ausgangspunkt der antisemitischen Agitation war Hessen, wo der junge Marburger Bibliotheksbeamte Dr. Otto Böckel in der in gedrückten wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung großen Anhang fand. Die hessische Bevölkerung war in starker finanzieller Abhängigkeit von den Juden, die ungefähr ein Vierundvierzigstel der Volkszahl bildeten. Hier, wo die Juden massenhaft saßen, war das Gesamtvolk staatlich und wirtschaftlich zersplittert. Das Kleinkapital des Juden lief viel lebhafter um im buntscheckigen Mittelland bei den Städtebauern und Dorfbürgern als in den Berggebieten und in der Ebene beim echten Bauersmann. Böckel, der 1887 als erster Antisemit von dem Wahlkreis Marburg-Frankenberg, einem ehemals konservativem Gebiet in den Reichstag gewählt wurde, gründete judenfreie Viehmärkte und schuf für die Landbevölkerung Darlehnskassen und Konsumvereine. In Marburg entstand eine Zentrale der antisemitischen Werbung in Hessen. Außer in Hessen und in Hessen-Nassau fand die Bewegung starke Ausbreitung vor allem in Sachsen, dann im Rheinland und Westfalen, während Berlins anfängliche Begeisterung bald verflog. Das Jahr 1893 brachte den Höhepunkt der antisemitischen Flut. Neben solchen Abgeordneten, die zwar unter deutsch-sozialer Flagge in den Wahlkampf getreten waren, sich aber später den Konservativen angeschlossen hatten, die auf dem Tivoliparteitag 1892 ihrem Programm den Judenausschlußparagraphen beigefügt hatten, wurden 16 Antisemiten in den deutschen Reichstag gewählt. Da nun auch der Bund der Landwirte sich etwas antisemitischen Anstrich gab und so den antisemitischen Parteien den Wind aus den Segeln nahm, war ein allmählicher Niedergang nicht aufzuhalten — z. T. durch die persönliche Minderwertigkeit der demagogischen Führer (Ahlwardt) mitbedingt.

Im Rheinland und Westfalen hatten sich christlich-soziale Vereine gebildet, die einen starken katholischen Einschlag hatten. Aus diesen traten die evangelischen Arbeiter aus und schlossen sich in evangelischen Arbeitervereinen zusammen, vom Geiste Stöckers beeinflußt. Während die Mitglieder dieser Arbeiter-

vereine, zumal in Süddeutschland sich vielfach den liberalen Parteien anschlossen, war es besonders im Bergischen- und Siegerland die Christlich-Soziale Partei Adolf Stöckers, die in der evangelischen Arbeiterschaft zahlreiche Anhänger fand. So kam es, daß die Christlich-Sozialen, die mit der Berliner Bewegung begannen, allmählich ihren Stützpunkt nach Westdeutschland verlegten. Die Partei konzentrierte sich auf die Industriegegend des Sieger- und Wittgensteinerlandes, einer kerndeutschen Ecke zwischen Lahn, Rhein und Wupper. Diese Landschaften des deutschen Westens, in denen das Christentum noch eine Macht im Volksleben bildete, waren für die christlich-sozialen Ideen Stöckers ein wahrhaft fruchtbarer Boden.

Die Nationalliberalen.

Aeußerlich angeregt durch das italienische Vorbild entstand im Herbst 1859 der Deutsche Nationalverein, um unter Führung der Hohenzollern Deutschland zu einigen. Der Nationalverein wurde zur ersten politischen Organisation Deutschlands, die von Anfang an bewußt die Landesgrenzen der Einzelstaaten überschritt, sich über ganz Deutschland auszubreiten und aus den verschiedenen Fraktionen der Liberalen und Demokraten in den Einzelstaaten eine einheitliche deutsche Nationalpartei zu bilden versuchte. Er behielt aber — besonders im Lichte der gegnerischen Presse — noch halb und halb den Charakter einer „hochbürgerlichen Notabeln-Organisation." Unmittelbar aus seinem Grundstock bildete sich dann im Februar 1867 die Nationalliberale Partei. Als die Siege von 1866 über Oesterreich der bismarckischen Rüstungspolitik Recht gegeben hatten und die Fortschrittspartei nicht den Schritt zur Versöhnung mit dem leitenden Staatsmann tun wollte, trennte sich unter Führung von Michaelis, Twesten und Lasker die Nationalliberale Partei ab, die sich auf Bismarcks Seite stellte. Bezeichnend ist die anfängliche Vermeidung der Bezeichnung „liberal" bei der Gründung der „neuen Fraktion der nationalen Partei". Aber erst der 1. Mai 1870 wurde der eigentliche Geburtstag der gesamt-deutschen Nationalliberalen Partei, die sich mit vollem Recht die Partei der Reichsgründung nennen durfte. Ihr Zusammenschluß ist der staatlichen Einigung vorangegangen. Zwar war jene Beitrittserklärung der hessischen Fortschrittspartei, der badischen Nationalliberalen

und der Deutschen Partei Württembergs zu den norddeutschen Nationalliberalen[29]) — 36 süddeutsche Abgeordnete traten 1871 bei – zunächst nichts als ein formaler Akt und die äußerlich begründete Einigung mußte ihren vollen Inhalt erst noch gewinnen. Aber eine tief klaffende Lücke innerhalb des deutschen Parteiwesens war nun ausgefüllt und die antibismarckische Opposition war gebrochen. Doch nicht lange sollten sich die Nationalliberalen auf ihrer einsamen Höhe halten. Mit dem Aufheben der Eisenzölle setzte nun die Gegenbewegung der Schutzzöllner ein, die den Gedanken ins Volk trugen, die Wirtschaftskrise könne nur durch hohe Zollschranken behoben werden. Das war das Trompetensignal zu einem allgemeinen Sturm gegen den Liberalismus. In den verschiedensten Ecken begann nun gegen die Liberalen ein scharfer Wind zu wehen. Alle diejenigen, denen die moderne liberale Entwicklung zu schnell gegangen war, die im Zeitalter des Verkehrs zu straucheln begannen, sie alle häuften sich zusammen: Zentrum, städtische Handwerker und ländliche Konservative, Professoren, Pastoren usw. Dieser allgemeine Angriff war für die Nationalliberalen zu stark und als gar Bismarck seine Hand von ihnen weg zog, mußten sie stürzen. So sank die große Reichsgründungspartei in wenigen Jahren, von 1874—1881, von 155 auf 47 Abgeordnete und alle anderen Parteien zehrten von der Konkursmasse dieser Partei. Von den Nationalliberalen gewannen bis 1881 die Deutsch-Konservativen 29 Sitze, das Zentrum 7, der Fortschritt 10, die süddeutschen Demokraten 7, die Sozialdemokraten 3, die Welfen 6 Sitze. Die Reichstagswahl vom 21. Februar 1887, bekannt unter dem Namen der Septennatswahl, brachte der nationalliberalen Partei nochmals einen gewaltigen Aufschwung. Der alte Reichstag, in dem Zentrum, Freisinnige und Sozialdemokraten die Mehrheit besaßen, hatte zwar die von der Regierung geforderte Heeresverstärkung bewilligt, aber die von Bismarck verlange Genehmigung auf 7 Jahre, das Septennat, abgelehnt. Daraufhin hatte Bismarck den Reichstag aufgelöst und die Haltung der Reichstagsmehrheit als eine schwere Bedrohung der nationalen Sicherheit und als ein unberechtigtes Eingreifen einer herrschlustigen Parlamentsmehrheit in die Kommandogewalt des Monarchen bezeichnet. Die Parteien der Minderheit-Konservative, Freikonservative, Nationalliberale — hatten daraufhin ein Wahl-

29) Führende Rolle Hannovers (Bennigsen!).

bündnis geschlossen, das sogenannte Kartell, und in einem sehr lebhaften, mit Erbitterung durchgeführten Wahlkampfe, in dem die drohende oder angeblich drohende Kriegsgefahr eine große Rolle spielte, einen vollen Sieg erfochten. Nach diesem Aufstieg auf 99 Abgeordnete kam schon 1890 wieder ein empfindlicher Abstieg. Der innere Zerfall des Kartells — die gegnerischen Parteien konnten mit viel Freude und Spott häufig vom „Kartellkriegsschauplatz" berichten —, allgemeine Zersplitterung und Unklarheit, Führerlosigkeit und Wahlmüdigkeit waren besonders für die Nationalliberalen der Grund des Niedergangs, der mit 42 Abgeordneten seinen Tiefpunkt erreichte. Bis 1912 war ihnen keine Erholung mehr vergönnt.

Doch kehren wir wieder zu den ersten Jahren des neuen Reiches zurück. Fast alles, was gebildet war, in Stadt und Land, wurde nationalliberal. Es war damals nicht so, daß etwa nur bestimmte Wirtschaftsgruppen nationalliberal waren. Wir finden unter ihnen eine Menge alten und eingesessenen Adels, große und kleine Kaufleute aller Konfessionen, ferner Bauern, Handwerker, Mittelstand und Arbeiter — es war einfach die große Volkspartei, die damals entscheidend in die Geschicke des deutschen Reiches eingriff. Die nationalliberale Partei war nicht wie die konservative eine wesentlich norddeutsche, nicht wie das Zentrum auf die überwiegend katholischen Gebiete oder wie die Sozialdemokratie auf die Industriebezirke und die Großstädte beschränkt, sondern sie war eine wirklich gesamtdeutsche Partei. Da der Nationalliberalismus sich wesentlich auf das gebildete Bürgertum stützte, so fand er auch in der Presse eine unverhältnismäßig starke Vertretung. Erst das allmähliche Aufkommen der gegnerischen Presse schaffte hier Wandel. Bald war der Vorsprung der Nationalliberalen eingeholt und mit dem Ende der dominierenden Stellung ihrer Presse hörte auch die Macht ihres Einflusses auf, unter der die weitesten Kreise des deutschen Volkes gestanden hatten. Es will uns eigenartig erscheinen, daß um diese Zeit nicht nur die Schichten des oberen und mittleren Bürgertums den Nationalliberalen anhingen, sondern daß auch ein Teil der Arbeiterschaft zu ihrer Gefolgschaft gehörte. Aber noch hatte man ja dem Arbeiter nicht sein Klassenbewußtsein eingeimpft, noch war in ihm ein nationales Empfinden, eine Dankbarkeit den Männern und der Partei gegenüber, die das deutsche Reich geschaffen hatten. Während aber

der Arbeiter in zunehmendem Maße der nationalliberalen Partei verloren ging, gesellten sich zu den Bauern im Nordwesten, die eine mächtige Stütze der Partei von Anfang an gebildet hatten, noch viele ländlichen Wahlstimmen im übrigen Reiche zu. Denn allmählich begann sich in der Bauernschaft immer deutlicher eine demokratische Bewegung durchzusetzen, die insbesondere in den östlichen Gebieten Deutschlands an Bedeutung gewann, wo die aus Süd- und Mitteldeutschland angesiedelten Bauern ein für die Organisation im Bund der Landwirte ungeeignetes Material darboten. Und bald ließ das Gefühl der Vernachlässigung der Interessent des ländlichen Kleinbesitzes durch den Bund der Landwirte den Deutschen Bauernbund im Jahre 1909 entstehen, der aus einer Bewegung der deutschen Ansiedler in Posen erwuchs und ganz auf nationalliberaler Grundlage beruhte.

Der vom Jahre 1874 ab datierende stete Rückgang der nationalliberalen Partei, am deutlichsten sichtbar im Abfall zu der sozialdemokratischen oder antisemitischen-konservativen Richtung, hatte seine Gründe nicht zuletzt in der sozialen Umschichtung der damaligen Zeit, die Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Umschichtung eingetreten war. Die früher ungeahnten Gewinne und Aufstiegsmöglichkeiten im neuzeitlichen Wirtschaftsbetriebe hatten in Gestalt der großen kapitalistischen Unternehmer ein neues Führertum erstehen lassen, das in materieller Hinsicht bald das wohlhabende Bürgertum und den grundbesitzenden Adel weit überflügelte. Weit mehr als Herkunft und höhere Bildung, wurde nun Reichtum das Erfordernis des Tages. Mit dem Ueberhandnehmen dieses industriellen Unternehmertums, das seinem Wesen und seiner Politik nach den Freikonservativen viel näher stand als dem linken Flügel der eigenen Partei, schied der kleinere Bürger, der Handwerker, und der letzte Arbeiter aus der nationalliberalen Partei aus. Und aus der ehemaligen gesamtdeutschen Volkspartei wurde eine Interessengemeinschaft des deutschen Handels und der Industrie, der nur noch die oberen Schichten des Bürgertums und der kleinere Bauer die Treue hielten. — Geographisch blieb sie wie keine andere Partei fast gleichmäßig bis 1912 über den größten Teil des Deutschen Reiches verteilt, aber die soziologische Zusammensetzung der Partei hatte sich grundlegend geändert. Diese Zerstreutheit über weite Gebiete war aber mehr ein Nachteil als ein Vorteil für die Stärke der Partei. Die Schwäche des Liberalismus, der als

Idee mächtig, als Organisation schwach war, zeigte sich vor allem bei den Nationalliberalen, die nicht wie die meisten anderen Parteien eine Reihe zuverlässiger, fester Stützpunkte im Reiche hatten, die durch Dick und Dünn Garantien für eine bestimmte Anzahl von Abgeordnetensitzen boten, sondern wie ein dünner Schleier legte sich eine Schicht nationalliberaler Stimmen über die deutschen Lande; an Gesamtstimmenzahl bei den Reichstagswahlen meist in vorderster Reihe, an Abgeordneten meist bescheiden in der Mitte.

Die Betrachtung der nationalliberalen Wahlstimmen in ihrer geographischen Verteilung über das Deutsche Reich bereitet besondere Schwierigkeiten. Keine andere Partei zeigt von Reichstagswahl zu Reichstagswahl ein so verschiedenes Bild wie die Nationalliberalen. Dem Höhepunkt des Jahres 1874 mit 155 Abgeordneten, d. h. fast 40 % sämtlicher Reichstagsabgeordneter, folgte der Tiefstand des Jahres 1890 mit nur 42 Abgeordneten. Bis 1912 hielten ihnen dann teils mehr, teils weniger als 50 Wahlkreise die Treue. Wieder mag uns das Jahr 1884 ein Durchschnittsbild liefern, umrahmt von passenden Vergleichen mit anderen Reichstagswahlen. Schon ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt uns, daß die isolierten Wahlkreise der nationalliberalen Partei am weitesten durch das ganze Deutsche Reich verbreitet waren, selbst in vorwiegend katholischen Gegenden Unterfrankens. Das ganze Reichsgebiet war mit einem mehr oder weniger starken nationalliberalem Hauch überzogen, selbst Ost- und Westpreußen, sowie Niederschlesien hatten in den ersten Jahren des neuen Reiches die großen Verdienste der nationalliberalen Partei zu würdigen gewußt und in den Reichstagswahlen ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Im Herzen Deutschlands, also nicht in dem 1866 siegreichen Preußen, sondern in den damals besiegten oder beiseite stehenden Mittel- und Kleinstaaten, sowie am ganzen oberen Rhein, bis dahin, wo er in die von Alters her diesen Namen führende „Pfaffengasse des Reiches“ gezwängt wurde, und im Nordseehinterland waren die sichersten Wahlkreise der Nationalliberalen, die wir nun im einzelnen näher kennen lernen wollen. Zu den sichersten Stammsitzen gehörte der Nordwesten Hannovers. Diese Gebiete, um Emden, Aurich und Wilhelmshaven, hatten überwiegend ländliche und fast ausschließlich protestantische Bevölkerung. Das von dem Stamme der Friesen bewohnte Gebiet reichte ungefähr von der Rhein- bis

zur Wesermündung. Dort ist ein Menschenschlag beheimatet, der innerlich durchdrungen von einem gewissen Bedürfnis, sich treu zu erweisen, voll von starker Willenskraft, mehr freiheitsliebend als herrschsüchtig, dem gesunden Kern im Nationalliberalismus durchaus nahe stand. Dieser große Freiheitsdrang und Unabhängigkeitssinn des Volkes war ein denkbar günstiger Boden für die nationalliberalen Ideen. Nicht bloß der Halligbewohner fühlt sich als Freiherr auf eigenem Grund und Boden, sondern auch der Gutsbesitzer des Festlandes auf seinem ererbten und angestammten Hofe. Eine ganze Reihe von kleinen und kleinsten Republiken hatte schon während des Mittelalters und z. T. auch noch während der Neuzeit an der Meeresküste bestanden und Jahrhunderte lang den umwohnenden größeren Machthabern Trotz geboten. Die Nähe des Meeres, die den Menschen großzügig und weitblickend macht und die Gefahren, die darauf jahraus jahrein zu bestehen sind, haben den Mut der Friesen gestählt, die Abgeschlossenheit ihrer Wohnsitze und die Eintönigkeit des von ihnen bewohnten Gebietes erklären den konservativen Zug in ihren Sitten und Gebräuchen. — Anders gelagert waren die Verhältnisse im übrigen Hannover. 1867 hatten die hannoverschen Nationalliberalen von vornherein ihre Stellung unter den Opportunisten, die zur Mitarbeit entschlossen waren. Sie standen, wie die Mittel- und Kleinstaaten des Norddeutschen Bundes, weniger unter dem verbitternden Druck der Konfliktszeit. Während die altpreußischen Fortschrittler in den alten Provinzen in dem überkommenden Gegensatz gegen die preußischen Konservativen als Oppositionspartei beharrten, lag das Verhältnis in den neuen Provinzen umgekehrt. Da standen die ehemaligen hannoverschen Konservativen vielmehr in unversöhnlichster Opposition zum preußischen Staat, sodaß die Nationalliberalen eher an die Seite der Regierung heranrücken mußten.

Ferner darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß Hannover, wie überhaupt die nordwestdeutschen Gebiete, eine Vermittlung zwischen den sozialen und wirtschaftlichen Extremen deutschen Lebens darstellten: einerseits gab es weder die alte fortgeschrittene Städtekultur des Westens und Südwestens noch die wesentlich industriell-kapitalistischen Grundlagen, auf denen am Rhein und in Westfalen ein neuer Aufschwung des Bürgertums erwuchs; andererseits war man ebenso weit entfernt von

der sozialen Struktur der ostelbischen Provinzen mit ihrem wirtschaftlich und politisch führenden Großgrundbesitz. Hier überwog vielmehr der mittlere Besitz in Stadt und Land, vor allem im Bauernstand. Der hannoversche Bauer war infolge seiner Anhänglichkeit an die angestammte Dynastie neben dem Adel die Hauptstütze des Welfentums. Nationalliberale und Welfen lagen in Hannover in schärfstem Kampf. Windthorst, der frühere hannoversche Minister und Vertreter des Königs Georg bei den Verhandlungen mit Preußen, hatte die Verbindung hergestellt zwischen der Zentrumspartei und den Welfen, einer zahlenmäßig kleinen Truppe, die die Annexion von 1866 nicht anerkannten, die Wiedererrichtung eines selbständigen Königreiches Hannover erstrebten und die Reichspolitik deshalb bekämpften. Im Reichstag genoßen die Welfen Hospitantenrechte beim Zentrum und in Hannover selbst wurde ihnen die Unterstützung der wenigen katholischen Stimmen zuteil. Bei den Wahlen von 1871 hatte aber weniger der partikularistische Sinn, als die Abneigung gegen die nach links gehenden nationalliberalen Tendenzen und der konservative Charakter der Bevölkerung die Wahlerfolge der Welfen herbeigeführt. Ferner mußte die Aufstellung von nationalliberalen Kandidaten aus Berlin zu einem Mißerfolg führen, denn dem echten Hannoveraner — soweit er zu den kleinen Leuten gehörte — war Berlin der Gegenstand allen Abscheues, dem sie außerdem nicht vergessen konnten, daß es im Gegensatz zu Hannover Residenz geblieben war. Die Zeit brachte in diesen Verhältnissen, kaum eine Aenderung, wie uns auch ein Brief Rudolf von Bennigsens an Kammerherrn von Norman vom 19. Juni 1878 zeigt — in Hannover hatte der Führer der dortigen Liberalen und Begründer des Deutschen Nationalvereins, Rudolf v. Bennigsen, die Nationalliberale Partei ins Leben gerufen —: „In der Provinz Hannover sind noch heute nicht allein Gefühle der Anhänglichkeit und Dankbarkeit an das Haus Hannover in großem Umfange vorhanden, sondern werden auch noch in erheblicher Ausdehnung Wünsche und Hoffnungen auf eine Wiederherstellung der früheren Zustände gehegt, letzteres allerdings in geringerem Grade seit dem französischen Kriege .... Am stärksten sind Abwendung und Widerstand gegen die jetzigen Einrichtungen in der ehemaligen Residenz und den alten welfischen Stammlanden Calenberg, Lüneburg, Göttingen, Grubenhagen, namentlich unter

dem Bauernstande. Den eigentlichen Kitt für die Agitation in der gesamten Provinz bildete allerdings die in den erwähnten Landesteilen selbst weniger erhebliche ultramontane Partei (Zentrum), getragen wurde der Widerstand durch einen großen Teil der evangelischen Geistlichkeit und des landsässigen Adels, deren Einfluß auf dem platten Lande, besonders wo er sich vereinigt, sehr stark ist"[30]). Dieser heftige Kampf zwischen den beiden Parteien hat aber nicht verhindert, daß Hannover zahlenmäßig doch weitaus das stärkste Gebiet der Nationalliberalen blieb und zwar mit einer erstaunlichen Stetigkeit der Wahlstimmen.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Reiches waren auch die beiden mecklenburgischen Großherzogtümer durch starke nationalliberale Stimmenmehrheiten hervorgetreten. Dort hatte der Liberalismus die gemeinsame Aufgabe, eine konstitutionelle Verfassung zu erstreiten; die Möglichkeit, ja die hohe Wahrscheinlichkeit des Gelingens war mit dem Zerfall des alten Staatenbundes und dem frischen Zuge eines neuen bundesstaatlichen Verfassungslebens anscheinend gegeben. In diesem einmütigen Proteste gegen die veralteten Verfassungszustände lag der wahre Sinn der Einmütigkeit der liberalen Wähler. Die Einführung einer konstitutionellen Verfassung durchzusetzen, traute man noch am ehesten den Nationalliberalen zu, die aber doch allmählich ihren feudalen Gegnern unterlagen und durch Konservative ersetzt wurden, als ein Erfolg der Nationalliberalen im Verfassungsstreit allzu lange ausblieb.

Von Niedersachsen und den beiden mecklenburgischen Großherzogtümern aus, in denen meist Landbevölkerung und auch Arbeiterkreise anfänglich hinter den Nationalliberalen standen, zeigt uns die Karte den Weg zum Rheinland, wo die mittleren und oberen Schichten des deutschen Bürgertums ihre Anhänger waren und wo die Partei ihren wahren Charakter als Vertreterin der gebildeten und besitzenden Klassen offenbarte, aber durch die fehlenden Massen von Wählern nicht besonders in den Vordergrund trat. Der Rheinländer, der sich dank seinem beweglichen Geiste jedem Fortschritt und jeder Aenderung leicht und schnell anzupassen verstand, fühlte sich innerlich zu den nationalliberalen Ideen hingezogen. Im Regierungsbezirk Koblenz waren Wetzlar-Altenkirchen und Kreuznach-Simmern, im Regierungsbezirk Düsseldorf: Duisburg-Mülheim-Ruhrort nationalliberale Wahl-

30) H. Oncken „Bennigsen."

kreise, die sich mit Erfolg gegen das Zentrum zu behaupten vermochten. Selbst der überwiegend katholische Wahlkreis Saarbrücken war von 1871 ab in ununterbrochenem Besitz der Nationalliberalen.

Im Herzen Deutschlands, in den mitteldeutschen Kleinstaaten, südlich der Linie Magdeburg-Braunschweig lag ein anderer nationalliberaler Kern, der durch einen schmalen Streifen, in Hessen mit Südwestdeutschland verbunden war. Hier lag in der Pfalz die Domäne der Nationalliberalen. Speyer, Landau, Germersheim, Zweibrücken, Homburg und Kaiserslautern gehörten zu der treuesten Stütze der Nationalliberalen. Städtische und ländliche, sowie evangelische und katholische Bevölkerung standen sich ungefähr in gleicher Stärke gegenüber. In der sozialen Anschauung, welche den Einrichtungen der Pfalz zugrunde lag, gab es nur Staatsbürger, aber keine gesellschaftlichen Stände. Von einer eigenen sozialen Gruppe des selbständigen grundbesitzenden Adels konnte nicht die Rede sein. Die weitgreifende Vermischung von Landwirtschaft und Gewerbe — das kleine Handwerk war durchaus vorwiegend — schuf die zwei Grundhebel aller pfälzischen, sozialen Bewegung: die unbedingte Güterteilbarkeit und die schrankenlose Gewerbefreiheit. Weil der Bürger in seinem übersetzten Gewerbe nicht gedeihen konnte, so half er nach mit ein klein wenig Landwirtschaft und weil die allzu kleinen Bauerngüter ihren Mann nicht ernähren konnten, so holte derselbe sich Unterstützung durch etwas Tagelöhnerei und kleinsten Gewerbebetrieb. Dadurch ward der soziale Charakter des Landvolkes recht unstet, von der Grundform des deutschen Bauern weit abweichend. Hierin einerseits und im pfälzischen Volkscharakter andererseits fanden die nationalliberalen Ideen einen durchaus günstigen Boden. Von einem kleinen alemannischen Stück im Süden und Südosten abgesehen gehört die Pfalz durchweg dem fränkischen Stamme an. Der Pfälzer hat sich, wie alle Rheinländer, jederzeit durch eine hohe Aufnahmefreudigkeit und schmiegsame Anpassungsfähigkeit ausgezeichnet; das entspricht der Verkehrs- und Grenzlage des Gebietes. Daneben hat er doch nie sein Selbständigkeitsbewußtsein, sein stolzes Selbstgefühl verloren. Hier gelang es den Nationalliberalen sich diesen sozialen und psychologischen Grundcharakter des Volkes vorzüglich anzupassen, sodaß sie in

den Wahlkämpfen die Angriffe des Zentrums und der Sozialdemokratie siegreich abwehren konnten.

Daß eine überwiegend katholische Bevölkerung ein fruchtbarer Boden für das Zentrum war, schloß aber doch nicht aus, daß nicht selten einige Wahlkreise aus der Reihe tanzten. Solche Wahlkreise barg in beträchtlicher Anzahl der katholische Süden Badens. Hier in der südwestlichen Ecke des Reiches hatte die Revolution von 1848 zuerst gezündet, hier ward sie von Begeisterung getragen. Baden ist im räumlichen Sinne ein Land der Mitte. Zwischen der Schweiz und dem Elsaß, der Pfalz und Württemberg, sich im Nordosten bei Wertheim und Prozelten mit dem bayrischen Franken, an der oberen Donau mit Hohenzollern-Preußen berührend und endlich im Südosten durch den Bodensee mit Oesterreich verbunden, stand es allen Einflüssen von außen offen. Hier in Baden, auch im Elsaß, gab es auch im Politischen den demokratischen Zug, den man besonders an den Zentrumsleuten der beiden oberrheinischen Länder tadelte. Dieser angeborene Sinn für das Recht des Einzelnen, der sich den rauhen Forderungen des Staates widersetzt, erklärt manche Besonderheiten, die uns bei der Betrachtung der Reichstagswahlen auffallen, u. a. das Rheinbündische Wesen (Fehlen einer dynastisch begründeten Staatsgesinnung). Unter den aller verschiedensten Verhältnissen erhielt sich diese freie Gesinnung, ja, diesen Leuten lag ein demokratischer Zug buchstäblich im Blute. 10 bis 15 Jahre lang kam den Nationalliberalen diese demokratische Grundstimmung zugute, dann aber setzte sich doch allmählich bei dem schwerblütigen, undurchsichtigen, innerlich reichen Alemannen des Oberlandes das Zentrum durch, während der fröhliche regsame Pfälzer des Unterlandes neben den Nationalliberalen die Sozialdemokratie unterstützte. Hier in Baden wurde der Nationalliberalismus im Kampf mit dem Zentrum, getreu seiner Vergangenheit, der Vorkämpfer aller kirchlich-liberalen Bestrebungen. — Diese Färbung hatte der Nationalliberalismus in Württemberg umso weniger. 1866 war hier die Deutsche Partei entstanden als die Vereinigung aller nationalgesinnten Elemente, welche mit der Beseitigung der früheren Gegensätze von liberal und konservativ, von demokratisch und altliberal den Anschluß Württembergs an den Norddeutschen Bund im Gegensatz zu den verdächtigen Projekten eines Südbundes auf die Fahne schrieben. Aus der anfänglichen Minderheit wurde

durch den deutsch-französischen Krieg über Nacht eine Mehrheit. Den Gegnern des Anschlußgedankens brachte die Reichstagswahl des Jahres 1871 eine schwere Niederlage. Die Wahlen von 1871, mit denen zum Zollparlament verglichen, zeigen erst wie gewaltig der Aufschwung im Süden war. Am auffälligsten ohne Zweifel in Württemberg, das von seinen berühmten 17 Zollparlamentsabgeordneten nur einen einzigen ultramontanen zum Reichstag sandte und im übrigen durchaus national wählte. Charakteristisch war in allen Südstaaten das gänzliche Unterliegen der Volkspartei, welcher die Tatsache des nationalen Krieges, die gemeinsamen Opfer wie die gemeinsamen Erfolge jeden Boden im Volke entzogen hatten. In Württemberg hatte die Volkspartei, um einer sicheren Niederlage zu entgehen, Wahlenthaltung als Parole ausgegeben. Kurz zuvor, am 5. Dezember 1870, hatten schon die Landtagswahlen den Freunden der Einigung große Erfolge gebracht, die mit der wirksamen Losung in den Wahlkampf gezogen waren: „Wählet so, wie ihrs vor den deutschen Kriegern im Feld verantworten könnt!“ Nur die ländlichen Wähler Oberschwabens hatten, im Sinne ihrer Geistlichen, gegen den Anschluß gestimmt. Die siegreichen Kandidaten schloßen sich im Reichstag meist den Nationalliberalen, nicht selten auch der Deutschen Reichspartei an. Der Grundcharakter der Deutschen Partei war aber vorwiegend nationalliberal. Der ruhmreichen Wahl von 1871 (102 000 Stimmen) folgte ein rascher Niedergang, der 1881 mit 7 400 Stimmen seinen Tiefstand erreichte. Schon 1877 hatte das Bündnis der Regierung mit den Ultramontanen und Demokraten es vermocht, in wenigen Wochen eine Volksstimmung gegen die Nationalliberalen hervorzurufen. Die Regierung, deren Einfluß auf die Beamten, besonders auf Oberamtleute und Ortsvorsteher ganz gewaltig war, hatte das Signal gegeben und ihr folgte freudig und mit Eifer die ganze volksparteiliche und partikularistische Landespresse. Unter dem Motto: „Wir wollen uns nicht verpreußen lassen“ — Steuerzahlen, Soldatsein, Maulhalten war identisch mit Preußentum — war damals der Kreuzzug gegen sämtliche Nationalliberalen eröffnet worden. Die folgenden Jahre brachten dann wieder eine kräftige Erholung, die bis 1912 andauerte. In der Deutschen Partei fanden sich der strenggläubige Protestant und der freisinnige Katholik des Oberlandes, der Demokrat von 48 und der deutschgesinnte Edelmann auf gemeinsamem Boden zusammen. — Die

landschaftlichen Gegensätze, der bunte morphologische Aufbau sorgten viel eher für sozialen Ausgleich, bes. in den Besitzverhältnissen, als die eintönigen Formen, die flachen Gebiete des Nordens, die in der Gesellschaft das Bedürfnis nach einer horizontalen Gliederung wachriefen. Der konservativ-monarchischen Grundstimmung, die allen Großgütern anhaftete, fehlte in Württemberg jede Grundlage. Seit den Zeiten der Bauernkriege und Ritterbünde trug der mannigfaltige Boden des Landes auf engstem Raum scharf ausgeprägte politische, kirchliche und wirtschaftliche Gegensätze. Aristokratische und monarchische Gefühle waren den Alemannen, die dieses „Paradies kleinbürgerlicher Wunderlichkeit" bewohnen, fremd. Kein Wunder, daß Württemberg der beste Nährboden für das religiöse Sektenwesen war und noch ist. Wohl fast ⅓ des schwäbischen Volkes gehörte damals den Pietisten an, die damit den größten Komplex innerhalb der bunten Mischung der Bevölkerung bildeten. Der nächst größere Komplex bestand aus allerlei Liberalen, welche sich wieder in altwürttembergische Liberale und Nationalliberale schieden; der Rest bestand aus Katholiken, Demokraten und Sozialdemokraten. Die kompakte Masse jener streng bibelgläubigen Protestanten erblickten in dem großen protestantischen Preußen den stärksten Hort ihres Glaubens gegenüber dem Katholizismus und sie waren es vor allem, die mit zu dem Grundstock der Deutschen Partei zählten.

Die Liberalen.

Der Liberalismus, der in dem Kampfe gegen die Junkerherrschaft in Preußen (1850–58) erstarkt war, war nicht dazu berufen, in verantwortlicher Stellung das Staatsschiff zu steuern. „Nicht auf Preußens Liberalismus steht Deutschland, sondern auf seiner Macht" war Bismarcks Wahlspruch gewesen. Wie konnte auch eine politische Bewegung, deren Ziel die Schwächung der Staatsmacht war, dem deutschen Staat zum starken Führer werden! In sich nie geschlossen, eine nie versiegende Quelle für Neu- und Umbildungen, war es dem Liberalismus nie vergönnt, zur mitreissenden, machtvollen Volksbewegung zu werden. — Gehen wir zurück bis 1861, wo am 9. Juni einige jüngere ostpreußische Abgeordnete die Reihe der Liberalen verließen und in entschiedendste Opposition zur Re-

gierung traten. Diese Gruppe, die 19 linksliberale in sich schloß und die von den Gegnern mit Beziehung auf die Herkunft ihrer Führer spöttisch als „Jung-Lithauen" bezeichnet wurde, machte sich nun als „Deutsche Fortschrittspartei" selbständig. Die enge Fühlung mit dem Nationalverein wurde schon allein dadurch gewahrt, daß dieselben Männer, die im Ausschuß des Nationalvereins saßen, im Zentralkomitee der Deutschen Fortschrittspartei Sitz und Stimme hatten. Die Demokratische Partei in Preußen, die 10 Jahre hindurch Wahlenthaltung geübt hatte, schloß sich an. Unter der Führung von Männern wie Waldeck, Joh. Jakobi, Ludw. Löwe, Forckenbeck, Virchow u. a. schwang sich die Fortschrittspartei zur herrschenden Partei im preußischen Abgeordnetenhause auf, wo sie während der Konfliktsjahre 1862—1866 die Mehrheit besaß. Die sozialen Gegensätze zwischen dem adligen Grundbesitzer und dem bürgerlichen war die sicherste Stütze des preußischen Liberalismus. Dieser bürgerliche Gutsbesitzer, vom Adel meist als minderwertig angesehen, war früher fast ausnahmslos liberal, oft fortschrittlich eingestellt. Doch die Zeiten änderten sich und damit der soziologische Aufbau der Deutschen Fortschrittspartei. Die erste wirkliche Partei mußte nun gleich an den stärksten deutschen Mann anrennen: Das war kein anderer als Bismarck, der mit eiserner Faust gegen die linksliberale Mehrheit regierte. Und die Geschichte gab ihm recht: Der Tag von Königgrätz bedeutete das Ende der alten Fortschrittspartei. 1866 spalteten sich die Nationalliberalen ab und nahmen die wertvollsten Elemente mit. 1874 schied Löwe aus der Fortschrittspartei aus und gründete mit Berger eine selbständige liberale Gruppe von 10 Abgeordneten, die aber nur bis 1878 bestand. Dies Jahr brachte den Fortschrittlern, wie allen Parteien außer den Konservativen einen empfindlichen Verlust. Hatte doch Bismarck verkünden lassen, daß die Fortschrittspartei nicht mehr zu den Ordnungsparteien gerechnet werden könne und daß es gleichgültig sei, ob ein Sozialist oder ein Fortschrittler gewählt würde. Selbst die Nationalliberalen wurden wegen ihres gelegentlichen Zusammengehens mit den Fortschrittlern bei den Wahlen der mittelbaren Unterstützung der Sozialisten geziehen. 1880 vollzogen sich auch in der nationalliberalen Partei Spaltungen. 15 Abgeordnete (Gruppe Schauß-Völk) unterstützten die agrarische Politik der Regierung, während der linke Flügel (Forckenbeck, Freiherr v.

Stauffenberg, Bamberger, Rickert u.a. — insgesamt 21 Abgeordnete — die ausgesprochen freihändlerisch gerichtete „Liberale Vereinigung" bildete. Diese, auch Sezessionisten genannt, und die alte Fortschrittspartei fanden sich 1884 zur „Deutschfreisinnigen Partei" zusammen, der Männer wie Schultze-Delitsch, der Vater der Konsumvereine, Hirsch und Dunker, die Begründer der deutschen Gewerkvereine und besonders Eugen Richter, der anerkannte Führer der Partei, angehörten. Die Deutschfreisinnigen stolperten 1893 über die Militärvorlage Caprivis. Der militärfreundliche Teil bildete die „Freisinnige Vereinigung," während die „Unentwegten" unter Eugen Richter sich „Freisinnige Volkspartei" nannten. — Um Friedrich Naumann hatten sich 1896 Teile des gebildeten Bürgertums zur „nationalsozialen Vereinigung" zusammengeschlossen. Es gelang ihr endlich 1903 ein Mandat zum Reichstag zu erlangen, im gleichen Jahre aber wurde auf dem Göttinger Parteitage der Uebertritt zur „Freisinnigen Vereinigung" beschlossen. — Die Deutsche (süddeutsche) Volkspartei, die schon 1868 von den alten Demokraten Johann Jakobi und Sonnemann, dem Herausgeber der „Frankfurter Zeitung" gegründet worden war, konnte im Parlament nie große Bedeutung erlangen. Ihre demokratische und republikanische Einstellung mußte die Partei auf Franken und Württemberg beschränken. Nach dem Tode Eugen Richters (1906) bahnte sich eine engere Fühlung unter den verschiedenen linksliberalen Gruppen an, die zuerst in der Fraktionsgemeinschaft von 1909 ihren Ausdruck fand. Im März 1910 wurde auf Grund eines Einigungsprogramms aus den bisherigen Gruppen die Fortschrittliche Volkspartei gebildet. Damit fand die Zersplitterung innerhalb der linksliberalen Gruppen einen vorläufigen Abschluß. Dabei muß noch erwähnt werden, daß bei dieser in großen Zügen geschilderten Parteigeschichte die kleinsten Splitter keine Berücksichtigung gefunden haben.

Wenn wir uns nun vor Augen halten, daß die mit Entwicklungs- und Fortschrittsgedanken verbundene Weltanschauung des Liberalismus ihn in Konflikt mit den Autoritäten der alten feudalen Gesellschaft, Kirche und Staat brachte —, so ist es nicht schwer, die zu finden, die im Liberalismus Heimatrecht genossen: Liberal bedeutete einen Sammelpunkt für alles, was Nichtkonservativ, Nichtklerikal und Nichtsozialistisch war. Aber die Betrachtung der Liberalen zeigt uns auch ein Spiegelbild der

Zerrissenheit des deutschen Geisteslebens. Weit verschiedener unter sich als der Adel war der deutsche Bürgerstand. In erster Linie war es der Gegensatz zum Adel und zum Bauern — erst viel später auch gegen den gewerblichen Arbeiter — der ihn zusammenhielt. Wenn auch vom Bürgerstande in erster Linie das Wort von der Tüchtigkeit des deutschen Volkes galt, so war er damals doch von einer verhängnisvollen Enge des Blickes. „Am schlimmsten aber stand es doch um die politische Begabung des Bürgerstandes", wie A. Wahl[31]) treffend schildert. „Zwar, daß ein sehr großer Teil von ihm seit den 60er Jahren mancherlei gelernt hatte, ist unverkennbar. Die großen Ereignisse von 1864—1871 waren nicht spurlos am Bürgertum vorübergegangen. Aber unpolitisch in seiner Begabung war der Bürger dennoch geblieben, immer bereit, die Politik ganz wesentlich nach vermeintlichen moralischen Gesichtspunkten zu beurteilen." Gerade der Bürgerstand aber war es, der ganz wesentlich die öffentliche Meinung machte. Diese fing allmählich an, sich in weit größerem Maße als bisher für die wirtschaftlichen Fragen zu interessieren. Fast im selben Augenblick, als ein selbstbewußtes Bürgertum aktiv hervortrat, spaltete sich die öffentliche Meinung und die Bewegung selbst in einen rechten und linken Flügel. Die Massen des deutschen Mittelstandes, die kleinen Leute, Handwerksgesellen, Arbeiter und Kleinbauern, vor allem die des Südwestens, erwachten zu politischer Tatkraft, von wirtschaftlichen Sorgen und Hoffnungen angetrieben und von radikalen Agitatoren mit demokratisch-republikanischen Freiheitsideen französischen Ursprungs versehen. Der rechte Flügel, das gebildete Bürgertum wurde ja, wie uns bekannt ist, zur Grundlage des Nationalliberalismus. In jenem linken Flügel, der bunt durcheinandergemischt war, regte sich der universalistische Geist des damaligen Bürgertums hemmungslos, das zu dieser Zeit mit den Arbeitern zusammen die Macht der sozialen Bewegung war. Eins hat dem Liberalismus allerdings gefehlt, was z. B. die Sozialdemokratie in hervorragendem Maße besaß: Die Einheitlichkeit der Masse. Der Liberalismus war bunt und mannigfaltig zusammengesetzt und ohne jede straffe Organisation. Kein Klassenbewußtsein war das feste Band, das sich um die Liberalen schlang, sondern gemeinsame allgemeine Ideen. Ja, in katholischen Gegenden hielten in der liberalen Partei alle Nichtkatholiken zusammen vom starr

31) A. Wahl, „Deutsche Geschichte."

orthodoxen Pastor bis zum erklärten Freigeist, vom geheimen Regierungsrat und vom pensionierten Major bis zum roten Republikaner, hier bedeutete „liberal" nichts als den Gegensatz zum Zentrum. Diese bunte Zusammensetzung hat der Liberalismus oft als seine schönste Eigenart gepriesen, aber — der einheitliche Schritt der Arbeiterbataillone war fester. So nahm die Sozialdemokratie dem Liberalismus die großen Städte und drängte ihn auf wenige Wahlkreise in der Provinz zurück. — Gehen wir nun zunächst bis zum Jahre 1871 zurück. Die Deutsche Fortschrittspartei erhielt 349 000 oder 9 % der abgegebenen Stimmen, aber 45 Mandate, von denen etwa die Hälfte aus dem Preußen vor 1866 stammte. Hier hatte die Führung das ostelbische liberale Bürgertum, erfüllt von der Enttäuschung über den Ausgang des preußischen Verfassungskonfliktes und der Erbitterung über den obrigkeitsstaatlichen Charakter der preußischen Verfassung. Diese Stimmung gab der Wahlaufruf der Fortschrittler mit den Worten wieder: „Das Ziel der deutschen Fortschrittspartei — in der Verfassung des Deutschen Reiches nur teilweise erreicht — ist nach wie vor die Freiheit im geeinten Deutschland". Hier in Ostpreußen, wie im ganzen deutschen Reich hatte der Fortschritt — oder man gestatte mir als durchgehende Bezeichnung: Die Liberalen — jene schwere Niederlage von 1871 zu überwinden, um nach einem stetigen Anstieg bis zum Höhepunkt um 1890 wieder an Stärke zu verlieren. Ostpreußen kannte nur 2 Rivalen im Reichstagswahlkampf, die sich mit Erbitterung bekämpften, und das waren die Konservativen und die Liberalen. Der geschlossene Besitzstand der Fortschrittspartei war auf Ostpreußen beschränkt; von hier aus hatten einst die „Junglitauer", ihre Vorläufer und Gründer im preußischen Abgeordnetenhause, den Ausgang genommen. Dies ostelbische Bürgertum war ohne innere Fühlung mit dem platten Lande und voll Erbitterung gegen die Vorherrschaft der Junker. Mit wenigen Ausnahmen war zwar der Enderfolg bei den Reichstagswahlen immer auf Seiten der Konservativen, aber oft so knapp und so wenig überzeugend, daß wir Ostpreußen ohne Bedenken einen Ehrenplatz innerhalb der liberalen Gebiete des Reiches einräumen dürfen, um so mehr, wenn wir bedenken, unter welchen ungünstigen Bedingungen die Liberalen zu kämpfen hatten. Schleswig-Holstein, das durch Glück und Unglück dem Liberalismus die Treue hielt, soll erst zusammen mit der Sozialdemokratie besprochen werden. Aehnlich

wie in Ostpreußen lagen die Verhältnisse in den beiden mecklenburgischen Großherzogtümern, in denen der Großgrundbesitz sich der liberalen Angriffe erwehren mußte. Von hier aus zog sich dann ein breiter Streifen liberaler Wahlkreise bis nach Sachsen, im Westen durch Hannover und im Osten durch Posen und Westpreußen begrenzt. Den zentralen Kernpunkt dieses Gebietes bildete die Hochburg des Linksliberalismus, Berlin. Dieser denkbar günstige Boden kam aber mindestens im selben Maße der Sozialdemokratie zugute, die den lange Zeit unbestrittenen Besitzstand der Liberalen mit Erfolg bekämpfte. Ununterbrochen von 1871—1912, hielt lediglich die Mitte zum Fortschritt und später zur Freisinnigen Volkspartei. Der Berliner Süden und Südwesten, der u. a. Freiherrn von Hoverbeck und lange Zeit Dr. Virchow in den Reichstag wählte, ferner der südliche und nördliche Teil der inneren Stadt gaben sich erst nach hartem Kampf um die Wende des Jahrhunderts geschlagen, während der Berliner Osten und der Nordwesten schon 1877 mit fliegenden Fahnen zur Sozialdemokratie eilte. Stark überwiegende städtische und evangelische Bevölkerung kennzeichnen all die liberalen Wahlkreise, die uns auf dem Weg nach Sachsen und das schlesische Gebiet um Liegnitz begleiten. Alle Wahlkreise des Regierungsbezirkes Liegnitz — ausgenommen den stockkonservativen Wahlkreis Rothenburg - Hoyerswerda — wurden den Nationalliberalen und Konservativen zu Beginn der 80er Jahre entrissen und Stammsitze des Liberalismus. Hier saß nicht wie in Oberschlesien die wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich geschlossene Schicht des schlesischen Großgrundbesitzes, hier herrschten die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Verhältnisse vor. Daneben bot die wachsende Industrialisierung des Landes einen günstigen Boden für liberale Agitation. Aber hier wie in Sachsen waren es nicht die Arbeiter, sondern die Handwerker, die dem Liberalismus folgten. Aehnlich war das Bild im ehemaligen Großherzogtum Sachsen-Weimar, in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg und Coburg-Gotha. Hier lag die Entscheidung meist zwischen den Nationalliberalen und den Liberalen. Hier im Herzen Deutschlands, besonders in Thüringen, haben wir eine Mischung von verschiedenen Stämmen und der thüringische Volkscharakter zeigt ein getreues Abbild der Besiedlung des Landes, er ist ein Gemisch von nord- und süddeutschem Wesen. Geistige Regsamkeit, begeisterte Teilnahme

für alle Fragen des wirtschaftlichen kulturellen Lebens ist ein Charakteristikum der Thüringer. Dies rege, vielseitige, wenn auch nicht immer tiefe Interesse, hat auch die parteipolitische Zerrissenheit gefördert, die ein getreues Abbild der geographischen Zerrissenheit ist. Die gebirgigen Gegenden des Landes sind der Sitz einer ausgedehnten Hausindustrie, die um schwere Arbeit geringen Lohn bringt. Hier war ein natürliches Kerngebiet des Liberalismus. Von Thüringen ist die freiheitliche burschenschaftliche Bewegung ausgegangen, und hier hat die demokratische und später die sozialistische Politik in allen Schattierungen den besten Nährboden gefunden.

Dieser breite Streifen liberaler Stammsitze, der von Schlesien über Sachsen, die preußische Provinz Sachsen und Thüringen ging, fand seine Fortsetzung in südwestlicher Richtung in den fränkischen Gebieten. Besonders der protestantische Teil Oberfranken, dann Mittelfranken waren ein günstiger Boden für den Liberalismus, wobei nicht vergessen werden darf, daß hier auch die Nationalliberalen manchen Erfolg erzielten. Ein anderes fränkisches Gebiet, das Land um Frankfurt, Höchst, Wiesbaden, Rüdesheim und Limburg, das Lahntal zwischen Westerwald und Taunus war ebenfalls ein linksliberales Kerngebiet. Meist überwiegende städtische und etwas mehr evangelische Bevölkerung kennzeichnen diese Landschaften. Nicht zuletzt lassen uns neben historisch-politischen und wirtschaftlichen Gründen die besonderen Wesenszüge der Franken, ihre liberale Grundstimmung besser verstehen. Die Abwechslung in der Gestaltung ihres Lebensraums hat der fränkischen Wesensart jene Beweglichkeit verliehen, die sie vor anderen deutschen Stämmen auszeichnet und durch den starken Verkehr unterstützt wird, der das Land nach allen Seiten durchzieht. Hier, im fränkischen Lande, ebenso wie im schwäbischen, wo sich die beiden Konfessionen am buntesten durcheinanderdrängen, waren die Gebiete der ärgsten Zersplitterung im alten Reiche. Besonders für diese Landschaften treffen die Worte Ratzels zu: „Nennen wir den politischen Charakter eines Volkes die Anlagen, die dem Leben des Staates seine besonderen Richtungen geben, so müssen wir bei den Deutschen den Sinn für die Selbständigkeit der Einzelnen, Familien und Gemeinden vor allem betonen. Er fiel den Römern auf, als sie der Germanen zuerst ansichtig wurden. Dieser Selbständigkeitssinn hat die politische Zersplitterung mit hervorrufen helfen.

Der einzelne Deutsche hat zunächst nur ein Verhältnis zu seinem Land oder Ländchen"[32]). Diese Selbständigkeit zeichnete auch den fränkischen Bauer vor dem niederbayrischen aus. Denn in Oberfranken wählten manche Ortschaften, deren Seelsorger in religiösen Dingen alle Achtung genossen, im Gegensatz zu ihren Geistlichen ganz fortschrittlich. Die Franken besitzen ein hohes Maaß von religiöser Empfänglichkeit und in dieser Hinsicht kommt der katholische Kultus mit seiner auf die Sinne wirkenden äußeren Form der lebhaften, phantasievollen Wesensart des Stammes viel mehr entgegen als der nüchterne Protestantismus. Tatsächlich ist der Stamm religiös vollkommen zerrissen und in kleine Teile gespalten, die regellos durcheinander liegen, je nachdem die einzelnen Gebiete unter geistlicher oder weltlich-protestantischer Herrschaft standen — cuius regio, eius religio —! Der oberflächliche Liberalismus der Rheinprovinz konnte dem Ansturm der Kirche nicht lange widerstehen. Beinahe die Hälfte Westfalens und der größere Teil der Rheinprovinz wurde mit erprobten Dienern der Klerikalen besetzt. Manche erfolgreichen liberalen Ansätze gingen 1877 wieder verloren. Daß die 3 westfälischen Wahlkreise: Minden-Lübbecke, Herford-Halle und Bielefeld-Wiedenbrück von den 1874 gewählten Liberalen (Nationalliberale und Fortschritt) schon 1877 wieder an Konservative fielen, hatte ganz besondere Gründe, die auch für manche andere Wahlkreise zutrafen. In allen 3 Bezirken, die eine dichte Bevölkerung hatten, war die städtische Bevölkerung nur gering, die Mehrheit bildete damals noch die ländliche, welche hier nicht in geschlossenen Dörfern, sondern nach altsächsischer Weise auf den vereinzelten Gehöften wohnte. Schon früher waren hier liberale Wahlen nur möglich gewesen durch die angestrengteste Beteiligung der Stadtbewohner und durch geringe Teilnahme des platten Landes. Als aber dieses sich so allgemein beteiligte, nämlich zu 75 %, konnten die Städte nichts mehr ausrichten, denn auf dem Lande waren die lutherischen Geistlichen allmächtig, welche größtenteils der altlutherischen oder antiunionistischen Richtung zugehörten und einen scharfen Kampf gegen den Liberalismus führten. Die hier und da etwas unbesonnene Werbung zugunsten der paritätischen Schule hatte den unter der Asche glimmenden Funken zum wild lodernden Feuer ent-

---

32) Fr. Ratzel „Deutschland."

flammt; es galt das gefährdete Christentum zu schützen. Dieser Gesichtspunkt war allein maßgebend.

In Südwestdeutschland hatte das politische Leben von vornherein unter besonderen Voraussetzungen gestanden. Infolge der anders gearteten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, der älteren Kultur und der längeren Dauer des konstitutionellen Regimentes des Kleinbürgertums, bildeten die Bauern, Handwerker usw. Träger der politischen Bewegung und verliehen ihr einen demokratischen Charakter. Einerseits hatten in Württemberg die ständischen Rechte, die fast seit dreihundert Jahren in Geltung waren, andererseits die republikanischen Verfassungen der zahlreichen Reichsstädte bei einer größeren Anzahl von Staatsangehörigen, als in andern deutschen Gebieten, das Interesse an politischen Angelegenheiten wachgehalten. – Schon 1863 hatte gegenüber der preußenfreundlichen Richtung des Nationalvereins und der Politik Bismarcks, getragen von den alten, aus dem Exil nunmehr zurückgekehrten 48ern, das Bestreben eingesetzt, eine über die einzelnen Landesgrenzen hinausgreifende „Deutsche Volkspartei" zu bilden. Zum Ziel hatte man sich gesteckt: Wahrung der Freiheitsforderungen der Nation, föderativ zusammengefaßtes Großdeutschland und ein parlamentarisches Regiment. Die klägliche Niederlage der Süddeutschen im Mainfeldzug schied auch in Württemberg die Geister. Die Süddeutschen, soweit sie nicht katholisch und soweit sie nicht Anhänger Bismarcks waren, besaßen jene alt demokratische Stimmung aus der Paulskirche, jene demokratische Grundstimmung, die trotz aller anderen Unterschiede ganz Süddeutschland durchzog. Diese alten Demokraten blieben süddeutsch-partikularistisch, gingen nicht ohne weiteres zum norddeutschen Fortschritt, sondern machten ihre eigene süddeutsche-demokratische Partei. Der Deutschen Partei, die sich zu gleicher Zeit von der württembergischen Fortschrittspartei trennte, als in Preußen sich die Nationalliberalen von den Fortschrittlern lösten, stand also die preußenfreundliche und demokratisch gerichtete Deutsche (süddeutsche) Volkspartei gegenüber. Während im Norden sich die zahlreichen Arbeiterbildungsvereine der Fortschrittspartei angeschlossen hatten, traten im Südwesten die 1863 auf Veranlassung des Herausgebers der „Frankfurter Zeitung", Sonnemann, zusammengeschlossenen Arbeitervereine, der Deutschen Volkspartei bei. Der Gedanke an das katholische Oester-

reich, den „Staat des Konkordats“ war zwar den protestantischen Württembergern unangenehm, aber die Abneigung gegen preußische Herrschaft überwog. Den zweiten Einschnitt in die württembergische Parteigeschichte brachte der deutsch-französische Krieg. Einen solch mächtigen Umschwung hatte kein anderes deutsches Land aufzuweisen. Nicht ein Freund des neuen Bundes, kein Anhänger des Nationalstaates hatte 1867 in die demokratisch-partikularistische Phalanx einbrechen können. Lange Zeit brauchte die Volkspartei, bis sie sich von jener gewaltigen Niederlage des Jahres 1871 erholt hatte. Während die Stimmenzahl von 1874—1881 stetig im Anstieg war, dann leichten Schwankungen unterworfen war, brachte die Zahl der Abgeordneten oft beträchtliche Unterschiede. So folgte 1887 mit 0 Abgeordneten die Reichstagswahl von 1890, die wieder 10 Volksparteilern zum Siege verhalf. Mehr und mehr trat aber dann die Sozialdemokratie das Erbe der Deutschen Volkspartei an, der sie innerlich von Anfang an nahe stand. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir beim Forschen nach den Gründen für diese demokratischen Grundzüge der südwestdeutschen Bevölkerung auch den Zusammenhang von Land und Volk berücksichtigen als Fundament aller sozialen und politischen Entwicklung, als Ausgangspunkt aller sozialen Forschung“ (W. H. Riehl). Die physischen und landschaftlichen Verhältnisse, der bunte Wechsel zwischen fruchtbarer Talebene und sanftem Hügelgelände, die stete Begrenzung des Blickfeldes, die kleinen geographischen Räume, gaben keinen Boden für ein wahrhaft aristokratisches und monarchistisches Gefühl. Nein, im Kernland des deutschen Südens, im Land der freien Städte, war eine demokratische Gesinnung zu Hause, hier entstand der Tyrannenhaß eines Schiller und eines Schubart. Hier drang viel früher als im Norden ein gesundes, verfassungsmäßiges Leben durch. Hier im bergigen Südwesten, wo der grundbesitzende Adel fast völlig fehlte, wo wegen der starken Aufteilung des Besitzes eine kleinbäuerliche Besiedlung und intensivste Bewirtschaftung vorherrschte, hier fehlte den Ständen jener scharfe Gegensatz, der oft im Norden so unangenehm hervortrat. Eine mit Riesenschritten fortschreitende Ausgleichung der Unterschiede zwischen Stadt- und Landgemeinden war das Kennzeichen der vergangenen Jahrzehnte. Während die Katholiken vielfach die ärmsten Landesgegenden bewohnten, saßen die Protestanten in dem an gutem Boden und

blühender Industrie reichen Unterland. Zwischen Schwarzwald, dessen magere Sandböden erst nach harter Arbeit einen geringen Ertrag liefern und Rauher Alb, der Heimat des schwäbischen Pietismus, breitete sich das Neckarland als geistiger Mittelpunkt des Landes aus. Dieses Kleinbürgertum des Südwestens war französischen Einflüssen seit der Revolution aufgeschlossen und hier wirkten die weiteren Bewegungen Westeuropas stärker als im übrigen Deutschland. Im Gegensatz zu jener gemäßigt liberalen Bewegung, deren Wurzeln zum Teil im aufsteigenden Wirtschaftsleben des Rheinlands und Westfalens lagen, stellte sich der Südwesten überwiegend auf liberaldemokratischen Boden. Dieser politischen Selbständigkeit entsprach es ganz natürlich, daß die württembergischen ebenso die badischen Wahlkreise in stetem Stimmungswechsel lagen. Nicht der Kampf um große politische Fragen drückten den Reichstagswahlen ihren Stempel auf, sondern kleine und kleinste Fragen waren in diesem kleinbürgerlichen Paradies für den Wähler entscheidend. Nationalliberale, Deutsche Volkspartei und die Deutsche Reichspartei kamen in buntem Wechsel in den Besitz der überwiegend protestantischen Wahlkreise, während die katholischen treu zum Zentrum hielten.

Das Zentrum.

Neben der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Bedingungen und politischen Schicksale zwischen Ost und West, Süd und Nord, die für die deutsche Parteigliederung hohe Bedeutung hatte, war es der Gegensatz der Konfessionen, dem wir die besondere Eigenart des deutschen Parteiwesens verdanken. Vorläufer der Zentrumspartei, die als rein konfessionelle Interessenvertretung angetangen hatte, bestanden schon in den süddeutschen Landtagen und im Frankfurter Parlament. Erlasse des preußischen Kultusministers, die gegen die katholischen Interessen verstießen, führten am 30. November 1852 zur Gründung einer „katholischen Fraktion" im preußischen Abgeordnetenhause. 54 Abgeordnete unter Führung der Brüder Reichensperger gehörten dieser Fraktion an, die 1858 den Namen „Zentrum" annahm. Neben rheinischen Abgeordneten, die konstitutionell, innerpolitisch und wirtschaftspolitisch liberal waren, standen streng konservative schlesische Großgrundbesitzer. Um also ein allgemein politisches Programm aufstellen zu können, mußten starke innere Gegen-

sätze überbrückt werden. Umso einiger war man sich innerhalb des Zentrums darin, für die großdeutsche Lösung der deutschen Frage einzutreten, um zu verhüten, daß der katholische Volksteil in dem neuen Reiche in die Minderheit komme. Der Tag von Königgrätz zerstörte mit der großdeutschen Idee auch die katholische Fraktion in Preußen. Erst als dann bei der Begründung des Deutschen Reiches sich der überwiegend katholische Süden an den Norden anschloß und als durch die Kämpfe auf dem vatikanischen Konzil und den Untergang des letzten Restes des Kirchenstaates die katholische Kirche sich stark bedroht fühlte, bildete sich auf der alten Grundlage die Zentrumspartei, die in dem ersten Jahrzehnt des neuen Reiches, das erfüllt war von den Kämpfen des Staates mit der römischen Kurie, die katholischen Interessen zu wahren hatte. Das Deutsche Reich, siegreich über die beiden Schutzmächte der katholischen Kirche, Oesterreich und Frankreich, stieß zusammen mit der internationalen, absolutistisch regierten Weltkirche. Die Welfen, die Polen und Elsässer, die erklärten Feinde des neuen Reiches scharten sich um das neue Banner und um seinen Träger Windthorst. Schon bei ihrem ersten Auftreten, bei den Reichstagswahlen 1871, eroberten sie 18,7 % der Wahlstimmen und 61 Mandate, von denen das Rheinland und Westfalen 29, der Süden 21 nach Berlin entsandte. Dieser Erfolg der Zentrumspartei erregte im Deutschen Reich größtes Aufsehen, dem Fürst Bismarck in seiner Landtagsrede vom 30. Januar 1872 beredten Ausdruck verlieh. „Ich habe es von Hause aus als eine der ungeheuerlichsten Erscheinungen auf politischem Gebiet betrachtet, daß sich eine konfessionelle Fraktion in einer politischen Versammlung bildete, eine Fraktion, der man, wenn alle übrigen Konfessionen dasselbe Prinzip annehmen wollten, nur die Gesamtheit einer evangelischen Fraktion gegenüber stellen müßte.... Ich habe, als ich aus Frankreich zurückkam, die Bildung dieser Fraktion nicht anders betrachten können, als im Lichte einer Mobilmachung der Partei gegen den Staat.“ Aber unbeirrt mißbrauchten die kath. Geistlichen ihren gewaltigen Einfluß weiterhin und schufen aus ihrem geistl. Amt eine polit. Werbetrommel. Damit war dem Zentrum die Möglichkeit gegeben, Massenpartei zu werden. Die vielen geschlossenen Gebiete der Partei ermöglichten eine große Anzahl sicherer Mandate. Die Erfolge des Zentrums, das wie keine andere Partei eine derart beständige und treue Ge-

folgschaft sein Eigen nannte, verdankte es neben der Einheit im Bekenntnis der Unterstützung durch den Klerus. „Lassen Sie einmal bei den Wahlen den Klerus neutral bleiben und das Zentrum ist zerschmettert", rief der Zentrumsabgeordnete Bitter 1910 und im selben Jahre sprach der Elsässer Ricklin: „Wenn das Zentrum seine Pfarrer nicht hätte, wäre es nichts." Durch deren Organisationsarbeit und Wahlhilfe — bischöfliche Hirtenbriefe wurden zu den Wahlen erlassen — besaß es die große Kraft der Massendisziplin. Gerade diese Kleinarbeit war dem Zentrum von größtem Nutzen. So besaß es im kleinsten Dorf einen Organisator und Agitator, dem an Einfluß keine Partei etwas gleiches entgegenstellen konnte. Ueberdies waren die Geistlichen meist Söhne des Landes und mit dem Volkstum deshalb tief verwachsen. Kein Wunder, daß das Zentrum in sich Wähler der verschiedensten Gesellschaftsschichten vereinte, vom schlesischen Hochadel über den bayerischen Bauern bis zum rheinisch-westfälischen Industriearbeiter. Das Zentrum war in seiner soziologischen Zusammensetzung unbedingt das Muster einer Volkspartei. Es gab wohl keine Schicht, die nicht unter den Fittichen des Zentrums Unterschlupf fand. Großagrarier und Kleinagrarier, Handwerker und Großindustrielle, gewerkschaftliche Arbeiter und Landarbeiter wurden durch das gewaltige Band der Religion zusammengehalten. Dieser kirchlichen Zusammengehörigkeit wurden alle bestehenden politischen Meinungsverschiedenheiten untergeordnet. Und das bedeutete viel, denn alle die Schwierigkeiten, die das Deutsche Reich im großen hatte, belasteten das Zentrum im kleinen innerhalb der kleinen Partei — ein Parlament im Parlament —. Hatte das Zentrum doch bei der Behandlung der Schutzzollfrage — um nur ein Beispiel herauszugreifen — Rücksicht zu nehmen auf die rheinisch-westfälische Industrie, auf seine Parteigenossen im oberschlesischen Industriegebiet, auf die süddeutschen schutzzöllnerischen Baumwollspinner, aber auch auf die bayrischen Getreidebauern.

Die Hauptmacht des Zentrums, rein zahlenmäßig betrachtet, lag ohne Zweifel auf dem Lande. Nirgends haben die religiösen Gegensätze tiefere Wurzeln geschlagen, als beim Bauern, dem die Religion nicht Dogma, sondern Sitte ist. So beruhte die politische Macht der katholischen Kirche neben dem Geistlichem vor allem auf dem Bauern. Dies zeigt uns zugleich auch den konservativen Grundcharakter des Zentrums. Die katholischen Agrarier würden

konservativ sein, wenn sie nicht katholisch wären. So hatte Deutschland in Wirklichkeit zwei große konservative Parteien: Die Deutschkonservative und das Zentrum und um jede dieser beiden Parteien lagerten eine Anzahl kleinerer Hilfsvölker herum, so um das Zentrum: Die Polen, elsässische Protestler, Welfen, also rein regionale Gruppen.

Sieht man nun von staatsrechtlichen Gegensätzen ab, so war die Unterscheidung zwischen den beiden großen konservativen Parteien wesentlich eine geographische und konfessionelle. Doch, während die Konservativen und ihre Hilfsvölker nur $^2/_7$ der evangelischen Bevölkerung ausmachten und diese deshalb keinen Anspruch darauf erheben konnten, Vertreter der gesamten evangelischen Bevölkerung Deutschlands zu sein, war das Zentrum mit $^7/_9$ der katholischen Bevölkerung tatsächlich deren Schirmherr und berechtigter Vertreter. Die bereits erwähnte starke Grundlage des Zentrums auf dem Lande kam ihm bei den Wahlen besonders zugute. Wir hatten bereits eingangs die Beobachtung gemacht, daß das Verhältnis von Parteistärke zu Fraktionsstärke durch die Wirkung der Wahlkreiseinteilung oft recht entstellt wurde. Besonders traf dies beim Zentrum zu, dessen überragende Stellung im Reichstag nur auf die günstige Wirkung jenes alten Wahlrechts zurückzuführen war, da es ländlichen Gebieten erhebliche Vorteile gewährte. Neben diesen landschaftlichen, konfessionellen und organisatorischen Vorteilen war es doch noch etwas anderes, als dessen Produkt das Zentrum oft bezeichnet wird. Das war der Kulturkampf. Druck erzeugt Gegendruck. Gegen eine Weltanschauung kann man nur mit einer neuen, besseren Weltanschauung kämpfen und nicht mit plump-groben Mitteln, sonst schließen sich die Reihen der Partei umso fester, desto widerstandsfähiger wird sie im Kampf gegen ihre Unterdrücker und fast stets erlahmte zuerst die Kraft der letzteren. Zentrum und Sozialdemokratie sind dafür die besten Beweise aus der Zeit vor 1914.

Um sich auf dem politischen Schlachtfelde des Kulturkampfes behaupten zu können, mußte die Zentrumspartei ihre Organisationen ausbauen. In der Kirche und ihren Organen, in den zahllosen kirchlichen Vereinen und Gebetsbruderschaften, in den Schöpfungen der Revolution von 1848/49: dem Piusverein, dem Bonifatius- und dem Vincentiusverein, in Kolpings Gesellenvereinen, den Meister- und Lehrlingsvereinen, schließlich in den

katholischen Studentenverbindungen besaß die Partei eine beneidenswerte Grundlage. Zahlreiche Wahlvereine wurden gegründet. Der Mainzer Verein deutscher Katholiken unter der Leitung des Freiherrn Felix von Loë und zahlreichen anderen rheinischen und westfälischen Edelleuten entstand im Mai 1872 als politisches Kampforgan für ganz Deutschland. In anderen preußischen Provinzen diente der von dem langjährigen Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, dem Bauernkönig Freiherrn von Schorlemer-Alst, geleitete „Westfälische Bauernverein" als häufig nachgeahmtes Vorbild. 1876 entstand die Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland und 1878 der Augustinus-Verein zur Pflege der katholischen Presse. Frühzeitig erkannte das Zentrum den kostbaren Wert der Presse und in wenigen Jahren wurden zahlreiche katholische Zeitungen und Zeitschriften gegründet, sodaß es im Jahre 1877 bereits 258 katholische Blätter gab, die in den deutschen Landen den Boden trefflich bearbeiteten. Wie sehr das Zentrum sich der Werbe- und Einflußkraft der Presse bewußt war, zeigt der Ausspruch des Bischofs Ketteler von Mainz: „Wenn heute der Apostel Paulus seine große Arbeit aufnehmen müßte, so würde er zuerst eine Zeitschrift gründen." So war aus der Schöpfung christlich-konservativer Beamter, Geistlicher und Edelleute in der Hitze des Kulturkampfes unter Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechts, der Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit eine in den Massen wurzelnde Volkspartei geworden.

Bei der Betrachtung des Kartenbildes fällt uns die außerordentliche Beständigkeit der Zentrumsgebiete auf, von 1871 bis 1912. Keine andere Partei ist so gleichmäßig im Besitze ihrer Wahlkreise geblieben, wie das Zentrum. Ziehen wir zum Vergleich die Religionskarte hinzu, so fällt uns die außerordentlich scharfe Uebereinstimmung der Zentrumswahlkreise mit den Gebieten der Hauptdichte der katholischen Bevölkerung auf und gleichzeitig die Uebereinstimmung mit den Grenzgebieten des Deutschen Reiches.

Anzahl der Wahlkreise, in denen die betreffende Partei seit 1874 die absolute oder relative oder relefive Mehrheit ohne Unterbrechung bis 1912 erreichte.

	Feste Sitze	1874	1912
Zentrum	73	91 [33])	91 [33])
Deutsch Kons.	9	22	43
Polen	13	14	18
Els.-Lothr.	4	15	9
Nat.Liber.	3	155	45
Dänen	1	1	1
Soz. Dem.	1	9	110

Der Wechsel im Besitz der Mandate war bei der Zentrumspartei am geringsten, wie man sieht. Wegen ihrer geschlossenen Siedlungsgebiete gingen ihr weniger Stimmen verloren als den anderen Parteien, da ihre Kandidaten meist schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit errangen. In weitaus der größten Anzahl der Wahlkreise blieb das Zentrum seit 1874 ununterbrochen an der Herrschaft. Insgesamt gab es seit 1874 von 397 Wahlkreisen nur 104 Stammsitze, davon gehörten allein dem Zentrum 73, und nur für die Polen und Elsaß-Lothringer traf das günstige Moment der konfessionell-landschaftlichen Basis gleichfalls zu. Die oben erwähnte Uebereinstimmung der Zentrumswahlkreise mit den Gebieten dichter katholischer Bevölkerung beschränkte sich nicht nur auf die geschlossenen Gebiete mit vorwiegend katholischer Bevölkerung in Ober- und Niederbayern, im Rheinland und Westfalen, sowie in Oberschlesien, sondern sie erstreckte sich auch auf Enklaven in rein protestantischer Umgebung, wie zum Beispiel das katholische Ermland (Braunsberg-Heilsberg und Allenstein-Rössel) — die katholisch-polnischen Gebiete bleiben unberücksichtigt —, ferner das Eichsfeld (Heiligenstadt-Worbis) und die Grafschaft Bentheim, dem 3. Wahlkreis Hannover, Windthorst s Revier. Zahlenmäßig, bedingt durch die hohe Volksdichte, stand die Rheinprovinz an der Spitze der Zentrumsgebiete, dicht gefolgt von Bayern, erst in beträchtlichem Abstande reihten sich dann Schlesien und Westfalen an. Die konfessionellen Verhältnisse im Westen des Reiches waren durchaus einheitlich. Nur die pfälzischen Lande an der Nahe und auf dem Hunsrück wiesen in manchen Orten eine starke Mischung, ja meist ein Ueberwiegen des Protestantismus

33) Gesamtzahl der Abgeordneten der Parteien.

auf, nächstdem die kleineren Herrschaftsgebiete auf dem Westerwald — alte Erbschaften aus der Territorialzeit. Bestanden doch zu Anfang der preußischen Zeit in den Hunsrück- und Nahekreisen 43 Simultankirchen. Sieht man von diesen altterritorialen Mischungsgebieten ab, so läßt sich der weit allgemeiner befolgte Grundsatz der Uebereinstimmung des religiösen Bekenntnisses der Untertanen mit dem ihres früheren Herrscherhauses recht gut verfolgen.

Scharf scheidet sich der altindustrielle evangelische Teil des Bergischen Landes von der katholischen Rheinebene, die erst in den letzten Jahrzehnten industriellen Charakter erhielt. Fast alle Parteien, die wir bis 1912 in Deutschland hatten, waren in Westfalen mit am ausgeprägtesten vertreten. So u. a. die Sozialdemokratische Partei und das Zentrum. Hieran trugen wohl die wirtschaftlichen Verhältnisse die Hauptschuld. Während dem Ureinwohner in erster Linie Charaktereigenschaften innewohnten, die sich in einer gemessenen Bedachtsamkeit, einer Art von Schwerfälligkeit und in einem oft starren Festhalten am Alten und Gewohnten äußerten, brachte der mächtige Aufschwung der Industrie und des Handels ganz andere Elemente herein, die in schärfstem Gegensatz zu dem Grundcharakter der Westfalen traten. Das einzige, das die sozialen Gegensätze und die volklichen Spannungen im Augenblick der Wahl zurücktreten ließ, war einzig und allein das gleiche Glaubensbekenntnis. Zudem übte der katholische Klerus in Westfalen einen solchen Einfluß aus, daß er dort bei den Parlamentswahlen in den bäuerlichen Wahlbezirken fast lauter Abgeordnete durchzusetzen wußte, die dem Landvolke gewiß persönlich bis dahin unbekannt waren. Hier, wie im Rheinlande mit seinen Zentrumshochburgen, zählten jene Gruppen, die um die Unabhängigkeit der katholischen Kirche vom Staate kämpften, nicht zu der im Handel und in der Industrie führenden Schicht, denn diese setzte sich vorwiegend aus Protestanten und liberalen Katholiken zusammen. Dem Zentrum gehörte vielmehr neben dem katholischen Adel der bürgerliche Mittelstand in Handwerk und Gewerbe, der Bauernstand und ein Teil der akademischen Berufe an. Von den 35 Abgeordneten, die im Reichstag auf die Rheinprovinz entfielen, hatte am 3. März 1871 bei den ersten Wahlen im neuen Reich die Nationalliberale Partei, die die liberalen Traditionen des Rheinlandes in sich aufgenommen hatte, nur 5 zu stellen vermocht.

Zur allgemeinen Ueberraschung waren 21 Abgeordnete der sich jetzt neubildenden katholischen Partei zugefallen. Damit trat an die Stelle des Liberalismus der politische Katholizismus und neben ihm breitete sich in zunehmendem Maße der sozialdemokratische Einfluß auf die Massen der Arbeiter aus. Rheinische Bauern- und Arbeitervereine bildeten stets einen wertvollen Eckpfeiler des Zentrums. Das beängstigende Anwachsen der Sozialdemokratie, vor allem seit 1893, bestimmte die Zentrumspartei in dem konfessionell gemischten Industriegebiet — in Essen, Duisburg, Krefeld, Gladbach, Düren und Köln — christliche Gewerkschaften ohne Zusammenhang mit den katholischen Arbeitervereinen zu gründen. Aber die gewaltige Zunahme der Sozialdemokratie ging fast allein auf Kosten der linksliberalen Parteien, während das Zentrum der sozialdemokratischen Flut stärksten Widerstand entgegensetzte. Das heilige Köln und das goldene Mainz und mit ihnen die Blüte der rheinischen Städte war der sicherste Hort des Zentrums. Die „pechschwarze Pfaffengasse" nannte der Volksmund jenen blühenden, reichen Bezirk, die Rhein- und Mosellande.

Die badischen Reichstagswahlen standen stets im Zeichen eines heftigen Kampfes zwischen Zentrum und Nationalliberalen. Erst 1898 gelang es dem Zentrum zum ersten Male, die Stimmenzahl der Nationalliberalen zu überflügeln. Große innere Schwierigkeiten hatten das Wachstum des Zentrums schwer beeinträchtigt. Die Wahlen waren oft gekennzeichnet durch Wahlmüdigkeit und Wahlfaulheit, sowie durch fehlende Agitation des katholischen Klerus, der sich bei jeder politischen Tätigkeit im öffentlichen Leben behindert fühlte, besonders nach der Wahl des Erzbischofes Orbin, der anscheinend mit der scharfen Politik der „Katholischen Volkspartei" nicht einverstanden war. 1877 vollzog dann die badische „Katholische Volkspartei" ihren formellen Beitritt zum Zentrum, während die hessische „Katholische Volkspartei", die bis 1877 unter Führung des Bischofs Ketteler von Mainz gestanden hatte, erst 1887 als Zentrumspartei auftrat. Die ganze katholische Entwicklung in Hessen hatte lange Jahre daran gekrankt, daß die Frankfurter Zeitungen das Gebiet beherrschten und einer bedeutenderen katholischen Zeitung ein Aufkommen äußerst erschwerten. Baden dagegen bot für den Werbefeldzug des Zentrums einen viel besseren Boden.

Das badische Volk bildete in vieler Hinsicht keine geschlossene innere Einheit. Zwischen dem Norden und dem Süden waren stets starke Gegensätze. Die Franken im hinteren Odenwald waren ganz anders geartet als ihre Stammesbrüder in der üppigen Pfalz am Rhein. Schon der Boden gab ihnen, vor allem im Gebirge viel kärglicheren Ertrag. Mit Mühe mußten sie ihm auf den Höhen das zum Lebensunterhalt Nötigste abringen. Menschen von erdenschwerem Lebensernst formte hier das rauhe Bergland. Das Fehlen größerer Verkehrsadern und der damit bedingte Mangel einer steten Berührung mit anders gearteten Volksgenossen, der Sinn für alles Althergebrachte, all das gehörte von altersher zur Eigenart des Odenwälders. Die damit verbundene tiefe Innerlichkeit und Frömmigkeit erklären auch die politische Einstellung der Bewohner dieses Landes: Zentrum und Konservative behielten je nach dem konfessionellen Uebergewicht die Oberhand, während die in den Flußtälern gelegenen Städte der Nationalliberalen Partei wertvolle Hilfskräfte zuführten. Der Zunahme der Zentrumsstimmen in südlicher Richtung entsprach die Zunahme des katholischen Elements, die zugleich parallel ging mit der Abnahme der ökonomischen Vorzüge des Landes. Rheintal aufwärts wurden die Bedingungen für Handel, Industrie und Landwirtschaft immer schlechter. In den beiden günstigsten Teilen des Großherzogtums, nämlich in der oberrheinischen Tiefebene und in dem Gebiet nördlich der Alb (einem kleinen Flüßchen südlich von Karlsruhe) wohnten ca. 95 % der Protestanten, aber nur 70 % der Katholiken, während der Schwarzwald, in dem in der Hauptsache nur die Landschaften der früheren Markgrafschaften Baden-Durlach und die altwürttembergischen Lande evangelisch waren, und die angrenzende unfruchtbare Hochebene 30 % der Katholiken, aber nur 5 % der Protestanten beherbergte. Die Protestanten hatten also in Baden, ähnlich wie in Württemberg, die günstigeren Teile des Landes inne, während die katholischen Bewohner sich mit viel bescheideneren Gebieten begnügen mußten. Doch trotz dieser konfessionellen Ueberlegenheit standen dem Zentrum manche Schwierigkeiten im Wege, besonders in einigen Wahlkreisen des katholischen Südens, wo der alte demokratisch-liberale Grundcharakter der Bevölkerung vorherrschte. Und wenn die Konfessionen sich gar die Waage hielten, lag der Sieg, wie z. B. im Lörracher Wahlkreis durchaus auf Seiten der National-

liberalen, obwohl die Bevölkerung zum weitaus überwiegenden Teil ländlich war. In den städtischen Wahlkreisen in Pforzheim, Karlsruhe und Mannheim ließ die aufstrebende Industrie die Nationalliberalen nach vielen erfolgreichen Wahlen ins Hintertreffen rücken und durch Sozialdemokraten ersetzen. — Viel geschlossener stand dagegen das Zentrum in Württemberg.

Hier lagen im schwäbischen Oberland die 3 unentwegten Zentrumswahlkreise Blaubeuren-Ehingen-Laupheim-Münsingen, Biberach - Leutkirch - Waldsee - Wangen und Ravensburg - Riedlingen-Saulgau-Tettnang, wobei die beiden letzteren Wahlkreise über 90 % katholische Bevölkerung hatten. Ein vierter Wahlkreis, der sich um das kernkatholische Ellwangen legte, gehörte ebenfalls zum Stammbesitz des Zentrums in Württemberg. Daß das preußische Sigmaringen, mit überwiegend ländlicher und 95 % katholischer Bevölkerung ein denkbar günstiges Zentrumsgebiet war, soll noch ergänzend erwähnt werden. Trotzdem hatten in den ersten Jahren des neuen Reiches selbst im katholischen Oberland die Demokraten eine beträchtliche Anhängerschaft. Die Ruhe auf kirchenpolitischem Gebiete hatte die Einigung der katholischen Wähler nicht gefördert. Während in Preußen der Kulturkampf tobte, war Württemberg „eine Oase des Friedens", da König Karl und sein Ministerpräsident, Freiherr v. Mittnacht, auch nur das geringste feindselige Vorgehen gegen die katholische Kirche verboten und da andererseits in der Kammer der Standesherrn die Katholiken die Mehrheit besaßen. Demokrat, Katholik und Großdeutscher waren hier im Oberland stets ein und dasselbe.

In Bayern war es vor allem die „Deutsche Frage", welche die öffentliche Aussprache beherrschte und die Geister voneinander schied. Die Bewegung des Nationalvereins schlug auch ihre Wellen nach Bayern. Das Volk spaltete sich nun in liberale und konservative Bestandteile, während es früher einheitlich großdeutsch gewesen war. Die konservativen Elemente blieben großdeutsch und betonten im Gegensatz zu Preußen die bayerische Eigenart und Selbständigkeit. Die Liberalen, die eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung erstrebten, schufen im Frühjahr 1863 eine förmliche Organisation unter dem Namen „Fortschrittspartei". Dieser steten Aufwärtsentwicklung des bayrischen Liberalismus bereitete der Sieg des „protestantischen Preußens" 1866 ein jähes Ende. Das religiöse Bewußtsein der

katholischen Volksmehrheit in Bayern war dadurch tief verletzt, daß preußische Stimmen dem Krieg den Charakter eines Religionskrieges geben wollten. Die schwerflüssige Masse des katholisch bayrischen Landvolkes war durch ein umwälzendes, liberales Schulgesetz zum erstenmal in lebhaftere Bewegung geraten. Die Werbung im Lande gestaltete sich überaus rege, in erster Linie selbstredend getragen von der katholischen Geistlichkeit. Die Entscheidung mußte fallen bei den Neuwahlen zur Kammer der Abgeordneten, welche im Mai 1869 stattfinden sollten. Im Wahlkampf bildete sich die „Bayrisch-patriotische Partei", meist kurzweg Patrioten genannt, im wesentlichen sich stützend auf die kirchlich gesinnten Kreise des katholischen Volksteiles. Die liberalen und kleindeutschen Anschauungen hatten vorwiegend in den protestantischen Gegenden Fuß gefaßt. Dem Wahlerfolg, den die Patrioten 1869 erzielten, folgte aber ein erheblicher Rückschlag bei der Wahl zum Reichstag am 3. März 1871. Die schroffe Haltung der Partei in der deutschen Frage — d. h. ihr Gegensatz nicht nur zu der Gründung des neuen deutschen Reiches und zur Regierung, sondern auch zur Person des Königs, der, wenn auch angeregt durch Bismarck, zu der Gründung des neuen Reiches den Anstoß gegeben hatte — war bei vielen ihrer Anhänger auf Ablehnung gestoßen. Erst die Politik des Ministers von Lutz, der rücksichtslos seine eigenen, liberalen Wege ging, hatte den Erfolg, daß bei den Neuwahlen zum Deutschen Reichstag am 10. Januar 1874 das Zentrum wieder die allein dominierende Partei wurde und 32 von 48 Wahlkreisen erobert. Diese gewaltige Zunahme der Patrioten, die im Reichstag dem Zentrum angehörten und 1887 diesen Namen offiziell auch für Bayern annahmen, bedarf einer Erklärung. Ganz Deutschland war 1871 überrascht, daß das klerikale Bayern sich mit einemmal so liberal erwies und ganz Deutschland war 1874 wiederum betroffen, daß sich dieses liberale Bayern so ultramontan zeigte. Aber die Wahlergebnisse von 1871 und 1874 boten beide nicht das wahrste Bild der bayrischen Parteigruppierung. 1871 führte die Begeisterung, 1874 der Pessimismus das große Wort. Jede Wahl ist ein Produkt der inneren Ueberzeugung und der äußeren Technik. Je unentschiedener die erstere ist, desto größeren Spielraum hat die zweite. Hunderttausende gehören zu jenem weichen Material, das in den Besitz dessen gelangt, der es am besten zu bearbeiten versteht. Dem ungeheuren

Aufschwung, aus welchem 1871 die Wahlen hervorgingen, mußte eine Ermattung folgen. Damit nicht genug tobte ein erbitterter Kirchenstreit, und schließlich stand Bayern unter den Folgen der materiellen Krise der letzten Jahre; die Steigerung aller Preise, die Mühsal willige Arbeitskräfte zu finden, die Unzufriedenheit in den unteren Schichten wirkten verstimmend auf den Bürgerstand. Und gerade weil Bayern noch am längsten patriarchalische Zustände besaß, war dies Moment ein wichtiger Faktor bei den Reichstagswahlen. Dazu kam der alte deutsche Fehler, daß immer im entscheidenden Augenblick das individuelle Gefühl stärker ist als das nationale. Den Schwerpunkt des klerikalen Sieges bildete ohne Zweifel der Wahlfeldzug, an dem jeder teilnahm, vom Erzbischof bis zum letzten Kaplan. Und gab es einen fruchtbareren Boden für diese Werbung als Bayern?

Abgeschnitten von lebhafterem Verkehr, meist auf sich selbst angewiesen, ist besonders der Altbayer geistig und wirtschaftlich Individualist geblieben, ohne jede Neigung zu organisatorischem Zusammenschluß, also ein denkbar ungünstiges Gebiet für die Entfaltung von Parteien, die weniger das Gemüt als vielmehr den Verstand zu gewinnen trachteten. Da hatte die katholische Kirche ein viel leichteres Spiel. Die schwerflüssige, durchaus konservative Natur des Bauern war der katholischen Kirche in ihrem politischen Machtbedürfnis recht willkommen. Nicht nur durch den größten Teil des katholischen Ober-Bayerns, auch durch die Gemüter des niederbayrischen Volksstammes ging jener konservativ-katholische Zug, der äußerlich leicht erkennbar war. In vielen Häusern und Hütten, besonders im bayrischen Wald, hingen die Bildnisse des deutschen Kaisers und der obersten Heerführer in schöner Umrahmung, daneben aber im Glasschrank lagen die Hefte des „Sendboten vom heiligen Herzen." 1871 und 1874 gelangte dieser zwiespältige Zug am klarsten zum Ausdruck. Die Wahlen von 1871 trugen mehr einen politischen, die von 1874 mehr einen religiösen Charakter. „Ihr seid im Gewissen verpflichtet, gut katholische Männer zu wählen!" riefen die Hirtenbriefe ins Land. Ja, der liberale Stimmzettel galt als Abfall vom katholischen Glauben. Und die Wahlen zeigten es: der bayrische Stamm war der Hort des Katholizismus im deutschen Volk, die scheinbar uneinnehmbare Festung. Allen Neuerungen mißtrauend, weniger dem Geist als dem Gemüt vertrauend, mit einem tiefen Verständnis für das Schöne be-

gabt, hat der Bayer eine natürliche Bestimmung für den Katholizismus. Diese absolute Uebereinstimmung der konservativen Richtung mit der klerikalen hat Fr. Ratzel in seinen „Kleinen Schriften" so klar gekennzeichnet, daß uns die politische Einstellung des Bayern deutlich zum Verständnis kommt. „Der Bayer möchte sich eigentlich garnicht um Politik kümmern. Er hat nichts von der Rechthaberei und dem Widerspruchsgeist, die im Charakter des Franken liegen. In den fränkischen Gauen haben demokratische Richtungen immer mehr Anhänger gehabt als in den bayrischen. Der Bayer kümmert sich nicht gern um fremde Angelegenheiten, während der Franke beweglich und neugierig ist. Er ist sowohl zu bequem als zu stolz, politischen Idealen nachzustreben. Niemand kann konservativer sein „von Natur" aus als der bayrische Bauer." „Der Altbayer ist deutsch bis in die Knochen, aber bayrisch bis ins Mark."

Die Reichstagswahlen in Oberbayern, mit Ausnahme der beiden Münchener Wahlkreise, standen stets im Zeichen einer ganz überlegenen Zentrumsmehrheit und erst seit 1893 trat in manchen Wahlkreisen der Bayrische Bauernbund in erfolgreiche Konkurrenz mit der katholischen Macht. Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Niederbayern und in der Oberpfalz. Auch hier herrschte das Zentrum, ohne je einen Gegner fürchten zu müssen, bis aus den eigenen Reihen der Bayrische Bauernbund entstand. Ebenso selbstverständlich war es, daß die katholischen Wahlkreise Mittelfrankens Zentrumskandidaten wählten, nur mit dem Unterschiede, daß in Nordbayern, besonders wo die Katholiken nicht ein derartiges Uebergewicht wie im Süden hatten, das Zentrum scharfe Wahlkämpfe gegen die Nationalliberalen, den Bayrischen Bauernbund und die Sozialdemokraten zu bestehen hatte. Einen nicht minder schweren Stand hatte das Zentrum im bayrischen Schwaben, wo der Liberalismus einen recht beträchtlichen Anhang fand. Daß das Zentrum trotzdem, meist schon im 1. Wahlgang, siegte, verdankte es vor allem den ländlichen Stimmen, die das Endergebnis der Wahlen entscheidend beeinflußten. Aber die Zeiten änderten sich. Ganz allmählich rückte das Schwergewicht des Zentrums nach dem Westen. Bayern büßte seine beherrschende Stellung ein und mußte zusehen, wie sich der Hauptstützpunkt des Zentrums unaufhaltsam an den Rhein verschob, wo sich viel aktivere und gewandtere Elemente in den Dienst der Partei stellten.

Oberschlesien ist mit Bayern und dem Rheingebiet in einem Atem zu nennen. In der Hauptstadt befand sich das Schwergewicht eines Fürstbischöflichen Stuhles, unter dessen Fürsorge die überwiegend katholische Bevölkerung des schlesischen Südens stand; über das ganze flache Land verteilt saß der wirtschaftlich und politisch führende Großgrundbesitz. Eine einzige Ausnahme bildete der Wahlkreis Kreuzburg-Rosenberg im Regierungsbezirk Oppeln, der von einer Ersatzwahl am 12. Januar 1883 an bis 1907 in ununterbrochener Reihenfolge den Erbprinzen und nachmaligen Fürsten zu Hohenlohe-Oehringen und Oberstkämmerer Wilhelms II. wählte. Obwohl dieser Wahlkreis überwiegend ländlich und katholisch war, stellte das Zentrum diesem Konservativen keinen eigenen Kandidaten entgegen, ebensowenig wie dem anderen Repräsentanten des katholischen und konservativen Hochadels Oberschlesiens. Im weitaus größten Teil der oberschlesischen Wahlkreise, auch in Glatz-Habelschwerdt vom Regierungsbezirk Breslau, zeigte sich keine Spur von ernsthafter Konkurrenz für das Zentrum, abgesehen vom 6. Wahlkreis Kattowitz-Zabrze, wo von 1903 und Pleß-Rybnik, wo von 1907 ab das Zentrum zugunsten der Polen das Feld räumen mußte. Hier siegte die Nationalität über das gemeinsame Glaubensbekenntnis. Sonst stritten die Polen meist in der Zentrumsfront — manche Zentrumsabgeordnete Oberschlesiens waren polnischer Nationalität. Den weitaus schwersten Kampf hatte das Zentrum in den Industriegebieten Oberschlesiens zu bestehen, wo die Sozialdemokratie stetig an Macht gewann, aber in der letzten Entscheidung immer vergeblich das Zentrumsbollwerk berannte.

Die Sozialdemokratie.

Das ungeheure Wachstum der deutschen Industrie seit Einführung des Schutzzolls hatte Tausende aus ihrem Heimatboden, ihrer gewohnten Umwelt herausgerissen. Ein großstädtisches, haltloses Proletariat entstand. All das, was der Arbeiter vom Lande oder von der Kleinstadt noch mit in die Industriestadt gerettet hatte, warf er allmählich von sich ab. Was war verständlicher, als daß dies in den Großstädten zusammengedrängte Proletariat, enterbt und heimatlos an Leib und Seele, von der Kirche völlig vernachlässigt, seine Rettung im Marxismus suchte! Wer schon gab sich damals die Mühe, das Wesen des Proletariats

zu erkennen und seine Not zu lindern. In Großstädte und Industriezentren eingeengt, verlor der Arbeiter jede innere und äußere Beziehung zur Natur, jedes Empfinden, irgendwo ein Stück Heimat zu besitzen. Und das Bürgertum versäumte damals seine hohe Aufgabe und sittliche Pflicht.

„Nur als Einer unter Vielen fühlt er sich, als eine Größe, die allein gar nichts bedeutet, die erst mit vielen andern Größen zusammengefügt werden muß, um irgend etwas darzustellen, irgend etwas zu gelten..... Von ihm sind alle standesmäßigen, alle familienhaften, alle beruflichen, alle ortseigenartigen, alle landschaftlichen, alle persönlichen Unterschiede weggelöscht"[34].

Hier mußte die Idee des Internationalismus, an der vor allem das Judentum ein Interesse hatte, einen äußerst günstigen Boden finden. „Bei dem ungeheuren Selbstbewußtsein und Machtstreben des geistig so beweglichen Volkes entzündete das Gefühl, von den politisch und gesellschaftlich führenden Ständen in Preußen zurückgesetzt, ja von der eigentlichen Regierung und von der Armee ausgeschlossen zu werden, einen wütenden Haß gegen das Preußentum." Zog die gebildeten Kreise des Judentums die Ideologie des Marxismus zu der Sozialdemokratischen Partei und die des Liberalismus zu den Fortschrittlern, so gab die große Masse der Juden den roten Wahlzettel ab, weil der Kampf der Sozialdemokratie gegen den nationalen Staat auch ihr Kampf war. Diese Juden wurden haßerfüllte Marxisten und teilweise auch Anhänger des Liberalismus, nicht weil sie in dieser oder jener Wirtschaftsordnung das Heil der Welt erblickten, sondern weil sie, die geborenen Vertreter einer liberalen Weltanschauung, jede Möglichkeit ergreifen wollten, um für die Besserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung zu kämpfen. Dazu war ihnen der Arbeiter gut genug. In diesem Kampfe schufen sie sich eine wertvolle Hilfe in der Presse, d. h. in Gestalt solcher Zeitungen und Zeitschriften, die keine klare jüdische Färbung hatten, aber von Juden herausgegeben oder redigiert wurden und die einen unverkennbaren jüdischen Geist atmeten. Aeußerst geschickt verstanden sie es, die Auflageziffern ihrer scheinbar neutralen Zeitungen gewaltig zu erhöhen und in weitem Maße Einfluß auf das kulturelle und politische Leben zu gewinnen. Neben der Presse spielten die Juden als geistige Führer besonders in der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle: Moses Heß, Karl

34) W. Sombart „Das Proletariat."

Marx und Ferd. Lassalle, den Wegbereitern des Marxismus folgten Johann Jacobi, Eduard Bernstein, Ludw. Frank und Rosa Luxemburg. — Die Unzufriedenheit und das wachsende politische Interesse, das mit der 48er Revolution seinen Anfang genommen hatte, waren vor allem der Fortschrittspartei willkommen, die anfangs der sechziger Jahre den „Kampf gegen die Reaktion" aufnahm. Eine große Anzahl Arbeiterbildungsvereine unter bürgerlicher Leitung wurden von der Fortschrittspartei gegründet. Soviel diese Vereine auch für die Arbeiterbildung taten, in erster Linie waren sie doch Mittelpunkte für die fortschrittliche Parteiwerbetätigkeit. Man sah im Arbeiter einen wertvollen Bundesgenossen, den man wohl für die eigenen Zwecke gebrauchen konnte. Einer der größten und leistungsfähigsten Arbeitervereine war der 1861 gegründete Leipziger Arbeiterbildungsverein, in dem August Bebel, später einer der populärsten Führer der Sozialdemokratie, eine führende Rolle spielte. Standen anfänglich in diesen Vereinen nur Bildungsfragen im Mittelpunkt des Interesses, so traten bald mehr und mehr lebenswichtige Probleme hervor, die für die Arbeiter als Angehörige des gleichen Standes von Bedeutung waren. Die bürgerlichen Führer wurden mehr und mehr durch Arbeiter ersetzt und ein starkes Standesbewußtsein zog in die werktätige Bevölkerung ein. Am 23. Mai 1863 gründete Lassalle in Leipzig den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein", dessen Ziel die Gründung von Produktivgenossenschaften und das allgemeine Wahlrecht war. Damit stehen wir an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. In Gegensatz zu den Lassalleanern standen die Marxisten, die kurz darauf den „Verband deutscher Arbeitervereine" gründeten (Bebel, Liebknecht u. a.). Die nächsten Jahre brachten dann den Anschluß der Marxisten an die neugegründete, bürgerlich-demokratische und preußenfeindliche „Deutsche Volkspartei". Oft vertraten die beiden feindlichen Brüder die Arbeiterinteressen gemeinsam, so bei den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag 1867, in den 5 Vertreter der Arbeiterschaft gewählt wurden. Darunter waren 4 Arbeitervereinler, die Mitglieder der „Deutschen Volkspartei" waren; einer, von Schweitzer, der sich als selbständiger Vertreter des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" hatte aufstellen lassen, wurde somit der 1. „offizielle" sozialdemokratische Abgeordnete. Am 7. August 1869 berief endlich der Verband der deutschen Arbeitervereine einen Kongreß nach

Eisenach zur Gründung einer eigenen politischen Partei, der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei". Beide Richtungen schlossen sich auf dem Gothaer Kongreß 1875 zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" zusammen.

Die politische Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft war naturgemäß bedingt durch den besonderen Lauf des Wirtschaftslebens. Der gewaltige Aufschwung nach dem Kriege von 1870/71 hatte eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften gebracht. Große Massen vom Lande und aus den kleineren Städten glaubten, in den Industriegebieten ihr Heil zu finden und verließen Haus und Hof. So entstanden die proletarischen Arbeitermassen, eine Folge dieses kapitalistisch-industriellen Aufschwungs. Besonders der junge — vormals oft zur Auswanderung gezwungene — überschüssige Nachwuchs aus dem kleinen Gewerbe und der Landwirtschaft bildete die Hauptmasse der Arbeiter. Die 1873 einsetzende Wirtschaftskrise, das Sinken der Löhne, die hohe Arbeitslosigkeit und die große wirtschaftliche Not waren der beste Nährboden für die Radikalisierung der Massen. Die gedrückte, elende Lage des Proletariats mußte den Klassengegensatz verschärfen und den Arbeiter für revolutionär-kommunistische Ideen empfänglich machen. Die unsichere Existenz, die schwere Not auf der einen Seite, hastig, oft unverdient erworbener Reichtum auf der anderen Seite — beide hervorgerufen durch das überschnelle Anwachsen der Fabrikindustrie — erzeugten schroffste Gegensätze. Während das Bürgertum vor lauter Verfassungs- und Kulturkampf die Lösung der sozialen Frage vergaß, wuchs die breite Front des Proletariats zu einer politischen Macht heran. Denn längst hatte man dort erkannt, daß es gegen den Aufstieg des Kapitalismus für die Arbeiter nur eine Rettung gab: Zusammenschluß, Organisation. Was die Sozialdemokraten allen alten Parteien voraus hatten, selbst dem Zentrum, das war die ausgezeichnete Organisation. Die Begriffe Arbeiterpartei und Parteiorganisation tauchten in Deutschland gleichzeitig auf. Denn das Schwergewicht der Sozialdemokratie lag nicht im Parlament, sondern in der breiten Masse der organisierten Wähler. Die beiden bedeutendsten Organisationsformen der Arbeiterbewegung waren eine wirtschaftliche: Die Gewerkschaften und eine politische: Die Sozialdemokratie. Während aber die christlichen Gewerkschaften in ihrem Programm zwar „allen bürgerlichen Parteien objektiv gegenüberstanden", in Wirklichkeit aber eine

recht enge Fühlungnahme mit dem Zentrum hatten, bekannten sich die freien Gewerkschaften von Anfang an offen zum Programm der Sozialdemokratie. — Frägt man sich nun, ob es nicht möglich gewesen wäre, diese Masse in andere Bahnen zu lenken und im Arbeiter eine ehrliche Liebe zu Volk und Staat zu erwecken, so sieht man sich leider gezwungen, dem Staat selbst und dem Bürgertum einen Teil Schuld zuzumessen. Niemals war es dem Staat gelungen, ein rechtes, inneres Verhältnis zu der großen Masse der Arbeiter zu gewinnen [35]) und in ihm „das stolze Gefühl der Staatsbürgerschaft" zu erwecken. Jede Regung selbständigen politischen Lebens galt als staatsgefährlich und zur Unterdrückung standen Gesetze aller Art bereit. Und der Erfolg? Das Sozialistengesetz, das 12 Jahre lang, von 1878—90 jede, sozialistische oder gewerkschaftliche, öffentliche Organisation und Propaganda unmöglich machte, brachte der Sozialdemokratie innerlich und äußerlich neue Kraft. Man hatte aus dem Aufschwung des politischen Katholizismus infolge des Kulturkampfes nichts gelernt. Was damals die Maigesetzgebung vollbrachte, bewirkte jetzt das Sozialistengesetz: Während dieser 12 Jahre nahm die sozialdemokratische Stimmenzahl von 312 000 (1881) auf 1 427 000 (1890) zu. — Ein Irrtum wäre es aber, wollte man annehmen, die Sozialdemokratie wäre die Vertreterin aller Lohnarbeiter gewesen. Ja, man geht wohl nicht fehl, wenn man nur etwas über die Hälfte von ihnen als Sozialdemokraten betrachtet.

So standen z. B. den 3,5 Millionen gewerblicher Arbeiter des Jahres 1882 ca. 312 000 sozialdemokratische Wahlstimmen bei der Reichstagswahl des Jahres 1881 gegenüber. Ziehen wir auch die ab, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, so bleiben doch Hunderttausende von Arbeitern übrig, die kein Klassenbewußtsein hatten oder aus religiösen bzw. nationalen Gründen nicht der Sozialdemokratie ihre Stimme geben konnten. Trotzdem wurde die Sozialdemokratie die große Arbeiterpartei, die mit der Zahl der Lohnarbeiter weiter wuchs und der alle Industrieentwicklung und das Steigen der Volksziffer zugute kam. Ebenfalls ein Irrtum wäre es, wollte man die Stimmenzahl der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen gleichsetzen mit der überzeugten Anhängerschaft. Eine ganz beträchtliche, zahlenmäßig natürlich nicht zu erfassende Menge von Stimmen verdankte die Sozialdemokratie lediglich der Unzufriedenheit über die herr-

35) Vgl. damit auf Seite 121 a: Einfluß des Judentums.

schenden Zustände. Die wirtschaftliche Not steigert die Zahl der Unzufriedenen, die alle in der Sozialdemokratie, der Partei der radikalen Opposition, die Erfüllung ihrer Wünsche suchten. Besonders die Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 könnte zu Trugschlüssen verleiten. Jene große Anzahl der damals für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen bedeutete keine so auffällige Steigerung der organisierten Anhängerschaft, wie man vermuten könnte. Viele kannten diese Lehre kaum vom Hörensagen. Ja, allen politischen Kämpfen der vergangenen Jahre hatten die Massen ziemlich teilnahmslos zugesehen. So schrieb 1865 Freiherr von Hoverbeck einem Freunde: „Diejenigen Kreise des Volkes, die überhaupt Zeitungen lesen und sich einigermaßen mit Politik beschäftigen, haben ihre Stellung .... längst genommen. Auf die große Masse des Volkes dagegen, auf die 3. und teilweise 2. Wählerklasse haben alle unsere Beratungen (im Abgeordnetenhaus) keinen Einfluß, da sie nichts davon erfahren“[36]). Mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht mußte es die Aufgabe der Parteien sein, ihre Ideen hinaus ins Volk zu tragen und da gab es kein besseres Mittel als die Presse, die besonders die Sozialdemokratie glänzend für ihre Zwecke zu gebrauchen verstand. Die Zahl der sozialdemokratischen Parteiblätter wuchs von Jahr zu Jahr überraschend schnell. 1878 gab es bereits 75 größere und kleinere dieser Art, die den Weg weit hinaus ins Land fanden, aber trotzdem Tausende noch nicht erfaßten. Diese stimmten einfach für den „niederen Mann“, weil sie glaubten, daß ein solcher die Not des Lebens aus eigener bitterer Erfahrung am besten kenne und daher — das „wie“ war ihnen freilich unklar — zur Linderung jener Not und Herbeiführung besserer Zustände am ehesten helfen könne. Die lange anhaltende wirtschaftliche Not hatte nicht nur unter den „arbeitenden Klassen“, sondern auch im Stande der kleinen Handwerker und Geschäftsleute, Beamten, Lehrer usw. viel Erbitterung angehäuft. Die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten erschien jenen als der Ausdruck höchster Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen. — Einen umso schärferen Widerstand fand die Sozialdemokratie aber in den katholischen Gegenden Deutschlands. Hier stieß die vor-

36) Ziekursch „Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches. Bd. 1.

zügliche Organisation der Sozialdemokratie auf eine wohl fast ebenbürtige. In einer statistischen Untersuchung der Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft (1907) hat A. Klöcker festgestellt, daß mit dem Prozentanteil der evangelischen Konfession an der Wahlkreisbevölkerung organisch und in ununterbrochener Linie auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg, um mit den höchsten evangelischen Bevölkerungsprozenten ihren Höhepunkt zu erreichen. Umgekehrt fiel mit dem Steigen der Prozentanteile der katholischen Konfession an der Wahlkreisbevölkerung die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen, um mit den höchsten katholischen Bevölkerungsprozenten ihren tiefsten Stand zu erreichen. In den katholischen Landen folgten alle mit der politischen Entwicklung seit 1866 Unzufriedenen dem Zentrum, in den protestantischen Gebieten strömten sie vornehmlich dem sozialdemokratischen Banner zu. Das Wachstum der Sozialdemokratie ging also ganz selten auf Kosten des Zentrums, aber auch die ganz rechtsstehenden Gruppen erlitten keine fühlbare Einbuße. Aber dort, wo der Protestantismus nur dem Namen nach der Bevölkerung eigen war, wo weder Religion noch Liebe zu Volk und Vaterland in den Herzen brannte und wo nicht ländliche Interessen überwogen, da hatte die sozialdemokratische Agitation leichte Arbeit. Das, was im Lauf der Jahre an Mitläufern der Sozialdemokratie zufloß, ging ganz überwiegend auf das Verlustkonto des bürgerlichen, vor allem des links gerichteten Liberalismus, der dadurch, in sich schon gespalten, noch mehr in seiner Aktionskraft gelähmt wurde. In ländlichen Bezirken hat die Sozialdemokratie sich im allgemeinen nur dort durchsetzen können, wo kleinbäuerliche und industrielle Verhältnisse im Vordergrund standen. An Hand dieses Bildes wollen wir nun die Stützpunkte der Sozialdemokratie aufsuchen. Besondere Schwierigkeiten bereitet nur das Herausgreifen eines einzelnen Wahljahres, das zur Betrachtung der sozialdemokratischen Stimmenverteilung dienen soll. Der einzigartige Aufstieg, von 2 Abgeordneten des Jahres 1871 auf 110 des Jahres 1912 oder von 3,2 % der abgegebenen Stimmen auf 34,8 % wurde oft jäh unterbrochen, sodaß ich das Jahr 1884 der Betrachtung nur deshalb zugrunde lege, um dem Beschauer Vergleiche mit den anderen Parteien im selben Wahljahr zu ermöglichen.

Der besonders auffallende Rückgang der Sozialdemokraten in den Jahren 1887 und 1907 entsprach aber keineswegs einer Abnahme der Wahlstimmen. Die alte Wahlkreiseinteilung brachte vor allem der Sozialdemokratie eine gewaltige Benachteiligung. Der Stimmenanteil lag dauernd und manchmal sogar ungefähr um das 3fache über dem Abgeordnetenanteil. Die Reichstagswahlen des Jahres 1907, die sogenannten Hottentottenwahlen, brachten — um ein besonders krasses Beispiel herauszugreifen — eine Zunahme von 3 auf 3 1/4 Millionen Wähler und eine Abnahme von 81 auf 43 Mandate! Denn all die vielen Mitläufer, die die sozialdemokratischen Reihen gefüllt hatten, und die große Masse der bisherigen Nichtwähler strömten 1907 zu den Freisinnigen und Demokraten, die damals offen zur Regierung hielten. Die 110 Abgeordneten des Jahres 1912 bildeten den Höhepunkt der Entwicklung im alten Reich, einer Entwicklung, deren großartige Linie wir erst dann richtig ermessen können, wenn wir an ihren Anfang zurückkehren.

Die Ereignisse von 1870/71 hatten den Arbeiterorganisationen, insbesondere den Eisenachern, erheblichen Abbruch getan. In diesen Zeiten nationaler Begeisterung konnte für eine Partei, die die internationale, rote Fahne aufgesteckt hatte und die das Heer, dessen Leistungen das deutsche Volk dankbar anerkannte, abschaffen wollte, keine Stimmung sein, zumal 2 von 5 Abgeordneten, Bebel und Liebknecht, bei der Abstimmung über die Bewilligung der Kriegskredite sich der Stimme enthalten hatten. So verlor von Schweitzer bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag im März 1871 sein Mandat und außer Bebel kam nur ein einziger weiterer Arbeiterabgeordneter in den Reichstag. Da beide der Form nach immer noch zur „Deutschen Volkspartei" gehörten, war die Sozialdemokratie also im ersten Deutschen Reichstag noch unvertreten. Erst die Wahl des Jahres 1874, bei der Lassalleaner und Eisenacher das Kriegsbeil begraben hatten, brachte den großen Erfolg. Nicht weniger als 350 000 Stimmen fielen ihnen zu, 180 000 auf die Kandidaten des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" und 170 000 auf die Kandidaten der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Letztere brachte 6, erste 3 Abgeordnete durch. Der Hauptgewinn fiel auf das Königreich Sachsen, die thüringischen und norddeutschen Kleinstaaten und auf das Agrarland Schleswig-Holstein[37]). Während im Rhein-

37) Außerdem bes. auf Hamburg.

land nur 3,7 % aller abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratie kamen, in Westfalen 1,1 und in Schlesien 2,7 %, erlebten 1874 im Königreich Sachsen unter allen Parteien nur die Sozialisten einen Stimmenzuwachs. Ihr Stimmenanteil stieg von 15,8 % (1871) auf 36 % (1874), in Schleswig-Holstein von 13,4 % auf 35,5 %, in Oldenburg, Braunschweig und Anhalt von 4,5 auf 20,7 und in Thüringen von 2,5 auf 14,5 %. Hier traten sich 1874 nur 2 Parteien gegenüber; die für das Reich begeisterten Nationalliberalen und die Sozialdemokraten, als Sammelstelle für alle Unzufriedenen. In den Hansastädten fielen den Sozialdemokraten ca. 34 % aller Stimmen zu. Das war die erste Stufe auf dem sprunghaften Aufstieg und das Kartenbild der Reichstagswahl von 1912, bis zu der unsere Betrachtung reicht, zeigt fast das ganze Deutsche Reich mehr oder minder stark mit sozialdemokratischen Stimmen übersät. Noch so heftige Verfolgungen konnten der Partei keinen Abbruch mehr tun, zu tief war die Bewegung schon im Volke verwurzelt. Besonders die großen Städte lieferten Erstaunen erregende Stimmenzahlen für die „Partei des Umsturzes". 1877 kam auch die Reichshauptstadt Berlin an die Reihe. Der 6. Berliner Wahlkreis, das Maschinenbauviertel, sandte Wilhelm Hasenclever und der 4., stark von Textilarbeitern bewohnte Wahlkreis, den Führer des Zigarrenarbeiterverbandes, F. W. Fritzsche in den Reichstag. 1893 war schon ganz Berlin erobert, mit Ausnahme des 1. Wahlkreises (Dorotheenstadt, nördlicher Teil der Friedrichsstadt), der dem Fortschritt bis 1912 die Treue hielt. Daß Berlin, mit einer starken Arbeiterbevölkerung und mit zahlreichen Existenzen, die in irgend einer Beziehung im Leben Schiffbruch gelitten und daher jede Neuordnung oder Umwälzung herbeisehnten, einen denkbar günstigen Boden für die sozialdemokratische Agitation bildete, war selbstverständlich. Also an keine natürliche, geographische oder historische Bedingung war das Vorkommen der Sozialdemokratie geknüpft, sondern fast ausnahmslos waren es die Standorte der Großindustrie, die die Hochburg des Marxismus darstellten. Hier lag die Keimzelle der sozialdemokratischen Entwicklung. Die Industriezentren Sachsens und Hamburg, als internationale Hafenstadt, gaben das Signal zum Aufbruch. Doch nicht lange dauerte es, da faßten die sozialdemokratischen, den vulgärdemokratischen Idealen angepaßten Gedanken auch bei den Kleinbürgern deutscher Mittel- und Zwergstaaten Fuß. Ja, selbst auf dem Lande drang die Ar-

beiterpartei unaufhaltsam vor. Dies mag die folgende Tabelle veranschaulichen:

Parteien	großstädtische		städtische		ländliche Wahlkreise	
Deutschkonservative	—[1]	(—)[2]	1	(6)	40	(56)
Reichspartei	—	(3)	4	(4)	10	(18)
Zentrum	3	(5)	23	(27)	67	(72)
Nationalliberale	4	(5)	13	(18)	28	(32)
Fortschrittliche Volkspartei	4	(9)	11	(20)	29	(22)
Sozialdemokraten	36	(24)	50	(21)	25	(—)

1) 1912. 2) 1907.

Während die Sozialdemokratie 1907 noch nicht einen ländlichen Wahlkreis besaß, gewann sie 1912 25 ländliche, neben 29 städtischen und 12 großstädtischen Wahlkreisen, hinzu. Nur 12 großstädtische Wahlkreise lagen noch in den Händen anderer Parteien.

Sachsen, die Wiege der deutschen Sozialdemokratie, verdient zuerst genannt zu werden. Die starke und verhältnismäßig frühe Entwicklung der sächsischen Industrie und ihre Zusammenballung in einigen städtischen Zentren, ferner die rationalistische Richtung des sächsischen Volksgeistes und seine Freimütigkeit gegenüber religiösen Fragen waren für das Aufgehen des sozialdemokratischen Samens günstige Momente.

Kein Bundesstaat hatte sich i. J. 1867 bei den Wahlen so politisch zersplittert gezeigt, wie das Königreich Sachsen, wo der sozialistische, konservative und rein partikularistische Preußenhaß die Hälfte der Sitze einnahm. 1871 nahm Sachsen eine gründliche Revision seiner Wahlen vor und ein Teil der Presse jubelte: „Die Sozialdemokraten, welche das Vaterland in höchster Not verleugnet haben, sind geschlagen, die konservativen Partikularisten sind geschlagen und beinahe $^3/_4$ aller sächsischen Abgeordnete gehören nun zu den unbedingten Freunden der Reichsgewalt.“ Der Jubel dauerte nicht lange. 1874 sandte Sachsen bereits 6 Sozialdemokraten in den Reichstag, wobei man berücksichtigen muß, daß in jenen Kindheitsjahren die Partei sich mangels materieller Mittel und agitatorischer Kraft gezwungen sah, sich auf solche Wahlkreise zu beschränken, in denen eine gute Organisation zur Verfügung stand. Das waren anfänglich nur der 17. Wahlkreis Glauchau-Meerane, der 18. Wahlkreis

Zwickau und der 19. Wahlkreis Stollberg-Lößnitz-Schneeberg. Tatsächlich war das Vordringen der Sozialdemokratie meist eine Agitationsfrage. Eine erstaunliche Opferbereitschaft der Arbeiter, die selbst oft in trostlosen Verhältnissen lebten, ebnete der Sozialdemokratie den Weg. Arbeiter- und Volksvereine schossen wie Pilze aus der Erde. Von den größeren Städten aus wurden in den Nachbarorten Filialen errichtet und selbst unter den Bauern manches Mitglied geworben. Dies war umso leichter, als die Arbeiterbevölkerung in weitem Umkreise um die sächsischen Industriezentren wohnte und so die sozialdemokratischen Ideen hinaus in die Vorstadtdörfer tragen konnte. Je weiter aber die Entfernung von den Städten wuchs, desto mehr verschwanden die sozialdemokratischen Stimmen. Meist gelang den Sozialdemokraten der entscheidende Sieg erst in der Stichwahl mit Hilfe der linksliberalen, bürgerlichen Kreise, die den roten Stimmzettel als Zeichen hoher Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen abgaben. Unter den sächsischen Wahlkreisen, die ohne fremde Hilfe schon beim ersten Wahlgang dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhalfen, ragte besonders Glauchau-Meerane hervor, wie die meisten sächsischen Wahlkreise überwiegend städtisch und mit 98 % evangelischer Bevölkerung. Hier war von 1867—1874 Bebels Revier, der dann 1877 und 1878 in Dresden und von da an in Hamburg gewählt wurde. Im Osten schlossen sich an Sachsen die schlesischen Industriegebiete, im Westen die thüringischen an. Die elende soziale Lage der kleinen Heimarbeiter, der Weber in Schlesien u. a. bot für die sozialdemokratische Agitation einen günstigen Boden. Daß aber auch in vielen Gebieten Frankens und Altbayerns sozialdemokratische Einflüsse sich geltend machten, ist besonders bemerkenswert. Selbst in halbstädtischen, überwiegend katholischen Wahlkreisen arbeiteten die Sozialdemokraten mit größter Energie und Ausdauer, wenn sie auch im entscheidenden Wahlgang nie einen Sieg davon trugen. Besonders dort, wo es in größerem Maße Industrie gab, wie in München, Nürnberg-Fürth und schließlich Augsburg, gab es einen heißen Wahlkampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, der in den beiden erstgenannten Städten meist mit dem Sieg der Roten endete. Langsam setzte sich auch in den Städtchen und auf dem platten Lande Industrie fest. Aber hier in den katholischen Gegenden des Reiches, die zudem durch eine wesentlich geringere Schärfe der Standesunter-

schiede sich auszeichneten, als im Norden, verstand es die katholische Kirche, den wachsenden Strom des politischen Grolls in ihre Kanäle zu leiten. Die Folge war, daß vor allem am Rhein und in Schlesien die sozialdemokratische Werbung nach 1870 ein langsameres Tempo annahm und in Bayern sich ihr leitender Standort von den katholischen Städten München und Augsburg auf das protestantische Nürnberg verschob.

Württembergs Sozialdemokraten saßen in dem mit dichter Industrie besäten Neckartal, ferner um Stuttgart, Heilbronn und den übrigen schwäbischen Industriezentren. Erst 1898 sandte Württemberg den ersten Sozialdemokraten in den Reichstag. In Baden waren es die Pforzheimer, Karlsruher und Mannheimer Industriegebiete, die sich zu sozialdemokratischen Hochburgen entwickelten. Beide, die württembergische und die badische Sozialdemokratie, nahmen in großem Maaße die Splitter der süddeutschen Volkspartei auf, während Frankfurt, das wie die beiden eben genannten, ein Sammelpunkt jener föderalistisch-großdeutsch gesinnten Kreise war, deren Ideal von deutscher Freiheit und Einheit weder 1848/49 noch 1866/67 verwirklicht worden war, einen heftigen Kampf zwischen der Volkspartei und der Sozialdemokratie sah, aus dem letztere seit 1884 siegreich hervorging. Von Frankfurt zog sich nun ein breiter Streifen über die Industriegebiete rheinabwärts. Der sozialdemokratischen Partei war seit 1867 die politische Vertretung der deutschen Arbeiterschaft zugefallen. Besonders im Rheinland, das durch die Bevölkerungsvermehrung, vor allem durch die des Industrieproletariats, eine hohe Einwohnerdichte erhielt, versuchte der 4. Stand frühzeitig seine Emanzipation zu erringen. Der Anlauf, den die sozialistische Bewegung schon 1848 in ihrem rheinischen Geburtslande vergeblich genommen hatte, wurde jetzt mit neuen Kräften wiederholt. Im Anschluß an Lassalles Werbung im September 1863 in dem Bergischen Industriegebiet, in Elberfeld, Solingen und Remscheid trennte sich die politische Arbeiterbewegung als selbständige Partei von der bürgerlichen Demokratie und brachte in den Jahren 1867—70 mit Hilfe des neuen Wahlrechts 3 Abgeordnete — für Lennep-Remscheid, Elberfeld-Barmen und Duisburg-Mülheim — in den Norddeutschen Reichstag. Die Wirtschaftskrise des Jahres 1873 gab den Anlaß zu neuen Erfolgen. Infolge der starken Produktionseinschränkung wurden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet rücksichtslos die Löhne

gesenkt und die Arbeiter massenhaft auf die Straße geworfen. Die Not des Proletariats wuchs mit Riesenschritten und eine maßlose Hetze gegen den Staat und die Gesellschaft setzte ein. Die Reichstagswahl brachte der Sozialdemokratie die ersten Früchte ihrer Arbeit. Das 1871 verlorene Mandat von Elberfeld-Barmen wurde zurückerobert und die Stimmenzahl gewaltig vermehrt. Der Wahlkreis Essen verdient eine besondere Berücksichtigung. Schon 1867 hatten die Sozialdemokraten fast 50 % der abgegebenen Stimmen erreicht und hätten auch bei den späteren Wahlen ein entscheidendes Wort mitzureden gehabt — wenn nicht Krupp selbst von den Freikonservativen in den Wahlkampf geschickt worden wäre und damit die meisten Stimmen aus naheliegenden Gründen auf sich vereinigt hätte. Das Rheinland, von wo aus der Liberalismus zuerst seine Hand nach der Macht ausgestreckt hatte, war zum Herrschaftsgebiet der Sozialdemokratie und des Zentrums geworden, nur selten gelang auch den Nationalliberalen ein siegreicher Vorstoß. — Die Sozialdemokratie zog bei Stichwahlen erhebliche Vorteile daraus, daß sich ihr Mitläufer aus liberalen Kreisen anschloßen, um das Zentrum zu schwächen. Andererseits wurde die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Rheinprovinz dadurch gehemmt, daß katholische Kapläne seit 1869 in Essen und im Aachener Industriebezirk den sozialdemokratischen Arbeitervereinen christlich-soziale Arbeitervereine auf demokratischer Grundlage entgegensetzten. Doch der Zunahme der Sozialdemokratie in der Rheinprovinz ebenso wie der in Westfalen hatte das Zentrum nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen.

Rheinprovinz	1874	1912
Zentrum	376 700	664 000
Sozialdemokraten	22 100	323 000
Westfalen		
Zentrum	135 500	262 000
Sozialdemokraten	6 600	221 600

Aber betrachten wir die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1874 eingehender, so fällt uns die erstaunliche Tatsache auf, daß der sächsischen Hochburg der Sozialdemokratie weder das Rheinland noch Brandenburg einschließlich Berlin, weder Bayern noch die preußische Provinz Sachsen an Stimmenzahl am nächsten stand, sondern — Schleswig-Holstein! 44 953, also 13 % sämt-

licher sozialdemokratischer Stimmen Deutschlands, waren hier abgegeben worden. Wie ist diese Abnormität zu erklären? Wie lagen die Verhältnisse, als die Sozialdemokratie ihre Hand auf Schleswig-Holstein legte? Tragen Land und Leute eine Schuld daran? Wir stellen also zuerst fest, daß die grundverschiedenen Wirtschaftsverhältnisse, bedingt durch die besondere Beschaffenheit der Landschaft und des Bodens, in den einzelnen Gebieten den Bewohnern auch besondere Wesenszüge verliehen haben: Der bewegliche Kornbauer des hügelreichen Ostens hat ebenso sein eigenes Gepräge wie der bedächtig und wuchtig daherschreitende Bauer und Viehzüchter der Marschen oder der fleißige, zähe, nimmermüde Geestbauer, der auf kärglichem Boden seinen Lebensunterhalt suchen muß. In der Eigenart der Bevölkerung finden wir keine Erklärung für die sozialdemokratische Ueberflutung des Landes. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse geben uns keinen Fingerzeig, ja im Gegenteil, sie machen das Vordringen der Sozialdemokratie noch rätselhafter.

In Schleswig-Holstein war die Landwirtschaft der ziffernmäßig wichtigste Erwerbszweig. Auch Handel und Schiffahrt spielten seit jeher eine große Rolle in dem meerumschlungenen Lande. Aber, alles in allem, war Schleswig-Holstein ein Land der Mittel- und Großbauern mit fast ausschließlich protestantischer Bevölkerung. Nur 2 Wahlkreise hatten ca. 65 –70 % städtische Bevölkerung, der 5. Wahlkreis Norder- und Süderdithmarschen-Steinburg mit der Kreisstadt Itzehoe und der 6. Wahlkreis Pinneberg-Segeberg. Daß die beiden andern überwiegend städtischen Wahlkreise Kiel-Rendsburg und Altona als Industriezentren und Hafenstädte einen denkbar günstigen Boden für den linksradikalen, bürgerlichen Liberalismus und die internationalen, kommunistischen Gedankengänge der Sozialdemokratie abgaben, bedarf keiner besonderen Erklärung. Umso mehr interessiert uns die Ausbreitung der Sozialdemokratie in den vorwiegend ländlichen Gebieten.

Ueber der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Schleswig-Holstein stand ein Name: Hamburg. Seit dem Ende des Mittelalters war Hamburg der Großmarkt der beiden Herzogtümer. Wirtschaftlich und vielfach bildungsgemäß war es die Großstadt und noch in neuester Zeit der eigentliche Hafen Schleswig-Holsteins. Dieses Hamburg war zusammen mit Altona eine Hochburg der sozialdemokratischen Bewegung. Die

Industrie- und Hafenarbeiter, die ihren Wohnsitz im holsteinschen Hinterland Hamburg-Altonas hatten, trugen die sozialistischen Ideen hinaus ins Land und der Wirtschafts- und Handelsverkehr Schleswig-Holsteins mit den Industriegebieten an der Elbmündung sorgte für regen, geistigen Austausch und politische Aufklärung. Allein, auch diese Argumente geben uns noch keine zufriedenstellende Auskunft über die erstaunlich hohe Zahl sozialdemokratischer und linksliberaler Stimmen in einem Agrarland, in dem man eine durchaus konservative Volksstimmung vermuten sollte. Und wahrlich, die Agitation, die von Hamburg-Altona aus einsetzte, hätte nie einen so fruchtbaren Boden gefunden, wenn nicht die politische und staatliche Entwicklung Schleswig-Holsteins dafür gesorgt hätte. Die gesetzgebenden Gewalten Preußens hatten Ende 1866 beschlossen, die Herzogtümer der preußischen Monarchie einzuverleiben. Bevor die preußische Verfassung eingeführt worden war, hatte man das Land absolutistisch regiert und die Bewohner mit einer wahren Flut preußischer Gesetze beglückt, die das schleswig-holsteinsche Recht völlig mißachteten. Hatte man anfänglich die Preußen als Befreier aus dänischer Gewaltherrschaft begrüßt, so schlug durch das bürokratische preußische Regiment die Stimmung in das Gegenteil um. Und bald nannte die erboste Landespartei, die preußischen Eindringlinge: fremde Eroberer und Preußen selbst: germanisiertes Slavenland. So war es nur natürlich, daß man die Einverleibung in Preußen als Umsturz, als Revolution von obenher empfand. Ein tiefer Gegensatz gegen alles Preußische bürgerte sich in der Bevölkerung ein, mit Ausnahme der liberalen, besonders der nationalliberalen Kreise. Da gab es nur ein Heilmittel: Opposition gegen Preußen und Opposition gegen die Parteien, die dort herrschten und den Staat stützten. Zu tief verletzt hatte man ein Volk, das 2 Geschlechter hindurch um den schleswig-holsteinschen Staatsgedanken gekämpft und gelitten hatte. Die Sozialdemokraten hatten nichts weiter zu tun, als in diesen von den Augustenburgern unterwühlten Boden ihren Samen zu legen, der dann auch prächtig aufging. Erst ganz allmählich, in den 80er Jahren, eroberten die Preußen dies spröde, unzufriedene Land mit massenhafter Einwanderung, Verkehr und Verdienstmöglichkeiten. Aber der innere Widerstand des Volkes war so rasch nicht zu überwinden. Besonders in den ersten Jahren nach der preußischen Eroberung zeigte sich eine erstaunliche Geschlossenheit

der Bevölkerung bei den Wahlen. Der Landespartei, die als Zeichen des Protestes gegründet wurde, gehörten 1867 sämtliche Reichstagsabgeordnete an, außer 2 Dänen, die im nördlichen Schleswig, in den Wahlkreisen Hadersleben-Sondersburg und Apenrade-Flensburg gewählt wurden. Die preußischen Eindringlinge fühlten sich als Hort des konservativen Gedankens und brandmarkten die Verteidiger der alten Landesrechte als Demokraten. Und die Folge? Diesem an sich durchaus konservativen und damals noch wesentlicher agrarischen Lande gelang es nicht, auf die Dauer mehr als einen Konservativen oder echten Träger des preußischen Staatsgedankens in den Reichstag zu bringen. Einerseits wählte das Land liberal und hing an seinen Professoren Hänel und Seelig, die noch die Augustenburgerzeit in sich verkörperten, andererseits warf es sich der Sozialdemokratie in die Arme. Neben einigen industriellen Orten wie Altona, Ottensee, Pinneberg, Kiel, Neumünster, wo der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von jeher Mitglieder besessen hatte, schien ja Schleswig-Holstein mit ackerbautreibender Bevölkerung, seiner behäbigen Bauernklasse, seinem eingewurzelten Partikularismus der sozialdemokratischen Agitation verschlossen zu sein. Trotzdem machten hier die Lassalleaner nach 1870 verhältnismäßig größere Fortschritte, als die Eisenacher in Sachsen. Allerdings dürfen wir dabei auch soziale Gesichtspunkte nicht außer Acht lassen. Auf den Latifundien des östlichen Holsteins entstand dadurch eine tiefe Erregung im ländlichen Proletariat, daß die Junker die Tagelöhner, die in recht kümmerlichen Verhältnissen lebten, massenhaft auf die Straße warfen und zwar deshalb, weil die neue Gesetzgebung schon nach 2jährigem Aufenthalte den Unterstützungswohnsitz gab, während das holsteinsche Recht erst nach 15jährigem Aufenthalte das Armenrecht gegeben hatte. Aber im allgemeinen schwellte doch der Zorn über die politischen „Liebesgaben" der Berliner Regierung die Segel der sozialdemokratischen Agitation in den Elbherzogtümern und das übrige tat dann die schleswig-holsteinsche Polizeiwirtschaft, die auch nur in Sachsen ihresgleichen hatte. Auf diesem einzigartigen Boden entfaltete nun die Hamburger Sozialdemokratie eine fast fieberhafte Tätigkeit. Schon früh hatte sich das Augenmerk der Hamburger Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der hier in hoher Blüte stand, auf Schleswig-Holstein gerichtet. Bereits am 12. November 1864 war zu Krempe bei Itzehoe die

1. Vereinsgemeinde gegründet worden, der weitere Gemeinden in Pinneberg und Itzehoe folgten. 1866 schoß die Protestbewegung recht üppig ins Kraut. Der Umschlag unter den niederen Volksschichten geschah nur allmählich, aber umso nachhaltiger. In Hamburg hatte sich nach 1866 die Klassenscheidung innerhalb der Hamburger Demokratie zwischen ihren bürgerlichen und ihren proletarischen Elementen vollzogen. Die Wirtschaftskrise, die nach dem Krieg von 1866 voll zum Ausbruch kam, der Mißwachs während mehrerer Sommer und der strenge Winter brachten die deutsche Arbeiterschaft in bittere Not. Riesige Arbeitslosigkeit, unmenschlich hohe Arbeitszeit, schlechte Löhne waren an der Tagesordnung. Streikbewegungen und Gewerkschaftsgründungen waren die unvermeidliche Begleiterscheinung dieser Krisenzeit. Die Arbeiterschaft griff an. Von Hamburg aus setzte eine ungemein rege Agitation in Schleswig-Holstein ein. Mit großem Geschick knüpften die sozialdemokratischen Führer an die Nachteile an, die die Einverleibung in Preußen der Provinz gebracht hatten. Die gegnerische Presse schrieb damals: „Mehrere dieser Sendlinge bereisen das Land und halten bald hier, bald dort Versammlungen, in welchen sie die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufzureizen und sie mit Mißtrauen und Haß gegen alle Besitzenden zu erfüllen suchen. Dabei verfahren sie vollkommen planmäßig, richten sich nach den verschiedenen Verhältnissen und benutzen alles irgendwie dienliche Material. In den großen Güterdistrikten, also namentlich im östlichen Holstein, wiegelt einer die Arbeiter wider die Gutsherren auf, indem er ihnen vorpredigt, daß sie nicht besser gestellt seien als Sklaven und Lasttiere; in den kleineren Landdistrikten hält einer den Tagelöhnern vor, daß der Bauer sie ausnütze wie das liebe Vieh!" Unter diesen Tagelöhnerfamilien in den ländlichen Güterdistrikten war genügend Zündstoff für die praktische Durchführung kommunistischer Ideen, hatte doch schon 1848 der Kommunist Lehrer Mester die Landarbeiter gegen die Gutsbesitzer aufgehetzt. Als nun die erste Reichstagswahl von 1871 Dank der unermüdlichen Agitation einen großen sozialdemokratischen Erfolg brachte, da fiel die Presse aus allen Wolken und das Kieler Korrespondenzblatt schrieb: „Die vollständige Emanzipation der arbeitenden Klassen von der Autorität des Staates ist hier zu Lande eine vollständig neue Erscheinung. Die ganze Bewegung ist so plötzlich hereingebrochen, daß man nicht

berechtigt ist, die Erfolge allein auf eine geschickte Agitation der sozialdemokratischen Agenten zurückzuführen, sondern genötigt ist, auf das Vorhandensein einer bis dahin nicht genügend gewürdigten Krankheitsursache zu schließen. Daß diese mit dem seit länger als 20 Jahren systematisch arbeitenden Haß gegen die bestehende Staatsordnung in einem gewissen Zusammenhang steht, wird sich schwerlich leugnen lassen. Zur Dänenzeit war es nationale Pflicht, den König und seine Regierung herabzusetzen, um das Land für Deutschland zu retten und nach der Einverleibung in Preußen haben die partikularistischen Parteien alles getan, um den urteilsfähigen Teil der Bevölkerung in dieselbe systematische Opposition gegen den preußischen Staat hineinzusetzen, wie sie Dänemark gegenüber wohl berechtigt war." Die Erkenntnis der Presse kam reichlich spät. Der Aufschwung der Sozialdemokratie war da und ließ sich 1874 trotz aller Schikanen nicht aufhalten. 44 800 Stimmen erhielten die Kandidaten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Schleswig-Holstein. — Allgemeine Bestürzung riefen diese Resultate in den Deutschen Landen hervor (die Landespartei war bei den Wahlen verschwunden). Von dem Ausfall dieser Wahlen vermochte die bürgerliche Welt sich nur schwer zu erholen. Zu ihrem Erstaunen hatte die deutsche Gesellschaft wahrnehmen müssen, daß dieses von modernen Einflüssen scheinbar unberührte Land eine kleinbürgerliche und ländliche Bevölkerung in sich barg, welche der sozialdemokratischen Lehre nicht nur keinen Widerstand bot, sondern die Vertreter derselben zu Anwälten ihrer Interessenten im Reichstage machte. Viele Jahre hindurch wurde jener Höhepunkt des Jahres 1874 nicht mehr erreicht (erst wieder 1890). Von den 1874 abgegebenen 135 400 Stimmen erhielten die Dänische Partei 18 850, die vereinigten deutschen und liberalen Parteien 57 900, die Landespartei 13 850 (ohne Mandat) und die sozialdemokratische Partei 44 800. Das Verhältnis der städtischen Wähler zu den ländlichen war bei den Dänen 2 : 9, bei den vereinigten Deutschen 1 : 2, bei den Partikularisten 1 : 2 und bei den Sozialdemokraten 4 : 5. Obwohl natürlich die Stimmenzahl durch das Gewicht der Industriestädte gewaltig beeinflußt wurde, überwogen bei der Sozialdemokratie doch die ländlichen Wähler. Der Hauptkern dieser sozialdemokratischen Kräfteansammlung lag durchaus in Holstein, während Schleswig nur $^1/_8$ der holsteinschen Stimmenzahl besaß. Die folgenden Jahre brachten bis 1881 eine

stete Abnahme der sozialdemokratischen Stimmen, der eine Zunahme der Fortschrittspartei entsprach. Die Maßregeln wegen des Ausfalles der Wahlen des Jahres 1874 verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Landarbeiter mußten sich ihren angestammten Gutsherren fügen, um nicht mitten im Winter auf die Straße geworfen zu werden. Erst mit dem Jahre 1890 setzte auch in Schleswig-Holstein wieder eine Aufwärtsbewegung ein, die aber nicht von einer entsprechenden Zunahme der Mandate begleitet war. So hatten die Sozialdemokraten 1912 von den 10 schleswig-holstein'schen Wahlkreisen nur 2 inne, während die Fortschrittliche Volkspartei 7 besaß. Die 40 % aller abgegebenen Stimmen, die die Sozialdemokratie auf sich vereinigte, bewiesen aber umso besser, daß Schleswig-Holstein an Bedeutung für die sozialdemokratische Partei nichts eingebüßt hatte.

Schluß

Ueber der inneren und äußeren Entwicklung der deutschen Parteien stand als Leitstern die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandlung innerhalb des Deutschen Reiches. Die geschichtliche Bindung der Parteien trat immer stärker zurück und die Gemeinschaft der Interessen setzt sich durch. „Das ganze Volk in allen seinen Stämmen und Schichten wurde hineingerissen in den großen Prozeß der überhandnehmenden Industrialisierung, der Verflechtung in die Verkehrs- und Weltwirtschaft. Das ganze Volk war beteiligt an dem Zerfall der alten Geselschaft, dem Aufkommen einer neuen Berufs- und Gesellschaftsgliederung, der Zunahme der Industriearbeiterschaft und dem relativen Rückgang der Landwirtschaft" (Vogel)[38]. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet wird uns verständlich, daß die alten politischen Verschiedenheiten zwischen dem Norden und Süden immer mehr in den Hintergrund traten, und daß nun die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zwischen dem industriellen Westen und dem landwirtschaftlichen Osten auf die politische und staatliche Entwicklung Deutschlands größten Einfluß gewannen. Diese Strukturänderung war ohne Zweifel von entscheidender Bedeutung für das Werden der Parteien. Vielleicht hat diese nur das Wesentliche

38) Vogel „Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart."

herausgreifende Betrachtung vermocht, das Verständnis dafür zu wecken, daß die Entwicklung der politischen Parteien neben der durchaus notwendigen geschichtlichen Beleuchtung doch noch vom Blickfeld der Bodenständigkeit aus betrachtet werden muß. Mensch und Landschaft in all ihren Wechselbeziehungen bilden den fruchtbaren Boden, ohne den die politische Idee nicht zur Entfaltung kommen kann. Hier hat die landschaftliche, wirtschaftliche und soziologische Darstellung die rein geschichtliche zu ergänzen. So erst gewinnen wir volles Verständnis für die Entwicklung der Parteien, die in ihrer engen Verflechtung mit Kultur, Wirtschaft und Politik tief in den Lebensbedingungen unseres Volkes verwurzelt waren.

Literatur

Bachem, J., „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei".

— —, „Zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen". Berlin 1915.

Bebel, A., „Aus meinem Leben". Stuttgart 1910—1914.

Bergsträßer, L., „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland". Berlin 1932.

Bernstein, E., „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung". Berlin 1907.

— —, „Die Arbeiterbewegung". Frankfurt am Main 1910.

Brauns, H., „Die Zentrumspartei" (in „Volk und Reich der Deutschen"). Berlin 1929.

Cotta, B., „Deutschlands Boden". Leipzig 1858.

Diesel, E. „Die deutsche Wandlung". Stuttgart und Berlin 1929.

Engels, Fr., „Die Entwicklung des Sozialismus". Berlin 1911.

Frank, R., Der Brandenburger als Reichstagswähler. 1. Band 1867/71 bis 1912/14. Berlin 1934.

Grupp, G., „Der deutsche Volks- und Stammescharakter". Stuttgart 1906.

Hansen, I., in „Geschichte des Rheinlandes". Essen 1922.

— —, „Rheinland und Rheinländer". Bonn 1925.

Hashagen, J., „Das Rheinland". Bonn 1908.

— —, „Der rheinische Protestantismus". Essen 1924.

v. Hedemann-Heespen, P., „Die Herzogtümer Schleswig-Holstein und die Neuzeit". Kiel 1926.

Hellpach, W., „Politische Prognose für Deutschland". Berlin 1928.

Kutzen, J., „Das deutsche Land in seinen charakteristischen Zügen". Berlin 1908.

Lenz, Fr., „Die deutsche Sozialdemokratie". Berlin und Stuttgart 1924.

Meinecke, F., „Weltbürgertum und Nationalstaat". München und Berlin 1917.

Mehring, F., „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie". Magdeburg 1877.

v. Müller, K. A., „Die Bedeutung Bayerns für die geistige Kultur Deutschlands".

— —, „Deutsche Geschichte und deutscher Charakter". Stuttgart und Berlin 1926.

Naumann, Fr., „Die politischen Parteien". Berlin-Schöneberg 1910.

— —, „Demokratie und Kaisertum". Berlin-Schöneberg 1904.

Offenbacher, M., Konfession und soziale Schichtung". Freiburg i. B. 1900.

Oncken, H., „Bennigsen" (Biographie). Stuttgart und Leipzig 1910.

— —, „Historisch-politische Aufsätze und Reden". München und Berlin 1914.

Parisius, „Biographie von Hoverbeck". Berlin 1905.

Rapp, A., „Die Württemberger und die nationale Frage. 1863—71". Stuttgart 1910.

Ratzel, Fr., „Deutschland". Berlin und Leipzig 1932.

— —, „Politische Geographie". München und Leipzig 1903.

— —, „Deutsche Landschaft" (in „Kleine Schriften"). München und Berlin 1906.

Rehm, H., „Deutschlands politische Parteien". Jena 1912.
Riehl, W. H., „Vom deutschen Land und Volke". Berlin 1908.
— —, „Land und Leute". Stuttgart und Berlin 1908.
— —, „Die Naturgeschichte des Volkes". Stuttgart und Berlin 1908.
— —, „Die Pfälzer" Stuttgart und Berlin 1907.
Ritter, G., „Charakter und Grundlagen der deutschen Parteibildung". Berlin 1929.
Siegfried, A., „le tableau politique de la France de l'Ouest", Paris 1914.
Spahn, M., „Das deutsche Zentrum". 1907.
Spengler, O., „Untergang des Abendlandes". München 1923.
Sombart, W., „Sozialismus und soziale Bewegung". Jena 1924.
— —, „Das Proletariat". Frankfurt am Main 1906.
Sulzbach, W., „Die Grundlagen der politischen Parteibildung". Tübingen 1921.
v. Treitschke, H., „Die Zukunft der deutschen Mittelstaaten". Berlin 1866.
— —, „Historische und politische Aufsätze". Leipzig 1913—1918.
Tuckermann, in „Die Rheinprovinz". Bonn 1917.
Vogel, W., „Das neue Europa". Bonn und Leipzig 1923.
— —, „Deutsche Reichsgliederung und Reichsreform in Vergangenheit und Gegenwart". Leipzig und Berlin 1932.
Wahl, A., „Beiträge zur deutschen Parteigeschichte". München und Berlin 1920.
— —, „Deutsche Geschichte". Stuttgart 1926.
Wohlwill, A., „Weltbürgertum und Vaterlandsliebe der Schwaben". Hamburg 1875.
Zahn, Fr., „Entwicklung der räumlichen, beruflichen und sozialen Gliederung ...." (in „Volk und Reich der Deutschen"). Berlin 1932.
Ziekursch, J., „Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreiches". Frankfurt am Main 1925—1930.

Lebenslauf

Am 7. Mai 1909 wurde ich, Hans Gabler, evangelischer Konfession, als Sohn des damaligen Stadtgeometers, jetzigen Vermessungsrats Karl Gabler und seiner Ehefrau Rosalie, geb. Kraut zu Ludwigsburg in Württemberg geboren. Dort besuchte ich nach drei Jahren Vorschule die neusprachliche Abteilung des Gymnasiums und später die Oberrealschule, wo ich Ostern 1928 das Zeugnis der Reife erhielt. In den 4 Tübinger Semestern und den 5 Berliner Semestern widmete ich mich besonders dem Studium der Geschichte, der Geographie, der Historischen Geographie und der Soziologie. Ich besuchte Vorlesungen und Uebungen bei den Herren Professoren Vogel, Rühl, Vierkandt, Dessoir, Oncken, Brackmann, Haller, Wahl, Vogt und Uhlig. Die Anregung zu vorliegender Arbeit gab mir mein hochverehrter Lehrer, Herr Professor Dr. W. Vogel.

Die Grundlage der ganzen Arbeit bildet die kartographische Darstellung der Wahlstatistik von 1871—1912, die aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" entnommen wurde. Dabei wurden nur die abgegebenen Stimmen bei der Hauptwahl berücksichtigt.

Bis zur Veröffentlichung der Karten befinden sich dieselben im Seminar für Staatenkunde und historische Geographie an der Universität Berlin.

Druckfehlerberichtigungen

S. 6. Statt „Bündnisvorlage" muß es heißen: „Bündnisvertrag".

S. 15. Die preußischen Landtagswahlen wurden am Tage von Königgrätz nicht ausgeschrieben, sondern fanden statt.

S. 49. „Nach altsächsischer Weise": besser „nach westfälischer Weise" (denn die Hofsiedlung ist zwar heute für große Teile Westfalens charakteristisch, aber erst seit dem Mittelalter entstanden).

S. 50. bildeten die Bauern.... die Träger.
Ebenda Zeile 7 von unten: statt „preußenfreundliche" muß es heißen „preußenfeindliche".

S. 51 unten: statt „gesundes": reges verfassungsmäßiges Leben.

S. 57. Ueberschrift: „oder relevife" zu tilgen!